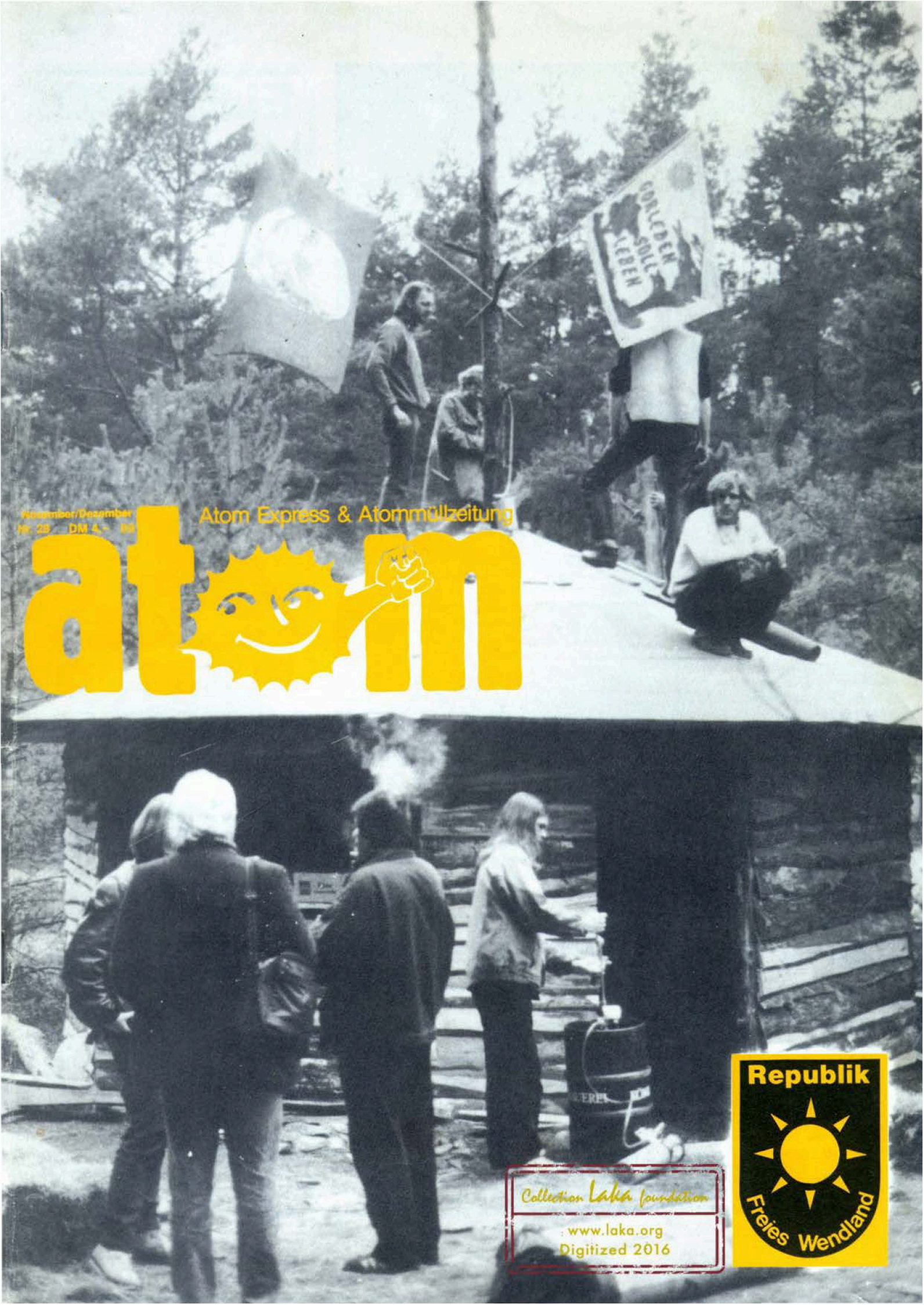


November/Dezember
Nr. 28 DM 4,- 89

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Republik Freies Wendland

"20 Jahre heisser Herbst"

Fabrik der Zukunft?
Zur drohenden Metall-Tarifrunde
Warum arbeiten gehen?

EIGENE ERFAHRUNGEN in der Fabrik, mit Jobberkämpfen, Aktionen gegen Zwangsarbeit, Knast und beim Häuserkampf ... daher kommt und davon lebt die Wildcat.
Außerdem beschäftigen wir uns mit INTERNATIONALEN PROLETARISCHEN KÄMPFEN (Streikberichte, Interviews, Thesen).
In einer Zeit, als von Arbeiterseite in der BRD wenig Signale kamen, und sich auch weniger Gruppen dafür interessierten, bekam der zweite Aspekt oft ein Übergewicht.

Doch die Zeiten ändern sich. Im letzten Jahr prägte die Mobilisierung im Gesundheitssektor die Zeitung. In Nr. 47 waren Interviews mit türk. ArbeiterInnen in Berlin und Istanbul.
Je mehr es zu Kämpfen kommt, desto aktueller, aggressiver und lesbarer wird die Wildcat.
Mit unserem neuen Konzept wollen wir für mehr Leute offen werden und neue LeserInnen erreichen.

Wildcat erscheint etwa viermal im Jahr.
Einzelheft 2,50 plus 1,-DM für Porto.
Abo: 4 Hefte 10 Mark.
Wer jetzt 20 Mark überweist, bekommt die nächsten vier Hefte der Wildcat bei Erscheinen zugeschickt und zusätzlich die letzten fünf Nummern. Wer die alten Nummern nicht braucht, kann mit einem Förderabo über 20 Mark unser Projekt unterstützen.
Kohle auf: Sonderkonto Zeitung, H. Dietrich, Postgiro Berlin, Kto-Nr. 31502-109
Neuerscheinung September 89:
TheKla 11 Jobber-Interventionen 1981-88, 7.-

Außerdem sind noch erhältlich:
TheKla 5 Texte zur Arbeiteruntersuchung, 7.-
TheKla 8 Reader: Militante Untersg. 83-86, 7.-
TheKla 9 Mario Tronti: Erste Thesen, 9.-
TheKla 10 Zerowork - Int. Klassenkämpfe, 12 .-
Rote Brigaden Fabrikguerilla in Mailand, 8.-
Klassenautonomie in Mexiko, 5.-
ArbeiterInnen-Autonomie (Reader), 7.-
Alle Preise incl. Porto & Verpackung

SISINA
Postfach 360 527
1000 Berlin 36

ELEKTRO LÄHMUNG

EIN FILM GEGEN DIE OHNMACHT

ELEKTRO LÄHMUNG

atlas film·av

AUCH WENN UNS MANCHE NICHT GRÜN SIND,

SIND WIR FÜR VIELE

taz

DIE EINZIGE ALTERNATIVE

Deshalb: Ausfüllen, Ausschneiden, Einsenden & selbst überzeugen!

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 116

Datum, Unterschrift: .....

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 (tagsüber) oder: 04131/37835

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Eine Ausgabe kostet 4 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3 Mark (jeweils plus Porto); Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25 Mark inkl. Porto und Versand.
Förder-Abo ab 35 Mark
Konto: "atom", G. Garbers
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese in Zukunft auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir weiterverarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 28, Nov./Dez. 89
Nach der guten alten Zählweise für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 68
atommüllzeitung Nr. 54

INHALT

Frankreich:
Der Widerstand lernt sich kennen..., 40 Oberpfälzer in La Hague, Malville: Europäisches Komitee ruft zu Aktionen auf 4

Schwerpunkt 1: Sowjetunion (Anti)Atom-Seminar in Moskau

Im Herbst fand in Moskau das Folgetreffen des (Anti)-Atom-Seminars zwischen KPdSU und Grüne vom Frühjahr 89 in der Göhrde statt. Wir berichten über den Ablauf des Treffens. Kontakt zur sowjetischen Ökologiebewegung - Interview - Kritische Bewertung der Zusammenkunft 8

Japan:
Weltkonferenz in Tokio gegen A- und H-Bomben 14
Interview mit japan. Anti-AKW-Bewegung 18

Mülheim-Kärlich Erörterungstermin 20

Standorte: Gundremmingen, Hanau, Emsland, Schacht Konrad 24

Bundesweite Demo in Hannover? 32

Godewind - Blockade in Hamburger Hafen 34

US - Atommüll in die Asse 37

Schwerpunkt 2: Wendland

Die jüngsten "Aktionstage" im Wendland konnten und sollten zum Barometer für die Stimmung im Gorleben-Widerstand werden. Eine starke Beteiligung mit guten Ideen hätte als ermutigendes Signal hinsichtlich des **drohenden Baubeginns der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA)** gewertet werden können. Über den Verlauf des Wochenendes und das Treffen in Gedelitz 40

Keine Blähfässer nach Duisburg 47

Bahnhof Lüneburg besetzt 48

Atomforschung Geesthacht - GKSS 50

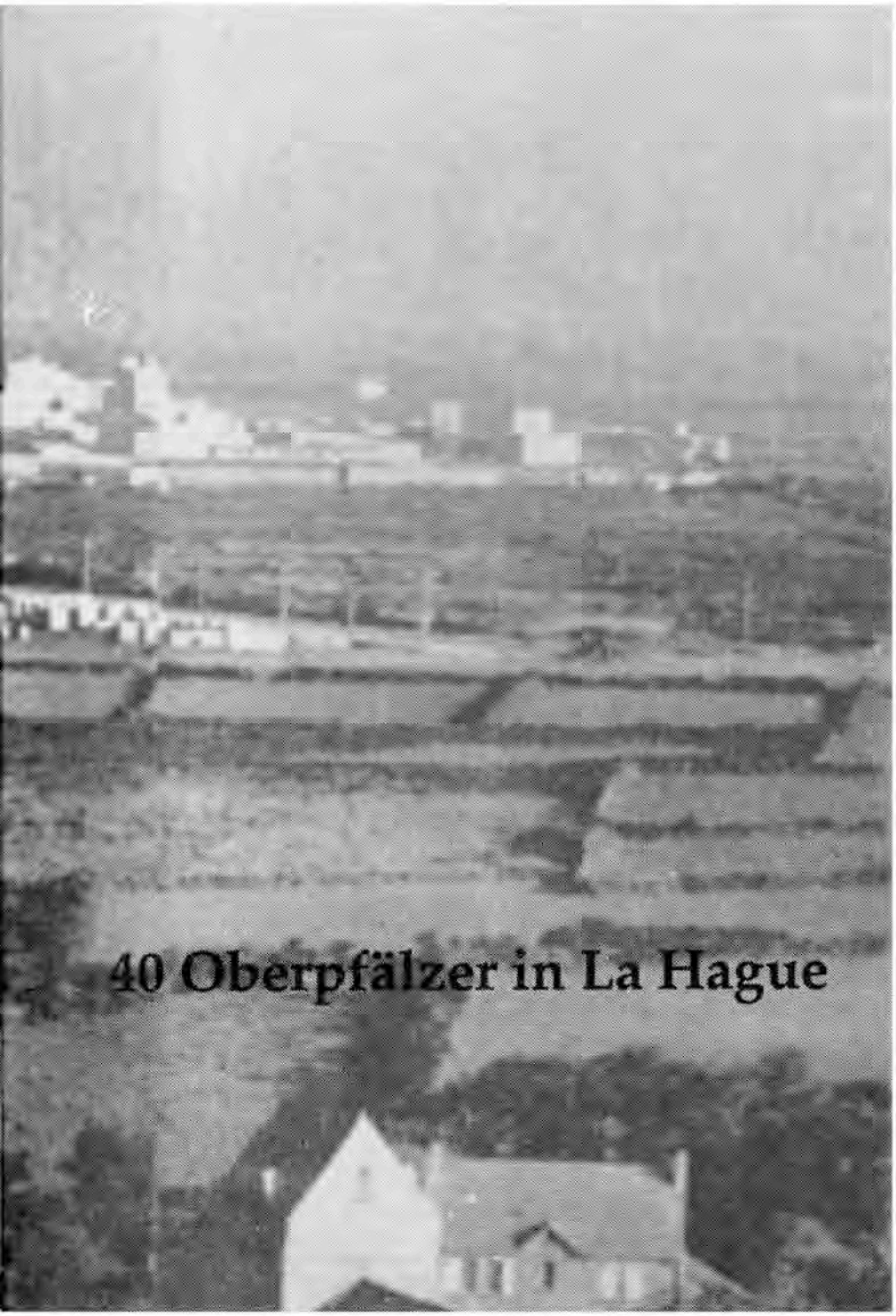
Schwerpunkt 3: Kriminalisierung

Startbahn - Prozesse
Prozeß gegen Fritz Storim, erneuter Haftbefehl gegen Fritz wegen angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag gegen einen Strommast des AKW Brokdorf von 1984 58

Der Widerstand lernt sich kennen ...

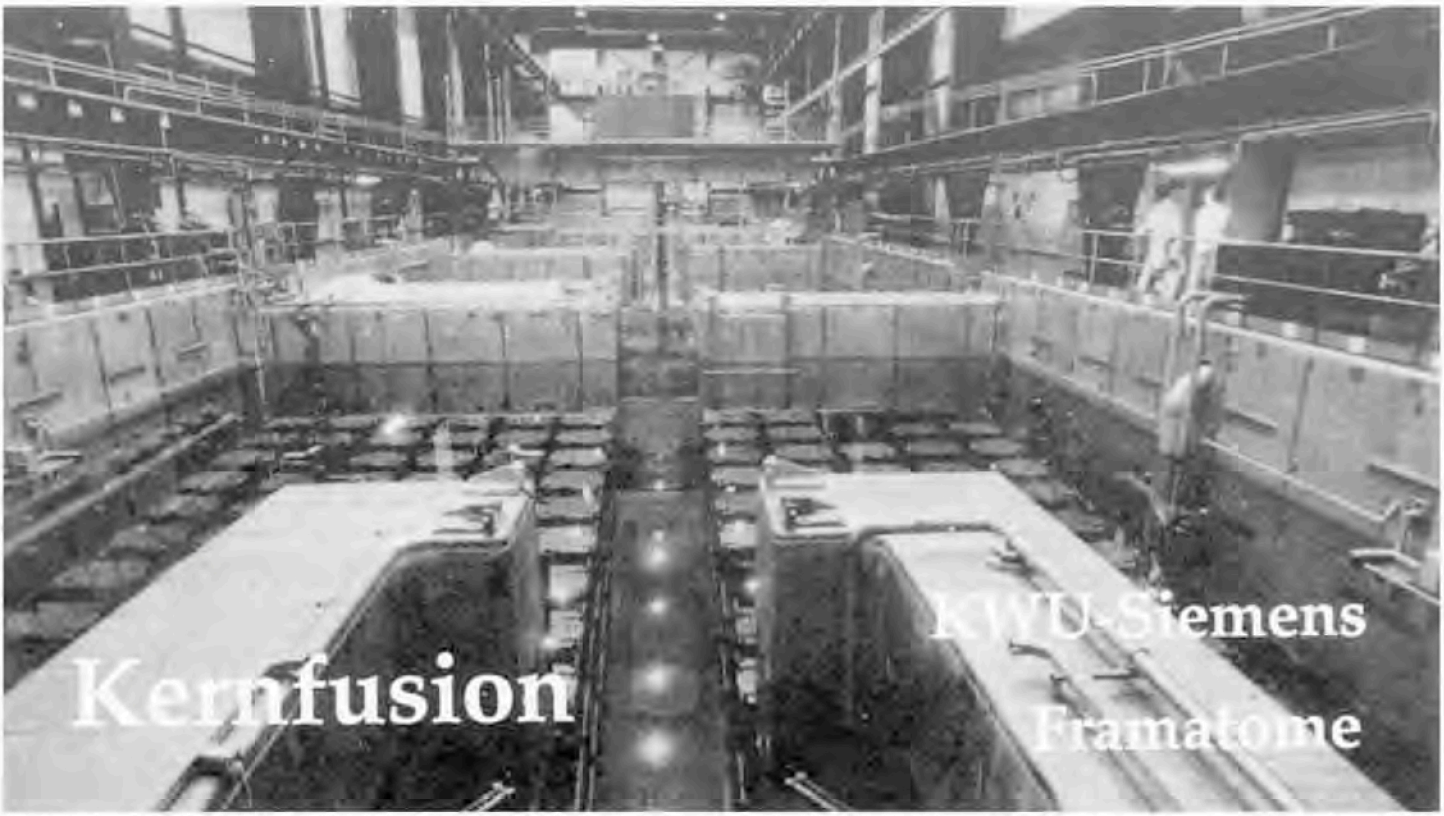
Wackersdorf liegt bekanntlich überall. Was Wunder, daß es die Wackersdorfer nach dem Aus der WAA in der Oberpfalz an andere Schauplätze treibt. Ziel der antiatomaren Pilgerschaft in der ersten Septemberwoche war La Hague. Passend dazu waren die 40 Oberpfälzer in dem Dörfchen Biville im *centre du pélinerage*, einer Wallfahrtsunterkunft, untergebracht, in Sichtweite sowohl des AKW Flamanville als auch der WAA in La Hague. Irgendwie war man/frau es den französischen FreundInnen auch schuldig, als Geste internationaler Solidarität. Aber dann fingen die Schwierigkeiten auch schon an. Was läßt sich der Europäisierung der Atompolitik durch deren Gegner entgegensetzen? Flugblattaktionen und Diskussionen mit Passanten in Cherbourgs Fußgängerzonen? Transparente und Messungen am Bauzaun in La Hague? "Spuckies" im Info-Centre des Akw Flamanville? Der Widerstand läßt sich nicht exportieren wie AKW-Komponenten oder Brennelemente, enorme Sprachbarrieren würde es gar den Protagonisten der französischen Atompolitik in einem eingeplanten Rededuell leicht machen, ausweichende oder oberflächliche Antworten zu geben, das war vorhersehbar. Unfälle in der Anlage? "Ja, damals, 1980, dieser Brand..." Verseuchung der Nordsee? "Hier kann man unbedenklich baden..."

Aber es kam gar nicht zur Diskussion mit den Atommanagern um die Ziele und Gefahren der Wiederaufarbeitung, in der sie ihre Selbstsicherheit hätten ausspielen können. Schließlich blickt man/frau in Frankreich auf eine jahrzehntelange Erfahrung in Technik der Wiederaufarbeitung zurück. So ging die erste Pilotanlage in Chatillon schon 1952 in Betrieb. Sechs Jahre später wurde die erste großtechnische WAA in Marcoule bei Nimes eingeweiht. Ihr Kürzel *UP1* steht unverhohlen für usine plutonium, Plutoniumfabrik. Regie führt einst und heute das CEA, die staatliche Atomenergie-Kommission. Die französische Atompolitik sah sich genötigt, eine Verquickung ziviler und militärischer Interessen zu verleugnen, sie baut auf einen breiten Konsens und gilt selbst in Kreisen der Linken als Garant nationaler Unabhängigkeit und Grandeur. Ausschließlich für die Bedürfnisse der EdF (Electricite de France) und deren Gas-Graphit-Reaktoren wurde die *UP2* in La Hague konzipiert, die 1966 den Betrieb aufnahm.



40 Oberpfälzer in La Hague

Umrüstungen in der *UP2* wurden notwendig, nachdem die Franzosen die Gas-Graphit-Reaktoren durch Druckwasserreaktoren ersetzten. 1976 war die *UP2* mit einer speziellen Vorstufe versehen, gleichzeitig wuchs die Nachfrage in Frankreich und ausländischer Kunden dermaßen, daß seitdem La Hague eine ewige Großbaustelle mit bis zu 9000 Beschäftigten ist.
Wenn die *UP2* ihren Jahresdurchsatz auf 800 t verdoppelt und die *UP3*, in die sich die westdeutsche Elektrizitätswirtschaft einkaufen will, im Herbst nächsten Jahres ihren heißen Betrieb aufnimmt, wird ihre Kapazität allmählich auf eine Jahresleistung von **1.600 t** Schwermetall hochschraubt.
Was also hat die Geschäftsleitung dazu bewogen, zu kneifen ? Die Besichtigung wurde nicht gestattet, und eine Podiumsdiskussion ohne vorherige Besichtigung entbehre jeder Grundlage - so ihr "Argument". Didier Anger, der als frischgebackener Europa-Parlamentarier die Gruppe betreut, meint, es gebe eine irrationale Angst vor der westdeutschen Anti-Atom-Bewegung, sie könne die Parole "Radioaktivität kennt keine Grenzen" allzu wörtlich nehmen und zu Demonstrationen in La Hague aufrufen. Dazu kommt der Aufwind, den die französischen Grünen gerade erleben. In seinem Wahlkreis im Cotentin, dem nördlichsten Zipfel der Normandie, hätte er bei den Eurowahlen 11,5% der Stimmen erreicht, bei den Kommunalwahlen hätten die Grünen in Kommunen rund um La Hague herum bis zu 30% der Stimmen erzielt, der Dissens um die französischen Atompolitik sei offen aufgebrochen. Die Oberpfälzer sind dennoch etwas enttäuscht von der politischen Stimmung im Cotentin. Die letzten spektakulären Aktionen wie z.B. Blockaden der Atomtransporte am Verladebahnhof Valogne liegen fünf Jahre zurück, die Bürgerinitiative (CRILAN) hatte schwer mit resignativen Stimmungen zu kämpfen- so erfahren sie -, nachdem überdeutlich wurde, daß daß trotz gegenteiliger Wahlversprechen auch die Sozialisten die Atompolitik der Rechtsparteien fortsetzen. Die PCF und ihr mächtiger Gewerkschaftsverband CGT stehen ebenfalls zur Force de Frappe und dementsprechend zur usine plutonium, die Gewerkschaften als Bündnispartner entfallen angesichts der starken Verankerung gerade der CGT in La Hague bzw. der EdF. "Ihr müßt euch vorstellen, wie es bei euch aussehen würde, wenn die WAA vor 20 Jahren den Betrieb aufgenommen hätte", gibt Didier Anger zu bedenken. Allein aus der Region heraus ist es nicht mehr möglich, die WAA zu stoppen, das wird klar. Zu der Atomwirtschaft als mächtigstem Arbeitgeber gesellt sich noch der Bau von atomgetriebenen U-Booten in Cherbourg. Was ließe sich dieser Monoindustrie, an deren Tropf die Region hängt, entgegensetzen? Der Widerstand, das wird in den Gesprächen und den Besuchen vor Ort deutlich, ist dennoch nicht auf die Stimmabgabe zugunsten der Grünen reduziert, er hat andere Formen angenommen. Ein Beispiel ist die Meßgruppe ACRO. Vier der neunzehn Kommunen sind bereits Mitglied, fünf weitere stehen mit der Bezirksregierung in Verhandlungen um die Finanzierung der Mitgliedschaft. ACRO führt regelmäßig Messungen der radioaktiven Belastung von Wasser, Luft, Erde und verschiedenen Produkten durch. Mit Hilfe dieses unabhängigen Meßtrupps ist die radioaktive Verseuchung des Flüßchens Sainte Hélene bekannt geworden, dessen Quelle auf dem WAA-Gelände liegt, das Wasser hat eine Aktivität von **1.500 bq/l.**
Radioaktive Sickerwässer sind der Grund. U.a. ist das die Folge der oberflächennahen Vergrabung der betonierten schwach- und mittelaktiven Abfälle, die die Betreiberfirma ANDRA lediglich mit Plastikplanen gegen Feuchtigkeit "schützt". Die Belastung des Erdreichs im Cotentin liegt rund zehnfach höher als in anderen Regionen. Insgesamt ist seit Inbetriebnahme der WAA bis Ende '87 die unvorstellbare Gesamtaktivität von 32.583.700 Milliarden bq über die 1.614.000 qm Abwässer in den Ärmelkanal geleitet worden, die Spuren lassen sich bekanntlich in Muscheln und Algen in der Deutschen Bucht bis hoch zum Kattegat nachweisen. Neben ACRO hat sich seit 1980 eine "Info-Kommission" per Dekret des Premierministers Mauroy konstituiert, in der 15 Parlamentarier, 5 Wissenschaftler (pro und contra), 5 Gewerkschaftler und 5 Umweltschützer von CRILAN und ACRO vertreten sind. Auch wenn die "Info-Kommision" über keine eigenen Laboreinrichtungen oder Meßstellen verfügt, ist es für die COGEMA doch schwierig geworden, Störfälle zu vertuschen, wie es früher der Fall war, berichtet Dr. Collignan, der als Arzt Mitglied der Kommission ist. Als 1986 drei Arbeiter bei einem Unfall schwer verseucht wurden, mußte die COGEMA auf Anfrage die Zahlen herausrücken: zwischen 1, 11, 5 und 18 rem Ganzkörperdosis hatten die Arbeiter abbekommen, die Hände des Mannes, der am stärksten verstrahlt wurde, waren gar mit 200 rem belastet.



Claus Berke, Präsident des Deutschen Atomforums, warnte zwar noch im Mai auf der Jahrestagung Kerntechnik vor einer "Euphorie". Aber hinter den Kulissen waren bereits die Weichen auf eine deutsch-französische Kooperation gestellt, längst bevor VEBA-Chef Benningsen-Foerder am 12. April den Rückzug aus Wakkersdorf zugunsten einer Beteiligung an der UP3 in La Hague öffentlich einläutete. Die angebliche "Euphorie" entpuppt sich bei näheren Hinsehen als Ausweg aus der nuklearen Sackgasse, in die sowohl die deutsche als auch die französische Nuklearindustrie hineingeschliddert war. Gemeinsam ist KWU/Siemens und der Framatome S.A. die erbärmliche Auftragslage als Reaktorhersteller. Die KWU konnte zwar in den Jahren 87/88 und 88/89 noch einmal hohe Gewinne verbuchen, weil die Abrechnung der AKW´s Isar 2, Emsland, Neckarwestheim 2 und Trillo 1 in Spanien erfolgte. Es blieben mit Wackersdorf und Kalkar zwei fragwürdige Projekte und drei Bestellungen aus Südamerika. Die Framatome hat zwar noch zwölf AKW´s im Auftragsbestand. Aber die großen Überkapazitäten auf dem französischen Strommarkt sind erdrückend. In Frankreich sind über 50 AKW´s am Netz (nur noch übertroffen von der UdSSR mit 54 und USA mit 106 Atommeilern), der Atomstromanteil liegt bei 70% (in der BRD bei 36%). Während 1973 in Frankreich - vor dem Ölpreisschock - noch 59% fossile Brennstoffe verstromt wurden, katapultierte sich die Electricite de France (EdF) als Atomstromproduzent weltweit an die Spitze. Würden alle Reaktoren fertiggestellt und ans Netz gehen, so läge der Atomstromanteil 1990 bei 80%. Le Monde rechnet vor, daß schon heute 7-10 AKW´s überflüssig seien. Deshalb verwundert es nicht, daß die EdF nach einer Aufsichtsratssitzung im Juli der französischen Regierung vorschlug, entweder den Bau des AKW´s Civaux bei Vienne auf Eis zu legen oder gar völlig auf den weiteren Ausbau des Atomprogramms zu verzichten. Ein erstes Opfer gibt es schon: der Block 3 des Reaktors Chinon in der Nähe von Nantes wurde Anfang September fünf Jahre früher als geplant stillgelegt, weil eine Reperatur zu kostspielig würde. Ein notorischer Schuldenberg von über 20 Milliarden DM dämpft seit langem die Atomeuphorie der staatlichen Elektrizitätswerke. Das "Kommissariat für Atomenergie" (CEA), das zivil-militärische Oberkommando der Nukleartechnologie, das einen technologischen Stillstand befürchtet (und damit auch Auswirkungen auf die militärische Nutzung) hat zwar protestiert.

Beim Reaktorhersteller Framatome hat sich aber schon Realismus breitgemacht. Die Kooperation mit der ebenfalls angeschlagenen KWU als Konsequenz aus der "Neuordnung des Weltkraftwerksbaus" ist die einzige Überlebenschance der Branche. Die Flucht nach vorn führte mittlerweile zur gemeinsamen Firmengründung "Nuclear Power International" (NPI). Nach Abwicklung der jeweils noch verbleibenden Inlandsaufträge soll das Marketing und der Vertrieb von Reaktoren in Drittländern gemeinsam betrieben werden. Dazu gehört auch die Entwicklung eines gemeinsamen Reaktormodells, um im Jahr 2000 - so die Hoffnung - neue Bestellungen hereinzubekommen. Der europäische Binnenmarkt spielt natürlich auch eine Rolle - die Franzosen möchten gern ihren überschüssigen Strom absetzen können. Aber die Zauberformel der "Europäisierung", unter die die deutsch-französische Kooperation gern subsumiert wird, vernebelt in erster Linie die massiven Probleme der Atomwirtschaft diesseits und jenseits des Rheins. "Mit geeinten Kräften überstehen wir die Durststrecke am besten", bekennt Jean-Claude Leny, der Chef der Framatome, freimütig.
So besehen erscheint auch die Bereitschaft der COGEMA, die VEBA mit 49% an der UP3 in La Hague zu beteiligen, in einem anderen Licht. Die Kapazitäten, die der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft in La Hague angeboten werden(400 t Schwermetall Jahresdurchsatz) reichen bei weitem, um eine westdeutsche WAA überflüssig zu machen. Nicht zu vergessen die neue WAA im britischen Sellafield, die Ende 1990 ihren Betrieb aufnehmen könnte. Und trotz der drastischen Kostensteigerung bei Fertigstellung der UP3 von rund 25% (insgesamt 9 Milliarden DM Gesamtkosten) rechnet sich das WAA-Geschäft der VEBA im Vergleich zum Bau von Wackersdorf noch immer. Mycle Schneider, Atomexperte aus Paris, hält es jedoch für Unsinn, von einer angeblichen Überkapazität für Wiederaufarbeitung in Europa zu sprechen. "Das Überangebot ist nur dadurch entstanden, daß die Nachfrage rapide gesunken ist, vor allem auf seiten der EdF", schreibt er im internationalen Energiereport WISE. Und Schneider rechnet vor, daß bis zum Jahre 2000 allein aus französischen Reaktoren jährlich 1.200 t Schwermetall zur Wiederaufarbeitung anfallen würden. Bereits jetzt liegen nach seinen Angaben 3.000 t aufzuarbeitende Brennstäbe auf Halde, weil die COGEMA den ausländischen, pünktlich zahlenden Kunden den Vortritt lasse. Die Halde macht Sinn: der Preis für angereichertes Natururan für die Brennelemente liegt im Keller - das Recyceln in der WAA und die Beimischung von Plutonium in den sog. MOX-Brennelementen käme fünfmal so teuer. Ginge es lediglich um die Kosten, wäre allein der Verzicht auf die Wiederaufarbeitung folgerichtig. Für Didier Anger aus Cherbourg (Grüner im Europaparlament) ist die Sache klar: La Hague ist nicht als WAA von Interesse, sondern als "poubelle atomique", als Atommüllabladeplatz. Dieser Zustand wird wohl solange andauern, wie er als Entsorgungsnachweis für die westdeutschen Kunden Bestand hat.

Wolfgang Ehmke

SCHNELLER BRÜTER

MALVILLE

INTERNATIONALES AKTIONSTREFFEN IN GENF

Am 30.9.89 fand in Genf ein Treffen von schweizer, französischen und italienischen Initiativen gegen den französischen Schnellen Brüter in Malville statt.
Als einziger deutscher Teilnehmer möchte ich Euch über dieses Treffen informieren und Euch einladen, mit den dort vertretenen Gruppen Kontakt aufzunehmen. (Über unser Thema Urananbau haben wir schon länger Kontakt zu Gruppen in Frankreich, weil dort sowohl Uranabbau als auch die Bewegung dagegen wesentlich umfangreicher als bei uns sind.) Ein Problem besteht darin, daß die <Korrespondenz möglichst in französisch geführt werden soll. Die Teilnehmer waren jedenfalls sehr interessiert, auch mit deutschen Gruppen in Verbindung zu kommen und ich habe an sie auch schon einige deutsche Adressen weitergegeben.
Ziel des Treffens war es, eine europäische Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Schnellen Brüter zu initiieren. Dies soll zunächst derart geschehen, daß der beiliegende Aufruf (der auf dem Treffen entstand) an alle Interessierten weitergeleitet werden soll, um von ihnen unterzeichnet zu werden. Das nächste Treffen wird dann voraussichtlich am 16.12.89 wiederum in Genf stattfinden. Der dann von einer Vielzahl von Gruppen mitgetragene Aufruf soll dann für Öffentlichkeitsaktionen eingesetzt werden. Nach dem Willen der italienischen Teilnehmer wird es nicht nur bei verbalen Aktionen bleiben: In Italien gibt es eine starke gewerkschaftliche Bewegung gegen Malville, die schon die Auslieferung von in Mailand gefertigten Ausrüstungsteilen für den Schnellen Brüter (Wärmetauscher u.a.) per Blockade verhindert hat und nun weitere Blockadeaktionen ins Auge fasst.

PETER DIEHL
BI GEGEN URANABBAU IM SÜD-SCHWARZWALD

Europäisches Komitee ruft zu Aktionen gegen Superphénix auf

Das Atomkraftwerk Superphénix in Creys-Malville (Frankreich) ist der weltweit einzige Prototyp eines schnellen Brüters in industriellem Maßstab. Er wird finanziert und betrieben von Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Belgien und Großbritannien, die sich in der europäischen Gesellschaft NERSA zusammengeschlossen haben.
Der Schnelle Brüter steht im Département Isére im Zentrum einer Region, in der im Umkreis von 100 km mehr als 5 Millionen Einwohner leben. Diese Anlage betrifft also in gleicher Weise direkt die benachbarten Regionen der Schweiz und Italiens.
Seit Tschernobyl ist allgemein bekannt, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt!
Sogar nach den Argumenten seiner Befürworter rechtfertigt sich seine Existenz nur unter einer Perspektive der Weiterentwicklung der Stromerzeugung aus Atomenergie in Europa. Die Linie der Schnellen Brutreaktoren, deren erster der Superphénix ist, soll darin die Ablösung der bestehenden Atomkraftwerke übernehmen und zum Export dieser Technologie in andere Länder dienen.
Die endgültige Stillegung des Superphénix ist daher ein europäisches Ziel und erlaubt es, mit dem Ausstieg aus dieser Reaktorlinie zu beginnen und eine Zukunft ohne Atomenergie vorzubereiten.
Der experimentelle Charakter dieses Atomkraftwerks wurde bei dem Unfall vom 8. März 1987 deutlich, bei dem schwere Planungsfehler zutage traten. die 5 Tonnen Plutonium und 5.000 Tonnen Natrium in dem AKW zeigen, daß es das gefährlichste Atomkraftwerk der Welt ist.
Bei einem schweren Unfall, der einen Bruch des Containments nach sich zieht, müßten die französischen, schweizerischen und italienischen Bewohner der Region die Folgen tragen. Jeder Plan zur Evakuierung oder zum Schutz der Bevölkerung wäre illusorisch.
Wegen der Besonderen Giftigkeit des Plutoniums und der Mengen davon, die beim Superphénix im Spiel sind, ist sogar ganz Europa

Aus all diesen Gründen ist der Superphénix "direkt vor unserer Haustür" !

Die Entscheidung zum Start des Experiments Schneller Brüter und zur Wiederinbetriebnahme 1989 nach dem Unfall von 1987 wurde von der französischen Regierung getroffen, ohne irgendeine demokratische Beratung oder ein Gegengutachten. In keinem der betroffenen Länder fand eine Diskussion statt. Und, um allem die Krone aufzusetzen, wurden die Bewilligungen und Folgeverordnungen widerrechtlich bekannt gemacht.
Wir fordern die Bürger und Bürgerinnen Europas, die Verbände, Gewerkschaften und Parteien, die sich um die Zukunft Sorge machen, auf, die verantwortlichen französischen Politiker - aber auch die der anderen in diese Reaktorlinie verstrickten Länder - dazu zu bewegen, das Experiment Schneller Brüter zu einem Ende zu bringen.

Es ist Zeit, daß die Demokratie endlich in diesen Bereich Eingang findet, der direkt die Zukunft und die Sicherheit der Bevölkerung betrifft, die bisher nie gefragt worden ist. Deshalb fordern wir in gleicher Weise eine weite Diskussion über die Reaktorlinie Schneller Brüter und die atomare Option im allgemeinen auf nationaler und europäischer Ebene.
Allein eine europäische Mobilisierung kann eine Stillegung dieser Reaktorlinie erreichen, für die trotz der massiven Mißerfolge der letzten Zeit schon eine große Zukunft vorhergesagt wird. In diesem Bewußtsein haben sich französische, italienische, schweizerische und deutsche Vereinigungen und Organisationen anläßlich eines Treffens Ende September 1989 in Genf zu einem europäischen Komitee gegen Superphénix zusammengeschlossen.

Das Hauptziel dieses Komitees ist das Erreichen des Verzichts auf das Experiment im Großmaßstab, das der Superphénix ebenso wie die Reaktorlinie Schneller Brüter im allgemeinen darstellt.
es appelliert daher an alle, die sich vom Anliegen dieses Aufrufs betroffen fühlen, sich zusammenzuschließen.
Sein erstes Ziel wird es sein, den Transport von wichtigen Teilen für Malville überall in Europa, wo es möglich ist, zu verhindern oder zu stören.
Es geht auch darum, mittels regelmäßiger Treffen zu einer Zusammenarbeit der Gruppen zu kommen, die gegen den Superphénix oder die Schnellen Brüter arbeiten.
Schließlich wird eine der konkreten Hauptaufgaben die Vorbereitung von gleichzeitigen Aktionen und Demonstrationen in ganz Europa um den kommenden Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1990 sein.

FRAPNA-Isére (F), Comité Malville de Lyon (F=, Democratia Proletaria (I), ContraAtom (CH), Schweizerische Konferenz für die Stillegung der Atomanlagen (CH)

Die vorstehenden Unterzeichner des Aufrufs sind im Moment noch beschränkt auf die Teilnehmer des ersten Treffens in Genf. Weitere Organisationen, die den Aufruf unterstützen wollen, müssen sich in den nächsten Wochen melden. Der Aufruf kann ab dem 23. Oktober 1989 veröffentlicht werden, mit der List der Unterzeichner, die dann als Initianten des Aufrufs gelten. In der Zeit bis zum nächsten Treffen des Komitees im Dezember in Genf übernimmt das Büro von ContrAtom in Genf die Funktion des Büros für das Komitee.
Von den Unterzeichnern des Aufrufs wird eine finanzielle Unterstützung verlangt werden.

Nachfolgenden Abschnitt vor dem 21. 10.1989 (auch noch später!?) zurücksenden an:
CONTRAATOM, Cp. 107, CH - 1227 Carouge, Tel.: 0041 - 22 - 457297 (Korrespondenz auch in deutsch möglich)

Das Rückspiel

2. Teil des (Anti-)Atom-Seminars Grüne/KPdSU

Abschlußkonferenz im sowjetischen

Vom 17. bis zum 24. September fand in Moskau die zweite Runde des »Ost-West-Seminars« zu Fragen der Atomenergie statt. Die Veranstaltung, deren erster Teil Anfang des Jahres im Wendland durchgeführt wurde - wir haben in der **atom Nr. 25** ausführlich darüber berichtet - ging auf eine mittlerweile dreieinhalb Jahre alte Vereinbarung zwischen dem damaligen Bundesvorstand der **Grünen** und der **KPdSU** zurück. Dieses Mal hatte die sow-jetische Seite dreißig mehr oder weniger hochrangige Wissenschaftler/innen (zwei Frauen waren darunter) aufgeboten, die sich mit der **Grünen**-Delegation auseinandersetzen sollten. Letzterer gehörten frühere und gegenwärtige Bundesvorständler/innen der Partei, Mitarbeiter des Öko-Instituts und der Gruppe Ökologie, Student/inn/en und Hochschullehrer/innen der Uni Bremen sowie Leute aus der Anti-AKW-Bewegung an (Mehrfachnennungen waren möglich).

Noch vor wenigen Jahren wäre es kaum möglich gewesen, in Moskau zu diesem kontroversen Thema ein **öffentliches** Seminar, einschließlich einer **öffentlichen** Abendveranstaltung über die Bühne zu bringen. Daß die KPdSU dazu bereit war, ist sicher das positivste Ergebnis des Seminars und muß politisch außerordentlich hoch bewertet werden. Zu den positiven Resultaten zählt weiterhin, daß an den Diskussionen zahlreiche Vertreter/innen von ökologischen Gruppen aus der UdSSR teilnahmen. Sowohl die Grünen als auch das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, das die Tagung im Auftrag der KPdSU organisierte, hatten solche informellen Gruppen eingeladen. Zwischen den sowjetischen Wissenschaftler/inn/en, die die offizielle Delegation bildeten, und den Öko-Gruppen, die teilweise aus so entfernten Regionen wie Belorußland, der Krim, dem Baltikum und Sibirien angereist waren, entwickelten sich lebhafte und leidenschaftliche Wortgefechte, die den Reiz der Veranstaltung wesentlich erhöhten.

Auf der Negativ-Seite wollen wir nicht die Tatsache verbuchen, daß es in der inhaltlichen Auseinandersetzung keine Annäherung der Positionen gab. Alles andere wäre ja auch eine große Überraschung gewesen. Vielmehr sind uns die von Teilen der bundesdeutschen Delegation ins Seminar getragenen Spannungen aufgestoßen, die sehr schnell zu einer Vergiftung der Atmosphäre beitrugen.

Diese Störungen hatten nichts mit den inhaltlich kontroversen Diskussionen zu tun. Sie beruhten zum einen auf unterschiedlichen Bewertungen der Sowjetunion und der KPdSU. Ist die UdSSR mit ihrem »pervertierten« Sozialmus unser »Feind«, möglicherweise sogar unser »Hauptfeind«? Und ist der »Sozialimperialismus«, eben weil er sich perfiderweise mit dem marxistischen Mäntelchen tarnt, in Wahrheit nicht noch gefährlicher als der unverdeckt aggressiv daherkommende US-Imperialismus? Und können, ja: müssen wir, wenn es sich denn so verhält, mit diesen unseren politischen »Feinden« aus dem sowjetischen Machtapparat konsequenterweise nicht entsprechend harsch umspringen?

Oder sehen wir, trotz aller Kritik an bestimmten Erscheinungsformen des auch nach vier Jahren Perestroika immer noch starren und bürokratischen »realen Sozialmus« und trotz der Unversöhnlichkeit der Positionen in der Atomenergiefrage die Rolle der UdSSR in einem anderen Licht

Gibt es nicht, was die Politik gegenüber der »Dritten Welt« und in Abrüstungsfragen betrifft, Gemeinsamkeiten? Und wenn es so ist, ergibt sich daraus nicht ein anderes, von den selbsternannten Hardlinern in der Delegation als »Schmusekurs« gegeißeltes Verhalten, als es z.B. gegenüber Vertretern der kapitalistischen BRD- oder US-Atomindustrie angebracht wäre?

Die zweite wesentliche Differenz innerhalb unserer Delegation trat bei der Frage auf, ob mit frechem Auftreten grundsätzlich mehr zu bewerkstelligen ist als mit Freundlichkeiten. Überlegungen, ob man/frau sich als Gast in einem anderen Land, und gerade als Deutsche/r in der Sowjetunion, nicht doch anders verhalten soll als etwa beim Flügel-Gezänk in Grünen-Gremien, mußten natürlich bei denjenigen zurücktreten, die da meinten: »Nur wenn wir hier auch auf den Tisch hauen, werden wir ernst genommen« (O-Zitat).

Wie auch immer. Nicht die kontroversen inhaltlichen Diskussionen, sondern die scharfen atmosphärischen Spannungen und die z.T. rüden persönlichen Umgangsformen haben zur Folge gehabt, daß eine Fortsetzung der **Partei**-Kontakte zwischen KPdSU und Grünen in den Sternen steht. So ist zur Zeit nicht einmal geklärt, ob der schon beim ersten Seminar fest vereinbarte gemeinsame Abschlußbericht überhaupt erstellt wird. Überaus reserviert reagierten die sowjetischen Vertreter beim Abschlußgespräch auf den Vorschlag, ein weiteres Seminar mit dem Schwerpunkt »Tschernobyl-Folgen« zu organisieren.

Sowjetunion setzt weiter aufs Atom

Die Sowjetunion ist und bleibt der größte Energieproduzent der Welt. Bei der Erdgas- und Erdölförderung liegt sie auf dem ersten Rang. Beim Erdgas beträgt ihr Anteil ca. ein Drittel, beim Erdöl etwa ein Fünftel der Weltförderung. Bei der Steinkohleförderung nimmt die UdSSR hinter den USA, beim Braunkohleabbau hinter der DDR den zweiten Platz ein.

Das sowjetische Atomprogramm umfaßt neben zahlreichen Forschungsreaktoren und anderen Anlagen zwischen 41 und 49 in Betrieb befindliche Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von weit über 25.000 Megawatt (Die Quellen widersprechen sich hier ebenso wie die auf dem Seminar vorgetragenen Daten; ein ausführlicher Artikel mit exakt recherchierten Daten wird für die nächste **atom** vorbereitet).

Das gegenwärtig in den politischen und wissenschaftlichen Gremien diskutierte Langzeit-Energieprogramm sieht bis zum Jahr 2030 eine Verdoppelung der Kohle-und Erdgasförderung, eine Verdrei- bis Vervier-

Außenministerium. V.l.n.r.: Jens Scheer, Jutta Ditfurth, Ralf Füchs, Ivan Frolow

fachung der AKW-Kapazitäten und eine Festschreibung des Anteils der Alternativenergien auf 1,5% der nationalen Energieproduktion vor. Die energiepolitischen Weichen sind also weiter auf einen »harten«, auf einen Atom-Kurs gestellt.

Offensichtlich - jedenfalls ist das unser Eindruck von dem Seminar - ist diese einseitige Orientierung innerhalb des Machtapparates jedoch nicht unumstritten. Gegen eine knallharte, kompromißlose Pro-Atom-Position scheint sich sowohl innerhalb der KPdSU als auch in der Akademie der Wissenschaften und verschiedenen Forschungsinstituten Widerstand zu regen. Diese kritischen oder doch wenigstens zur »Mäßigung« ratenden Stimmen sind gegenwärtig noch in der Minderheit. Ob sie sich in der Zukunft mehr Gehör verschaffen können, wird maßgeblich von der Entwicklung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Atomenergie - und um die ökologische Frage allgemein - abhängen. Die ökologischen Gruppen, die an dem Seminar teilnahmen, berichteten, daß mehrere AKWs, so in Armenien, auf der Krim und in Sibirien, wegen des anhaltenden Widerstandes in der Bevölkerung vorerst nicht gebaut werden oder bereits ganz aus der Planung zurückgezogen worden sind.

Sowjetische Wissenschaft mit eingeschränktem Blickfeld

Die Wissenschaftler/innen, die auf sowjetischer Seite die Diskussion bestritten, waren ohne jeden Zweifel hochqualifizierte Expert/inne/n, die mit einzelnen Teil-Aspekten der Atom-Problematik gut vertraut waren. Genau darin lag aber auch eines der Probleme, unter denen das Seminar von Anfang an litt. Während die bundesdeutsche Delegation ein Wissenschafts- und Politikverständnis mitbrachte, das ungeachtet individuell unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen die Atomenergie **als Ganzes** im Auge hat, vermochte die große Mehrheit der sowjetischen Diskussionsteilnehmer/innen nicht über den Tellerrand des eigenen Fachgebietes zu blicken.

Ein Beispiel: Zur Debatte um den Hochtemperatur-Reaktror - beim HTR planen SU- und Bundesregierung eine langfristige Zusammenarbeit - wurden sieben Mitarbeiter des Kurtschatow-Instituts, das sich mit der technischen Entwicklung dieses Reaktor-Typs befaßt, ins Feld geschickt. Sie lieferten sich mit Lothar Hahn vom Darmstädter Öko-Institut einen spannenden wissenschaftlichen Schlagabtausch über Sicherheitsfragen. In dem Moment aber, als die Diskussion inhaltlich erweitert wurde und Aspekte wie die Endlagerung der HTR-Brennelemente oder die Wirtschaftlichkeit dieses AKW-Typs berührte, mußten die Kurtschatow-Leute passen. Dies sei nicht ihr Arbeitsgebiet, damit seien sie nicht befaßt, das müßten andere Kollegen beantworten ... Diese anderen Kollegen waren allerdings gar nicht anwesend, sondern hatten ihr Kommen erst für den nächsten Tag angekündigt. Dann aber hatten die HTR-Experten keine Zeit mehr ... So gab es während des Seminars keinen kontinuierlichen Diskussionsprozeß mit einer gleichbleibenden Gruppe von Wissenschaftlern, was eine **politische** Auseinandersetzung über die Atomenergie sehr schwer, teilweise sogar unmöglich machte.

Der WWER 400 taugt nichts

Nur bei einigen Diskussionspunkten gab es so etwas wie eine Annäherung. Dazu zählte - neben der von den sowjetischen Wissenschaftlern unwidersprochen hingenommenen Kritik am »Sicherheits«standard des Druckwasserreaktors WWER 400, der u.a. auch in die DDR exportiert wird - die im Grundsatz positive Bewertung der r egenerativen Energiequellen. Wind, Wasser und Sonne werden in der UdSSR als Energieträger nicht abgiehtn; ein Sonnenkraftwerk und mehrere große Wasserkraftwerke (mit speziellen ökologischen Problemen) sind in Betrieb. Das mögliche Potential dieser Energieträger wird jedoch unterschätzt. Zur intensiven Erforschung und Entwicklung fehlt der politische Wille und das Geld -dann jedenfalls, wenn man sich den Ansatz der sowjetischen Fachleute auf diesem Gebiet zu eigen macht. Der besagt nä mlich, daß die regenerativen Energien allenfalls als zusätzliche, »additive« (M. Zieran) Energien eingesetzt werden könnten, neben den auch zukünftig weiterhin dominierenden »harten« Formen der Energieproduktion.

Dem stand die von Stefan Kohler (Öko-Institut Freiburg) begründete These gegenüber, daß sich »harte« und »weiche« Energien langfristig nicht ergänzen können, sondern gegenseitig ausschließen. Der Einsatz regenerativer Energien bedinge notwendigerweise eine Dezentralisierung und Rekommunalisierung der Energierzeugung; die Nutzung von Kohle und Atom impliziere aber das Gegenteil. Das Umdenken und Anders-Handeln in der Energiefrage sei demzufolge kein rein technisches, sondern vor allem ein politisches Problem.

Die Diskussion über die Alternativenergiene zeichnete sich insgesamt durch die gegenseitige Bereitschaft aus, einander zuzuhören und aufeinander einzugehen. Die sowjetischen Experten, die diesen Tagesordnungspunkt bestritten, bemühten sich um eine differenzierte Argumentation.

Das vielleicht krasseste Gegenbeispiel war die Debatte über die Folgen des Tschernobyl-Unfalls. Die Ärztin Analina Guskowa, immerhin korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, leugnete in ihrem Referat ernstzunehmende gesundheitliche Beeinträchtigungen. Außer der »erhöhten Bestrahlung der Schilddrüsen von einigen Kindern«, etwas Halskratzen und Kreislaufstörungen habe es keine medizinischen »Anomalitäten« gegeben. Die in Tschernobyl eingesetzten Ärzte und das übrige medizinische Personal hätten die Lage rund um den explodierten Reaktor jederzeit unter Kontrolle gehabt. Anfragen bei den Standesämtern hätten keine Angaben über »außergewöhnliche Mortalitätswerte« zu Tage gefördert.

Moskau-Fotos: Inge Lindemann

Atomenergie und Proliferation

Die Bemühungen der UdSSR, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, gleichzeitig aber den Ausbau der Atomenergie zu fördern, widersprechen sich. Das war die zentrale These im Referat von Matthias Küntzel zum Zusammenhang von »friedlicher« und militärischer Atomenergienutzung.

Bis heute sind in Atomkraftwerken und anderen »zivilen« Atomanlagen weltweit 12 Tonnen Plutonium abgetrennt worden, genug für 2.000 Atombomben. Und nur dafür, denn energiewirtschaftliche Gründe für die Abzweigung von Plutonium gibt es nicht. Zwar hat sich die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien zum Ziel gesetzt, bei ihren Kontrollen jede r Plutonium-Abtrennung von mehr als acht Kilogramm auf die Schliche zu kommen. In der Praxis - dies geht aus einem geheimen, nur Regierungen zugänglich gemachten Bericht der IAEA hervor - kann diese Vorgabe in »Einzelfällen« aber verändert werden: auf 52 Kilogramm! Bei 40% der kontrollierten Anlagen wurde 1987 aber nicht einmal dieses Ziel erreicht. Überdies lehnen mehrere Staaten IAEA-Kontrollen grundsätzlich ab. Da jede Atomanlage also eine Atomwaffenanlage auf Abruf sei, so die Quintessenz aus Matthias' Referat, könne es ohne die weltweite Abschaltung aller »zivilen« Atomanlagen auch keine Abschaffung der Atomwaffen geben.

Vladimir Kutschimow, der für die sowjetische Seite in den Ring stieg, fiel dazu nicht allzu viel ein. Das Kriegsrisiko, meinte er,werde doch auch durch die Stahlindustrie (Panzer) und die Elektro-Industrie (Raketen) erhöht; ob die Grünen diese Industrien denn auch abschaffen wollten? Probleme bei der Kontrolle räumte Kutschimow zwar ein, aber: »Die IAEA arbeitet am Fortschritt.«

Der Streit ums Uran

Seit Jahren werfen Anti-Apartheid-Gruppen der UdSSR vor, sich die Hände im internationalen Uran-Handel schmutzig zu machen. Konkret wird die Sowjetunion beschuldigt, Uran aus der namibischen Rössing-Mine für verschiedene westliche Auftraggeber, unter ihnen die Betreiber der AKWs Neckarwestheim, Biblis, Grafenrheinfeld und Gundremmingen, anzureichern. Die Entschließung Nummer 1 des UN-Rates für Namibia verbietet völkerrechtlich verbindlich die Verarbeitung und Nutzung des Namibia-Urans. Die UdSSR hat diese Entschließung mitunterzeichnet.

Bereits beim ersten Seminar im Winter hatte es einen Eklat gegeben, als sich die sowjetischen Vertreter außerstande sahen, zu diesen Vorwürfen Stellung zu beziehen. Unter dem Damoklesschwert eines drohenden Abbruchs der Veranstaltung sagte Delegationsleiter Frolow seinerzeit eine Prüfung der schriftlichen Unterlagen und eine Antwort für das Seminar in Moskau zu.

Sazu kam es allerdings zunächst nicht. Der Vertreter der staatlichen Außenhandelsfirma Techsnabexport, Tschernow, tat so, als höre er von den Beschuldigungen zum ersten Mal. Er dankte für die » interessanten Informationen«; für eine Beantwortung hier und jetzt würden ihm aber die schriftlichen Unterlagen fehlen (der sowjetischen Seite waren mehrfach ganze Stapel von Dokumenten übergeben worden). Es kam, wie es kommen mußte. Das Seminar wurde unterbrochen. In der eilig zusammengerufenen und gehetzt durchgezogenen Delegationssitzung - eine halbe Stunde später stand ein Gesprächstermin beim sowjetischen Umweltminister Woronzow an, den einige auf keinen Fall versäumen wollten -,hielten sich die Meinungen, ob man angesichts dieser »Provokation« der sowjetischen Seite sofort nach Hause fahren oder das Seminar weiterführen sollte, zunächst die Waage. Möglicherweise hätte die erste Position sogar eine Mehrheit gefunden, wäre nicht von einigen ein höchst lächerlicher »Vermittlungsvorschlag« gemacht worden, der die Ernsthaftigkeit der Beweggründe zumindest dieser Abbruch-Befürworter/innen als Schaumschlägerei entlarvte. Die Delegation, so der angebotene »Kompromiß«, sollte lediglich die Seminardiskussionen beenden, die noch anstehenden offiziellen Termine mit KPdSU-Funktionären außerhalb des Seminar-Programms aber weiter wahrnehmen.

Nach der knappen Abstimung nahm das Seminar seinen Fortgang und die Geschichte mit dem Uran eine neue Wendung. Delegationsleiter Frolow persönlich (Ende Oktober übrigens zum neuen Chefredakteur der Prawda berufen; die **atom** gratuliert recht herzlich) bot nämlich am nächsten Morgen an, den Genossen Tschernow noch einmal anrufen und in den Konferenzsaal bitten zu lassen.

So geschah es denn auch. Tschernow zeigte sich plötzlich bestens mit der Materie vertraut. Die Sowjetunion, sagte er, würde von ihren westlichen Auftraggebern kein reines, sondern nur »konvertiertes«, d.h. in Uranhexafluorid (UF 6) umgewandeltes Uran zur Anreicherung geliefert bekommen. Sämtliches UF 6 stamme aber aus Frankreich, Großbritannien und Japan. Alle drei Länder hätten der UdSSR indes versichert, daß es sich bei dem Ausgangsmaterial nicht um Namibia-Uran handele. Die Sowjetunion habe keinen Anlaß, an diesen Aussagen zu zweifeln.

R.

atom-Büro in Moskau gegründet

Der 21. September 1989 wird in die auch bisher an besonderen Ereignissen nicht arme atom-Geschichte als denkwürdiges Datum eingehen. Im Rahmen einer improvisierten schlichten Feierlichkeit wurde unser Moskauer Büro aus der Taufe gehoben. Neben den Zentral-Redaktionen in Lüneburg und Göttingen sowie Dependancen in Hannover, Bonn, Westberlin und Hamburg arbeitet nun also unsere erste Auslandsniederlassung. Daß dabei Moskau noch vor Washington, Managua und Pnomh Penh den Vorzug erhalten hat, ist dem Umstand zu schulden, daß der Zeitgeist auch in diesem Fall nicht völlig an der **atom** vorbeigeht, und wir uns in naher, mittlerer und ferner Zukunft verstärkt um Atompolitik und Widerstand in der Sowjetunion kümmern werden. Wir hoffen, die Leser/innen ab der nächsten Nummer mit regelmäßigen Korrespondentenberichten aus Moskau versorgen zu können.

Adresse:
Wadim Damier
107258 Moskau
per. Alymowa 13, Kv. 24
Tel. 963 78 61

...So ein Verhalten ist nur teutonisch-peinlich

...Die heftigen Kontroversen zwischen sowjetischen Atomwissenschaftlern und sowjetischen Ökogruppen führte natürlich zu einer gespannten Situation. Als ausländischer Gast muß man da natürlich ein gewisses Fingerspitzengefühl an den Tag legen. Denn erstens hat keiner etwas davon, wenn das erste Seminar dieser Art gleichzeitig das letzte ist, und zweitens besteht sonst die Gefahr, daß in stark emotionalisierten Situationen inhaltlich kaum etwas 'rüberkommt. Von diesem Fingerspitzengefühl war jedoch bei einem (lautstarken) Teil der Grünen Delegation wenig zu spüren. Es ist einfach deplaziert, wenn man den Leuten (auch wenn es Atomwissenschaftler sind) andauernd ins Wort fällt, sie beschimpft oder sich gar als Deutscher dazu versteigt, auf einer öffentlichen Abendveranstaltung das sowjetische Volk zur Rebellion aufzurufen. So ein Verhalten ist nur teutonisch-peinlich. Es ist eben kein Internationalismus, wenn man sich überall auf der Welt genauso benimmt wie zu Hause beim Bundeshauptausschuß ...

(Aus einem Bericht von Jürgen Meier, Delegations- und Bundesvorstandsmitglied der Grünen, für die Zeitung 'Die Unabhängigen')

Die Ökologiebewegung in der UdSSR

Ein Interview

Olga Pizunowa (ökologisch-politischer Club „Alternative")

Begünstigt durch die Perestroika, hat sich in der Sowjetunion in den letzten Jahren eine starke, bunt schillernde Ökologie-Bewegung entwickelt. Diese Bewegung detailliert vorzustellen, würde nicht nur den Rahmen der atom sprengen, sondern erscheint schlichtweg unmöglich: Es gibt hunderte, wenn nicht tausende von verschiedenen Gruppen und Organisationen. Die meisten von ihnen arbeiten nur regional, kämpfen gegen ein AKW, einen kaputten Fluß, eine Chemiefabrik. Andere - so die Sozialökologische Union, Die ökologische Union, die Grüne Bewegung, die Bewegung zur Gründung einer Grünen Partei - versuchen, sich auf Allunions-Ebene zu organisieren und zumindest die Gruppen aus den größeren Städten miteinander zu vernetzen.

Häufig vermischen sich ökologische Initiativen mit nationalistischen oder separatistischen Bewegungen; dies ist z.B. im Baltikum, in der Ukraine und in einigen asiatischen Republiken der Fall. Völlig unterschiedlich ist die politische Ausrichtung der Öko-Gruppen. Manche begreifen sich als Linke, als Sozialist/inn/en oder auch als Anarchist/inn/en) z.B. ist die Konföderation der Anarcho-Syndikalisten, KAS, sehr stark in Umweltfragen engagiert). Ebenso gibt es aber bürgerliche, konservative oder sogar monarchistische Organisationen, die sich den Erhalt einer lebenswerteren Umwelt auf ihre Fahnen geschrieben haben. Und wieder andere interessieren sich überhaupt nicht für allgemeinpolitische Themen.

Ein großer Teil der in den Städten aktiven Öko-Gruppen hat sich basisnahe und weitgehend dezentrale Strukturen geschaffen, die stark an die westdeutschen Bürgerinitiativen erinnern. Auf dem Land scheint es genau andersherum zu sein: hier überwiegen straffe, hierarchische, apparatähnliche Organisationsformen und der Hang zur "Vereinsmeierei": viele der Öko-Menschen, die wir auf dem Atom-Seminar trafen, reagierten wie elektrisiert, wenn sie das Wort Kommission, Union oder Verein hörten.

Unsere Moskauer Redaktion (siehe Kasten) wird in Zukunft regelmäßig über Entwicklungen und Aktionen in der sowjetischen Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung berichten. Für heute, und sozusagen als Einstieg, begnügen wir uns mit dem Abdruck des nachstehenden Interviews mit vier linken Öko-Aktivist/inn/en.

R.

FRAGE: Könnt ihr euch und die Gruppen, in denen ihr aktiv seid, kurz vorstellen?

Sergej: Ich bin Sergej aus Kubyschew an der Wolga. Ich mache im ökologisch-politischen Club "Alternative" mit.

Olga: Olga aus der Stadt Saratow. Ich bin auch im ökologisch-politischen Club "Alternative".

Lika: Mein Name ist Lika. Ich bin Mitglied in der "Moskauer Ökologischen Föderation" und der Bewegung für die Gründung der Grünen Partei.

Vadim: Ich heiße Vadim und bin auch in der "Moskauer Ökologischen Föderation" und in der Bewegung für die Gründung einer Grünen Partei.

FRAGE: Mit welchen ökologischen Fragen beschäftigt ihr euch, und gegen was für Projekte richtet sich euer Protest?

Sergej: In Kubyschew gibt es drei große ökologische Bedrohungen, zu denen unser Club arbeitet. Einmal eine Fabrik zur Herstellung von chemischen Waffen. Zum zweiten ist das Erdöl, das in Kubischewer Fabriken verarbeitet wird, von sehr schlechter Qualität, es vergiftet die Umwelt. Und drittens befindet sich im Gebiet von Kubyschew eine Deponie für radioaktive Abfälle. Das ist noch nicht alles. Die Wolga ist verschmutzt und auch in anderen ökologischen Bereichen gibt es Probleme.

Vadim: Natürlich gibt es auch in Moskau viele umweltschädigende Einrichtungen. Moskau ist eine Metropole, mit allen für Großstädte typischen ökologischen Problemen. Wir haben viele Industriebetriebe, viel Autoverkehr und viele Wärmekraftwerke, die die Luft verschmutzen. Die Gruppen aus der "Moskauer Ökologischen Föderation" kämpfen gegen all diese Einrichtungen. Einige Mitglieder machen aber auch theoretische Arbeit. Das steht allerdings noch am Anfang.

Lika: Man zerstört auch die Wälder rund um Moskau, die einen natürlichen Schutzgürtel bilden. Die Moskauer Gruppen leisten dagegen Widerstand, weil das Abholzen der Wälder auch die Stadt selbst zerstören wird. Wir setzen uns auch gegen die anti-ökologische Politik der Behörden zur Wehr.

FRAGE: Wie sieht eure politische Arbeit, euer Widerstand aus? Was für Aktionen macht ihr?

Olga: Am Anfang steht das Sammeln von Unterschriften als massenhafte Form der Meinungsäußerung. Wir versuchen, die Öffentlichkeit über Flugblätter zu informieren. Dieses alles verhindert noch keine Umweltzerstörungen, aber zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung ist diese Arbeit sehr wichtig. Eine nächste Stufe sind Kundgebungen, Demonstrationen oder Protestmärsche. Vor kurzem haben wir auch begonnen,

Blockaden zur organisieren, direkt vor den Toren der Werke, zum Beispiel neulich vor dem Eingang eines Atomkraftwerks. Im Sommer haben wir ein Protest-Zeltlager durchgeführt.

FRAGE: Wie sieht das in Moskau aus? Gibt es hier andere Aktionsformen?

Vadim: In Moskau gibt es sehr viele Gruppen, die in unserer Föderation mitmachen. Und jede Gruppe bestimmt ihre Protestformen selbst. Die jeweiligen Aktionen hängen von den Bedingungen vor Ort ab. Einige Gruppen haben auch hier Blockaden organisiert. Es gibt hier einen Stadtteil, einen Bezirk, der überindustrialisiert ist. Dort sollte zusätzlich eine riesige Druckerei errichtet werden. Die Bevölkerung hat die Arbeiten durch Blockaden behindert.

FRAGE: Wie sind eure Gruppen organisiert, welche Strukturen haben sie?

Sergej: Unsere Grupe in Kubyschew umfaßt die Leute, die sich für ökologische Fragen interessieren. Wir haben keinerlei Leitungsorgane, die Struktur ist sozusagen föderalistisch. Wenn die Menschen Vorschläge machen oder Initiativen ergreifen, dann entscheidet die Versammlung der ganzen Gruppe über die Durchführung dieser Aktionen. Wenn ein Vorschlag Unterstützung findet, wird er von allen mitgetragen.

Lika: Die "Moskauer Ökologische Föderation" vereinigt rund 60 verschiedene Gruppen, die natürlich sehr verschieden sind und die vor allem durch ihren ökologischen Ansatz zusammengehalten werden. Man könnte unsere Föderation auch als Konföderation bezeichnen, weil es keine Kommandos und keine zentrale Verwaltung gibt, sondern nur eine Koordination und regelmäßigen Informationsaustausch. Wir haben einen Koordiantionsausschuß und "Experten-Räte", Räte der Wissenschaftler. Zur Zeit sind wir dabei, die Strukturen der Föderation neu zu organisieren. Wahrscheinlich wird daher die Rolle des Koordinationsausschusses stärker werden.

Olga: Die Struktur der ökologischen Gruppe Saratow ist ähnlich wie in Kubyschew. Ich glaube, daß fast alle ökologischen Initiativen eine harte Organisationsstruktur vermeiden, um dadurch eine Verbürokratisierung zu verhindern.

FRAGE: Wie gehen die Behörden, wie geht die Staatsmacht mit direkten Aktionen wie Blockaden um?

Olga: Der ökologisch-politische Club "Alternativ" hat bisher keine Blockade-Aktionen vor einem Atomkraftwerk gemacht, nur vor der Chemiewaffen-Fabrik. Wir können also nur darüber berichten. Gegen die Fabrik waren nicht nur die ökologischen Gruppen, sondern auch die örtlichen Behörden. Die Verwaltung und die lokalen Parteiorganisationen im Kubyschewer Gebiet waren also auf unserer Seite, und wir hatten mit ihnen keine Schwierigkeiten.

Sergej: Trotz dieser Unterstützung auf lokaler Ebene waren die übergeordneten Stellen gegen die Blockade. Diese ranghöheren Behörden kontrollieren die Medien, und so

Mit Lenin im Rücken argumentiert sich's besser

TRETIJ PUTJ

TRETIJ PUTJ, »Dritter Weg«, ist das Organ der Bewegung für die Gründung einer Grünen Partei in der Sowjetunion. Diese Bewegung existiert in etwa einem Dutzend Städten. Die Zeitschrift erscheint seit dem November 1988 in Kujbyschew/Wolga.

Unsere Themen sind

-ökologische und politische Situation in der Sowjetunion;
- Geschichte, Alltag und Perspektive der Grünen, Alternativen und Anti-AKW-Bewegungen in der Welt bzw. in der Sowjetunion;
- Standortberichte;
- Chronik der Ereignisse;
- Theoretische Diskussionsbeiträge;
- Pressespiegel.

TRETIJ PUTJ erscheint inoffiziell und jeden Monat mit etwa 30 Seiten.

Ab 1990 ist die Ausgabe eines Digest in englischer und deutscher Sprache geplant.

Redaktion:

Kriwow Sergej
UdSSR, 443084 Kujbyschew
ul. Woroneshskaja 190, 15.

Sowjet-Wissenschaftler Janshin und Frolow

wurde in der Presse gegen die Blockaden und gegen Bewegung polemisiert.

Olga: Es gibt gesetzliche Beschränkungen für Widerstandsaktionen. Die Demonstrationen müssen von der örtlichen Administration erlaubt werden. Das ist für die Ökologie-Gruppen sehr unbequem, weil sich der Protest sehr oft je gegen diese kommunalen Verwaltungen richtet, und die Verwaltungen ja nicht immer die Forderungen der Ökologen unterstützen. Dieser Umstand erschwert die Aktivitäten der Bewegung. Rechtlich zählen wir hier auch Blockaden zu den Demonstrationen. Sie müssen also ebenfalls genehmigt werden.

Sergej: In manchen Orten hat die Zusammenarbeit zwischen Bewegung und lokalen Behörden aber doch zum Erfolg geführt. Die Chemiewaffen-Fabrik z.B. wird jetzt nicht gebaut, stattdessen eine Trainingseinrichtung (?).

FRAGE: Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung um Atomenergie in der sowjetischen Ökologie-Bewegung?

Olga: Hier gibt es schon sehr lange Atomkraftwerke und sehr viele. Die meisten Menschen glaubten bisher, daß die Atomenergie eine gute Sache ist, oder sie machten sich gar keine Gedanken darüber. Erst im Verlauf der Bewußtwerdung über die ökologischen Probleme in den letzten Jahren wurde immer mehr Leuten klar, daß die Atomenergie die gesamte Menschheit bedroht. Für uns ist Atomenergie auf gar keinen Fall hinnehmbar. Innerhalb der ökologischen Bewegung gibt es auch Anti-Atom-Gruppen, die sich hauptsächlich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Sergej: Die Industrie in der Sowjetunion ist veraltet und frißt viel Energie. Deswegen wird man hier so bald nicht Schluß machen mit den Atomkraftwerken. Auch die großen Wasserkraftwerke, die hier die Umwelt zerstören, sind ein Ergebnis der Energieverschwendung.

Lika: Die Behörden sagen, daß die Atomenergie für unser Land sehr wichtig ist, und daß die Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden können... Verschiedene Untersuchungen zeigen, daß unsere AKW aus sehr schlechtem Material gebaut sind und an sehr unsicheren Plätzen stehen, teilweise jedenfalls, in der Nähe von Vulkanen oder in seismisch gefährdeten Zonen.

FRAGE: Bei dem Seminar von Grünen und KPdSU sind viele Menschen aus Regionen anwesend, in denen Atomkraftwerke gebaut werden. Diese Leute berichten ausnahmlos über heftigen Widerstand vor Ort. Ist die Anti-AKW-Bewegung in der UdSSR also eine Standort-Bewegung?

Olga: Ja, aber das betrifft die gesamte Ökologie-Bewegung. Die Gruppen kämpfen vor allem an ihren Orten. Nur manchmal, wenn besondere ökologischen Katastrophen drohen, gibt es überregionale Mobilisierungen und die Gruppen aus verschiedenen Städten machen etwas Gemeinsames. Im Februar dieses Jahres gab es eine Gesamt-Unions-Aktion gegen den Kanal von der Wolga zu einem anderen Fluß. Das war eine Aktion im landesweiten Maßstab. In der letzten Zeit ist dieser Trend zur Vereinigung der Kräfte stärker geworden. Am Rande dieses Seminars haben sich Vertreter von verschiedenen Anti-AKW-Initiativen getroffen und eine Zusammenarbeit verabredet.

FRAGE: Inwieweit spiegelt die sowjetische Umweltbelastung die allgemeinen politischen Verhältnisse in der UdSSR wider? Konkrekt gefragt: Hat die Perestroika erst den Boden für eine Öko-Bewegung bereitet, und wird, wenn die Perestroika scheitert, auch eure Bewegung zusammenbrechen?

Sergej: Eine ökologische Bewegung gab es hier schon vor der Perestroika. Sie war damals allerdings sehr unpolitisch und längst nicht so stark wie heute. Die sogenannte neue Politik Gorbatschows hat diese Bewegungen politisiert. Jetzt wissen alle, daß es ohne demokratische Veränderung keine ökologischen Veränderungen geben wird.

Lika: Ich meine, daß die ökologische Bewegung sich vor allem durch die Perestroika entwickeln konnte und daß die Zukunft und die Erfolge der Bewegung auch von der Zukunft der Perestroika abhängen. Ich glaube aber nicht, daß die ökologische Bewegung ganz verschwindet, wenn die Perestroika scheitern sollte. Das wird keinen großen Einfluß auf das Weiterbestehen der Bewegung haben.

Olga: Die Perestroika hat die Entwicklung eines ökologischen Bewußtseins in der UdSSR ganz wesentlich beeinflußt. Wir müssen dieses Bewußtsein jetzt weiterentwickeln, notfalls auch ohne Perestroika.

Vadim: Die Perestroika hat einiges zur Aktivierung der ökologischen Bewegung beigetragen. Die ökologischen Probleme sind natürlich nicht mit der Perestroika entstanden, sie sind sehr viel älter, aber mit der Perestroika konnte sich die Ökologie-Bewegung neue Ausdrucksmöglichkeiten verschaffen, die sie natürlich selber ausnutzen muß. Ich kann hier nicht das Schicksal der Perestroika prognostizieren, aber die Zukunft unserer Bewegung wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die ökologischen Probleme zu bewältigen. Mit oder ohne Perestroika.

Interview: R.

WELTKONFERENZ

Die Kontakte zwischen den Atomgegnerinnen haben sich internationalisiert. Gleich zu viert waren westdeutsche Anti-AKW-Aktivisten Anfang August für zwei Wochen Gast japanischer Friedens- und Anti-AKW-Gruppen: Klaus Pöhler, Gerlinde Sparrer und Erna Weinhofer für die Oberpfälzer BI's sowie Wolfgang Ehmke für die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Benita Schulz für die Grünen war ebenfalls eingeladen.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

IN JAPAN

Zum 44. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki nahmen sie an der Tokioer Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben teil. Nach den Aufenthalt in Hiroshima und Nagasaki bot sich die Gelegenheit, dem Standort Rokkosho Mura, Japans "NEZ", einen Besuch abzustatten.

Für die "atom" verfaßte Wolfgang Ehmke den folgenden Bericht.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

TOKYO

Daß in Japan politisch etwas in Bewegung gekommen ist, war unweigerlich auch auf der Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Tokio zwischen dem 30.7. und 3.8. zu spüren, zu der die japanische Friedensorganisation *Gensuikin* eingeladen hatte. *Gensuikin* steht der sozialistischen Partei (JSP) nahe, deren unerwartet großer Erfolg bei den Wahlen zum Oberhaus Hoffnungen bei vielen Aktivisten der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung auf politische Veränderungen in Japan weckt. Rund 40 Gäste aus Europa, den USA, der UdSSR, Ostasien und vor allem aus dem pazifischen Raum diskutierten mit den japanischen Gastgebern über die globale Abrüstung und die weltweite Ächtung aller Atomwaffen, den Stop von Atomwaffentests im Pazifik, die Versuche, den Atommüll im Pazifik "endzulagern" sowie die Stillegung von Atomkraftwerken.

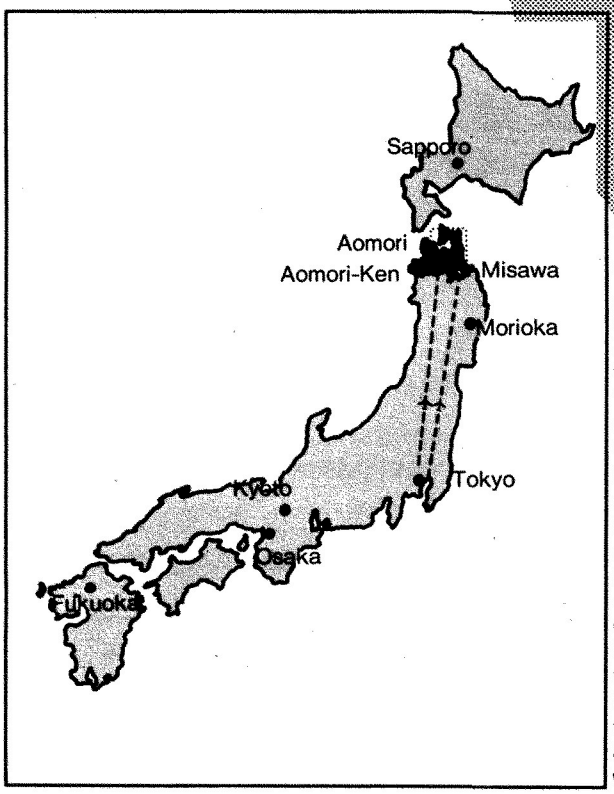
Ein Vorfall, der aber 24 Jahre zurückliegt, aber erst im Mai 89 veröffentlicht wurde, hat die aktuelle Diskussion um die "3 antinuklearen Prinzipien" in Japan heftig angeheizt. Damals war vom amerikanischen Flugzeugträger "Ticonderoga" eine Wasserstoffbombe über Bord gegangen und in 4.800 Meter Tiefe im Pazifik versunken. Die "Ticonderoga" lag in japanischen Häfen vor Anker, damit ist klar, daß die US-Army Atomwaffen, deren Herstellung, *Lagerung* oder Verwendung Japan nach der Erfahrung von Hiroshima und Nagasaki ablehnt, in japanischen Gewässern stationiert. Ein offenes Geheimnis sei, so japanische Redner, daß auch auf den Luftwaffenstützpunkten der Amerikaner in Okinawa und Misawa A-Waffen gelagert würden. Shigeru Ito verspricht namens der JSP eine Gesetzesinitiative, die "3 Prinzipien" sollen Gesetzeskraft erlangen und auch für die US-Army gelten.

Weitergehende Forderungen, wie sie am Ende der Tokio-Konferenz in der Schlußresolution auftauchen, nämlich die Aufkündigung der US-Militärstützpunkte im Lande —im Prinzip entspricht auch das der bisherigen Haltung der JSP— , schwächt Ito ab. Das sei ein Fernziel, aber Japan müsse zu seinen Bündnisverpflichtungen stehen, kann man schließlich in der *Japan Times* nachlesen. Die JSP mausert sich halt im Eiltempo zur sozialdemokratischen Partei, weil sie ihre "Regierungsfähigkeit" programmatisch unter Beweis stellen muß, sollte sie demnächst in Japan am Drücker sein. "Linksradikale" Positionen gehen fix über Bord.

Das Anliegen der Delegierten aus dem pazifischen Raum ist klar umrissen: SprecherInnen aus Saipan, Guam, Tonga und den Fiji-Inseln monieren die Atomwaffentests der Franzosen auf dem Muroroa-Atoll und die Absichten der USA und Japans, ihren Atommüll im Pazifik zu versenken. Den Mariannengraben hatte man dafür auserkoren, aber auch die Inseln Enewetok und Bikini. Diese Orte, an denen zwischen 1948 und 1958 die amerikanischen Atomwaffentest stattfanden, wurden - weil eh verstrahlt - vom Präsidenten der Marshall-Inseln Amata Kabua als atomare Endlager vorgeschlagen. Zum Glück konnten bisher alle diese Pläne gestoppt werden. Die Gäste aus dem Pazifik drängten darauf, daß die Rolle der japanischen Konzerne als Wegbereiter derartiger Pläne in scharfer Form im Schlußdokument kritisiert werden sollte. Deutlich wird über den Informationsaustausch, daß weltweit aus der unlösbaren Atommüllproblematik groteske Lösungsvorschläge resultieren.

Stopp der AKWs ist dritter großer Schwerpunkt. Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gibt es japanweit eine Anti-AKW-Bewegung. Zuvor waren die Proteste gegen den Betrieb der AKWs lokal begrenzt, häufig von den Fischern getragen (alle 38 Reaktorblöcke Japans liegen direkt am Meer). Die japanischen AKW-Gegner - die Frauen überwiegen deutlich - sind stark an einem internationalen Netzwerk interessiert. Mit großer Aufmerksamkeit werden die Ausstiegsmodelle der europäischen grünen Parteien studiert (in Japan gibt es bisher trotz der massiven Umweltprobleme keine grüne Partei).

Aber auch Einzelbeiträge wie der Choi Yuls aus Südkorea beeindrucken. In seinem Lande seien 9 AKWs ans Netz gegangen, 46 weitere seien geplant (habe ich mich verhört?). Seit der Entdeckung einer illegalen Atommülldeponie in der Umgebung des AKW Kyungbuk, wo atomare Abfälle einfach im Erdreich verbuddelt wurden, gebe es auch in Südkorea eine Anti-AKW-Bewegung. Offensichtlich war das nicht die einzige wilde Atommüllkippe, denn in Yungkwang, in der Nähe des AKW Junnam, wurden im Meer mutierte Fische mit einem Auge beobachtet, mißgebildete Babys kamen zur Welt. Heftige Proteste aus der Bevölkerung waren die Folge, inzwischen haben sich zwanzig Umweltgruppen zusammengeschlossen und vertreiben ein monatliches Bulletin. "Die Gegenseite hat nicht geglaubt, daß trotz Hunger und Armut Menschen dagegen auf die Straße gehen", meint Choi Yul, der im übrigen auch der Demokratiebewegung angehört und dafür bereits zweimal inhaftiert wurde. Kriminalisierung und Repression der Anti-Atom-Bewegten kennen wir zwar auch in der BRD, aber Berichte wie dieser relativieren die eigenen Erlebnisse und Erfahrungen.

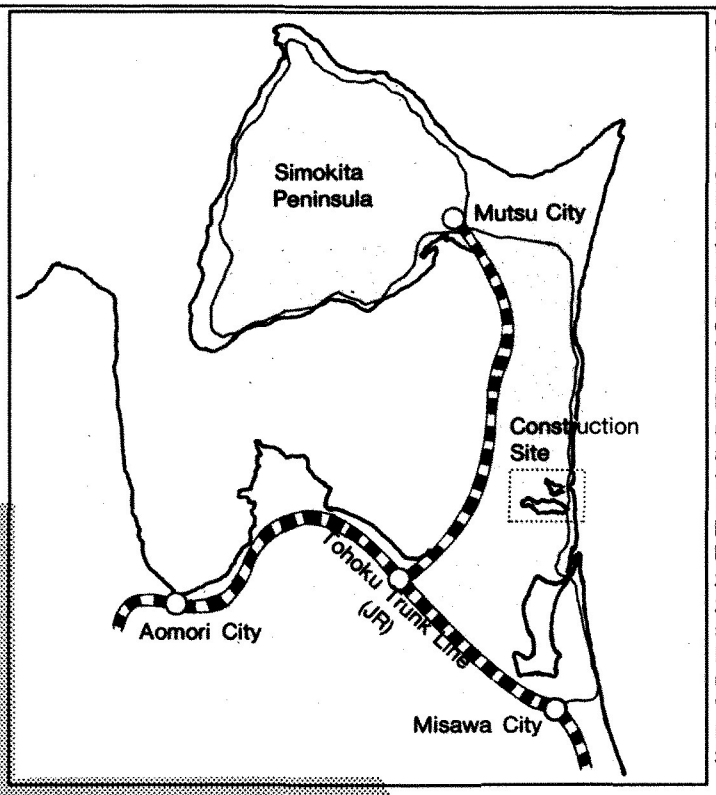


HIROSHIMA UND NAGASAKI

Mit den Shankinsen fahren die ausländischen Delegierten nach Hiroshima. Dr. Marvin Resnikoff, Strahlenexperte aus den USA, verschanzt seine Gefühle hinter Sarkasmus: "Unser Mekka". Als erstes besuchen wir das "Atomic Hospital", etwa 40 strahlengeschädigte Patienten werden dort noch stationär, weitere 120 ambulant versorgt. Der stellvertretende Leiter des Krankenhauses gibt einen kurzen Abriß über die Folgen der Atombombenexplosion, von der inzwischen jeder weiß, daß sie nicht kriegsentscheidend war, sondern als großangelegtes "Experiment" dazu diente, die verheerende und zerstörerische Wirkung der A-Waffen auf Menschen, Stadt und natürliche Umgebung zu studieren. Auf dem Hiroshimahügel steht der Flachbau der ABCC (Atomic Bomb Casuality Commission), in der US-Forscherteams seit 1946 bis heute im Auftrag der Army an über 8000 Überlebenden die Strahlenwirkung überprüfen. "Warum beteiligen sich die Japaner dann an so einem Programm?" will ich wissen. Weil sie Hilfe erwarten, lautete die Antwort. Als wir gehen, hält mich der Arzt zurück. "Danke für Ihre Frage".

Der Friedenspark, hier lag das Epizentrum der Explosion, von der nur noch die Ruine des "Atombomben-Doms", eines kuppelartigen, bizarren Stahlgerippes der einstigen "Halle zur Förderung der Industrie" zeugt, ist Treffpunkt der Friedensgruppen aus ganz Japan. Kranichketten zieren die Altäre. *Gensuikin* hat am späten Nachmittag zur Demonstration aufgerufen. 8.000 - 10.000 Menschen versammeln sich zur Schlußkundgebung in der Sporthalle. Die Inszenierung ist perfekt. Zunächst werden wir beklatscht, Grußworte der Gewerkschafts- und Parteienvertreter der Opposition (für die buddhistische Komeito und die sozialdemokratische DSP folgen, danach steht Takako Doi, die glänzende Wahlsiegerin der JSP, höchstpersönlich vor uns. Pressefotografen und Kameraleute rotieren. Jubel im Saal. Wahlkampf total. Takako Doi fordert Neuwahlen zum Unterhaus noch im Herbst, Gesetzeskraft für die "3 Prinzipien" und ein "freeze" des japanischen Atomprogramms. Das ist nicht viel, aber die Begeisterung ist dennoch groß.

Am 6. August gehören wir zu den Tausenden, die sich zur offiziellen Feierstunde einfinden. Einige Namen der im letzten Jahr an Strahlenspätfolgen Verstorbenen aus Hiroshima werden verlesen, japanweit sind es 4.244 neue Opfer. Der Verstand registriert die Zahl, aber die Phantasie reicht nicht, das Grauen nachzuempfinden. Auf Flugblättern der lokalen Friedensgruppen wird die Zeremonie in Frage gestellt, die in der Tat an einen Staatsakt erinnern. Der Bürgermeister aus Hiroshima hat Amtskollegen aus der ganzen Welt eingeladen, aus der BRD sind u.a. Herbert Schmalstieg aus Hannover und der Lübecker Michael Bouteiller dabei (zwischen Hannover und Hiroshima gibt es eine Städtepartnerschaft). Als Vorbild wird in diesem Flugblatt der Bür-



germeister von Nagasaki zitiert, der den unlängst verstorbenen Kaiser Hirohito als Kriegsverbrecher bezeichnet hat. Mit über 40jähriger Verspätung - nach dem Tod des Kaisers - wird die Frage der Kriegsschuld Japans in Friedensinitiativen Kreisen diskutiert. Das muß mensch sich einmal vorstellen! Vorerst aber blieb es den südkoreanischen Delegierten vorbehalten, eindringlich auf die Rolle des japanischen Imperialismus hinzuweisen. Korea war von 1910 bis Ende des 2. Weltkrieges japanische Kolonie. Während des Krieges verschleppten Japaner Tausende koreanischer Mädchen und Frauen, um sie an der Front als Sexsklavinnen zu mißbrauchen. Die Produktionslücken durch die Abwesenheit der Männer wiederum füllten sie mit koreanischen Zwangsarbeitern. Von daher erklärt sich, daß auch in Korea schätzungsweise 100.000 Hibakusha der ersten und zweiten Generation anzutreffen sind. Sie waren zur Zeit der Atombombenexplosion im Umkreis von Hiroshima und Nagasaki ZwangsarbeiterInnen. Noch heute kämpfen sie um ihre Anerkennung als Hibakusha und entsprechende Ausgleichszahlungen.

Bei unserer Ankunft in Nagasaki demonstrierten *Gensuikyo*-Anhänger stundenlang in der brütenden Hitze. *Gensuikyo* ist ideologisch der kommunistischen Partei Japans (JKP) verbunden. Und ideologische Differenzen haben auch zur Spaltung der "Weltkonferenz" vor einigen Jahren geführt. Die Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten hätte die Gegensätze zwar abgeschwächt, aber in der Frage der zivilen Nutzung der Atomenergie seien die Differenzen erneut aufgebrochen, erklärt uns einer unserer Betreuer vom *Gensuikin*-Büro.

Ein kleiner Kreis der ausländischen Gäste wird zu einem Hibakusha-Meeting eingeladen. Mit leiser Stimme mahnt uns Kiku Yamaguchi, eine 64jährige Hibaksha, ihre Eindrücke und Erlebnisse weiterzuvermitteln. Zur Zeit der Bombenexplosion um 11.05 Uhr war sie - 20jährig- in der Schule, 1,8 km vom Epizentrum entfernt. Als Fliegeralarm gegeben wurde, war sie unter das Schreibpult gekrochen. Das hat ihr das Leben gerettet, ihre Mitschülerinnen war grauenhaft verbrannt, "wie geschmolzen". Strahlenfolgen wie hohes Fieber, Durchfall, Haarausfall stellten sich bei ihr ein, für 15 Monate blieb die Menstruation aus. Die meisten der Überlebenden seien in wenigen Wochen nach der Bombe gestorben. Als Frau habe sie ihr Leben lang mit der Diskriminierung als Hibaksha zu kämpfen gehabt, aus Angst vor Mißbildungen und Krebs hätten Gesunde keine Hibaksha geheiratet. Alle zwei Jahre müsse sie zur Krebsvorsorgeuntersuchung. Am nächsten Morgen, am 9. August um 11.05 Uhr schließt die "Hiroshima-Nagasaki-Konferenz" mit einer Schweigeminute.

ROKKASHO MURA

Szenenwechsel. Im Norden der Hauptinsel Honshu, im Bezirk Aomori, liegt das Fischerdorf Rokkasho Mura. Für die Wackersdorfer Freunde und mich ist es das letzte Etappenziel. Das deutsch-japanische Friedensforum hat eine Begegnung mit Aktivisten aus dem Widerstand gegen das geplante Atomzentrum arrangiert. Auf dem Bahnhof von Misawa treffen wir Landrat Schuierer und seine Frau Lilo aus Schwandorf, den Stefan von "Radiaktiv" und entrollen das erste Mal pressewirksam unsere Transparente. Was draufsteht? "Keine WAA in Wakkersdorf, Rokkasho Muro oder eldeswhere" natürlich alles auf Englisch). Unsere Gastgeber bringen uns zunächst an das Haupttor des US-amerikanischen Stützpunktes Misawa. Von dort aus wird der Luftraum im nördlichen Pazifik überwacht. F-16-Bomber sind dort stationiert, niemand glaubt, daß dort keine Atomwaffen gebunkert werden. Am Flughafen werden wir Augen- und Ohrenzeugen für den Höllenlärm der Übung "touch and go", bei der Kampfflugzeuge in rascher Folge zur Landung ansetzen und nur wenige Meter über der Landepiste durchstarten. Bis zu 700 Starts pro Tag gebe es, erläutert Kaseko Ito, die uns begleitet. Die Proteste gegen Fluglärm und die Stationierung der 12.000 Amerikaner in Misawa, die abgeschirmt auf dem Militärgelände leben, hätten sich aber bisher nur spärlich mit der Anti WAA Bewegung verbunden, obwohl das WAA Gelände im Jahr rund 43.000 mal überflogen werden. Im März war Übungsmunition auf das Baugelände gefallen. 390 ha sind für das Atomzentrum ausgewiesen (zum Vergleich: das Gelände in Wackersdorf in 120 ha groß). Nicht nur, daß es Zielgebiet für militärische Übungsflüge ist, es liegt zudem in einer erdbebengefährdeten Zone. Eine Urananreicherungsanlage hat die JNFS (Japan Nuclear Fuel Service) bereits im Rohbau fertigstellen lassen. Das Terrain für die 800 t/a WAA ist bereits erschlossen, das gleiche gilt für die unterirdische Deponie für schwach- und mittelaktive Abfälle. Der Werkschutz verfolgt argwöhnisch alle Fahrbewegungen unserer Gruppe, nach dem Besuch des Info-Zentrums der JNFS werden eilig alle Aufkleber und "Spuckis" abgekratzt. Am Abend treffen wir rund 30 Dorfbewohner. Alle hocken auf dem Boden. Ein Fischer erzählt, wie sie die Meßtrupps auf dem Meer behindert haben (eine Pipeline soll die radioaktiven Abwässer 4 km hinaus ins Meer ableiten). Die große Demo im April hätte sie sehr bestärkt. Über den Besuch aus Wackersdorf freue man sich besonders und auch einige Fragen an die deutschen Freunde: "Welche Formen des Protests haben das Aus für Wackersdorf bewirkt? Welche Fehler habt ihr gemacht, wie läßt sich die Taktik verbessern? Was hat bei dem Projekt die meiste Angst ausgelöst?"

Die Wackersdorfer werden von den präzisen Fragen ein wenig überrollt und fallen in den Erklärungen einander ins Wort. Am Ende stellt Erna Wellnhofer aus Schwandorf die Idee einer Städtepartnerschaft zwischen den WAA-Standorten Rokkasho und Wackersdorf vor, die in Zukunft um La Haque und Windscale erweitert werden soll. Die zentrale Botschaft, daß Widerstand sich lohnt, wurde beklatscht. Mein Part ist das Thema nukleare Endlagerung. Die Dorfbewohner hören sich meine Argumente an. Aber die Pläne der Atomindustrie in Rokkasho Mura sind noch abenteuerlicher als in Gorleben - dort sollen schwach- und mittelaktive Abfälle in 600 Meter Tiefe direkt an der Küste im Sand gelagert werden. Kingo Koizumi, der einzige Landwirt, der sich schon vor dem WAA-Projekt in Rokkasho gegen Landkäufe und die Industrieansiedlung in der Region standhaft zur Wehr gesetzt hat, vertraut mir an, er fühle sich bestärkt durch unseren Besuch. Hartnäckigkeit und langer Atem könnten zum Erfolg führen. Ein Baustopp setze aber den Sturz der herrschenden LDP, der liberal-demokratischen Regierungspartei voraus.

Die Chancen stehen in diesem Punkt nicht schlecht: bei den Oberhauswahlen erhielt der unabhängige Kandidat und Vorsitzende des Bauernverbandes, Takao Mikami, mit Unterstützung der JSP 52 % der Stimmen. Seine Kandidatur begründete er mit dem Stopp des Atomzentrums Rokkasho Mura. Aber das gerade die JSP Hoffnungsträger der japanischen WAA-GegnerInnen ist! Ojeminee.

Am nächsten Abend - nach einem Bad im Pazifik und einem Besuch eines japanischen Badehauses - sind wir in Hachinobe, einer Stade mit 25.000 Einwohnern. Die BI "Tödliche Asche" hat im ersten Hotel am Ort einen Saal gemietet, der sich rasch füllt. Man kennt den Film "Spaltprozesse" und kommt gleich zu den Fragen. Für japanische Verhältnisse sind die rund 100 HörerInnen außerordentlich diskussionsfreudig. Am Ende wird es richtig feierlich. Erna wiederholt ihren Vorschlag einer Städtepartnerschaft. Der Vertrag wird unter Blitzlichtgewitter unterzeichnet. Ich habe ihn mitgebracht und würde vorschlagen, ihn im Original zu dokumentieren. Denn der Text ist wohl weniger wichtig als das wir da waren. Dennoch fände ich einen Gedankenaustausch über Sinn und Zweck derartiger Reisen vonnöten. Die Botschaft der Wackersdorfer ("wir haben es geschafft") wird bald verblassen, einer internationale Zusammenarbeit muß nach meinem Verständnis mehr als ein Gedankenaustausch sein. Ich stelle mir

vor: gemeinsame Aktionen z.B. Mitsubishi-Aktionstag, Blockaden des grenzüberschreitenden Atom(müll)tourismus.
Wolfgang Ehmke
(Für die Untersützung bei der Übersetzung herzlichen Dank an Taichiro Kajimura vom deutsch-japanischen Friedensforum)

Gespräch mit Masako Sawai
aus dem zentralen Koordinationsbüro der AKW-Gegner in Tokio

Geologische Formation — daß ich nicht lache !

37 Atomkraftwerke liefern in Japan ein Viertel der Stromerzeugung. In der Vergangenheit wurde der Protest gegen die Atomenergie vor allem von den Fischern getragen, seit Tschernobyl ist die Bewegung landesweit organisiert. Die Unterstützung durch politische Parteien und Gewerkschaften allerdings ist bis heute verhalten. Das könnte sich ändern, seit mit dem Bau eines gigantischen Atomzentrums in Rokkasho die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie verwischt werden. Der Bau einer WAA mit Unterstützung der französischen Cogéma bietet neue Chancen für eine Zusammenarbeit der AKW-Gegner mit der Traditionellen Anti-Atomwaffen-Bewegung.

WOLFGANG EHMKE: Der Ausbau der Atomenergie in Japan scheint weit vorangeschritten. An 14 Standorten sind 37 AKWs in Betrieb. Das weckt die Vorstellung es handele sich um "französische Verhältnisse". Wie hoch ist der Atomstromanteil in Japan ? Und seit wann existiert der Widerstand gegen dieses ehrgeizige Atomprogramm ?

MASAKO SAWAI: Seit Mitte der 60er Jahre haben wir einen ungestümen Ausbau der Atomenergie in Japan erlebt. Mitsubishi und Westinghouse, Hitachi und General Electric, aber auch die westdeutsche Interatom und die Franzosen haben im Durchschnitt zwei AKWs pro Jahr fertiggestellt. Aber den Anteil, den die Atomenergie an der Stromerzeugung hat, liegt insgesamt nur bei rund 25%. Wasserkraft, Importkohle, Öl und Gas sind die Hauptträger. Widerstand gegen diese Pläne gab es von Anfang an. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß alle AKWs wegen der Kühlprobleme direkt am Meer liegen. So ging und geht der Protest gegen die AKWs in erster Linie von den Fischern aus. Sie haben Angst vor der radioaktiven Verseuchung des Meeres, also der Meeresfrüchte und Fische. Du darfst nicht vergessen, daß es japanische Fischer waren, die Anfang der 50er Jahre bei den amerikanischen Atombombenversuchen im Pazifik verseucht wurden. Die Erinnerung daran ist immer noch sehr stark. Außerdem ist ganz Japan stark erdbebengefährdet. Was passiert, wenn ein AKW im Epizentrum eines Bebens liegt ? Das sind Bedenken, die wir landesweit formulieren.

WOLFGANG EHMKE: Du hast mir erzählt, daß die japanische Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl einen gewaltigen Zulauf bekommen hat. Inwieweit wart Ihr von der sowjetischen Reaktorkatastrophe betroffen ?

MASAKO SAWAI: Sicherlich waren die Folgen von Tschernobyl bei uns nicht so stark wie in der Sowjetunion selbst, bzw. in Mitteleuropa. Aber die radioaktive Wolke hat dazu geführt, daß bei uns Produkte wie Tee oder Blattgemüse kontaminiert waren. Das Blattgemüse hatte werte von rund 80 bq/kg. Schlimm war es auch bei den importierten Waren, von daher haben sich vor allem Frauen engagiert. Eigentlich war es ein richtiger Bruch gegenüber der Situation vor dem Super-GAU. Da war der Widerstand lokal. Jetzt entwickelt sich eine landesweite Bewegung. Wir haben mittlerweile ein zentrales Büro in Tokio, in dem ich mitarbeite. Dort sind neben vielen freiwilligen Mitarbeitern zehn Leute festangestellt. Wir geben monatlich eine Zeitung heraus mit dem Titel "Han-Genpatsu-Shinbun" (Anti-Akw-Zeitung). Letztes Jahr haben in Tokio am Tschernobyl-Jahrestag etwa 20 000 Menschen für den Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert, dieses Jahr gab es ungezählt viele kleine Kundgebungen und Veranstaltungen, wieder am "Jahrestag".

WOLFGANG EHMKE: Wie sehen die Formen des Protests bei Euch aus?

MASAKO SAWAI: Unsere Demonstrationen verliefen bisher sehr friedlich. Aber an den AKW-Standorten allerdings gab es viele Blockadeaktionen, vor allem beim Brennelemtewechsel. Da haben dann die Fischer mit ihren Schiffen die Versorgungsschiffe blockiert. Ich möchte zur Verseuchung der Pordukte hier noch etwas anmerken. Messungen von Muscheln und Algen haben ergeben, daß sie bis zu 7 bq/kg Kobalt 60 aufweisen. Algen werden bei uns viel gegessen, uns zwar getrocknet. Daran kannst Du ermessen, daß die Unruhe der Fischer Hand und Fuß hat.

WOLFGANG EHMKE: Wie konkret sind die Planungen in Rokkasho? Kannst Du das gesamte Projekt etwas ausführlicher beschreiben?

MASAKO SAWAI: Der Bau hat schon begonnen. Im Oktober 1988 hat die Nihon-Gennen-Service in Zusammenarbeit mit der französischen Cogéma das Atomzentrum in Angriff genommen. Dort sollen auf einem Terrain von 7,5 qkm eine Urananreicherungsanlage, eine WAA mit verschiedenen oberirdischen Lagerstätten für den anfallenden Atommüll und eine unterirdische Deponie entstehen.

WOLFGANG EHMKE: Gibt des bei Euch Zwischenlager? Um welche geologische Formation für das Endlager handelt es sich in Rokkasho?

MASAKO SAWAI: Nein, Zwischenlager gibt es nicht, der Atommüll wird bisher auf dem Kraftwerksgelände gelagert, und da gibt es schon einen gewaltigen Entsorgungsdruck. Geologische Formation? Daß ich nicht lache. Es handelt sich um Sand, in 750 m Tiefe soll der Atommüll verstaut werden, in Meeresnähe! Und es gibt sogar Wissenschaftler, die sich dafür hergeben! Aber vor Ort gibt es viele Proteste von Fischern und Bauern. Über 10.000 Kläger gegen das Projekt gibt es schon, Prozesse sind in Vorbereitung.

WOLFGANG EHMKE: Habt Ihr Rückhalt bei politischen Parteien oder den Gewerkschaften?

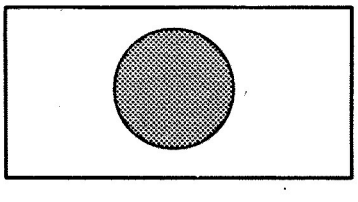
MASAKO SAWAI: Die LDP regiert mit absoluter Mehrheit und ist absolut für die Atomenergie. Denk mal an die japanischen Konzerne, die daran verdienen! Die Sozialistische Partei ist atomkritisch. An der Basis bzw. in Standortnähe gibt es viele Sozialisten, die entschieden gegen Atomkraft kämpfen. Eine grüne Partei gibt es - noch - nicht, und die JKP sagt, wenn sich die Sicherheit der AKW´s nachweisen lasse, wäre sie dafür. Leider sagt sie es so rum und nicht anders herum: Da die Sicherheit nicht bewiesen werden kann, sind wir dagegen. Zu den Gewerkschaften wäre zu sagen, bisher gab es in Japan zwei große Gewerkschaftsdachverbände, die aber im Herbst zu einer Einheitsgewerkschaft nach westdeutschem Vorbild fusionieren. Die linkere Opposition, die auch atomkritisch ist, wird sich dann weniger deutlich artikulieren können, fürchten wir. Die Lage ist nicht rosig.

WOLFGANG EHMKE: Mich wundert, daß in einem Land wie Japan, das durch den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki so schwer gezeichnet wurde, die Anti-AKW-Bewegung nicht deutlich stärker ist. Wie sind die Beziehungen zwischen Euch und den Strahlenopfern?

MASAKO SAWAI: Leider war die Beziehung zwischen uns und der Gensuibaku-Kinshi-Undo (Antiatomwaffenbewegung) bisher wenig entwickelt. Zum einen stand die Unterstützung der Hibakusha (Strahlenopfer) unter dem Vorzeichen "Kriegsfolgen". Daß es hier um Strahlung ging, stand eigenartigerweise nicht so sehr im Vordergrund.
Und dann verfing die Losung "Atome für den Frieden" in Verbindung mit dem AKW-Programm auch stark, wurde als Alternative zur kriegerischen Nutzung akzeptiert. Aber mit Rokkasoho ändert sich was, hier verschwimmt die Grenze zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie. Und das verstößt gegen die "3 Prinzipien": Nach Hiroshima und Nagasaki hat Japan erklärt, es produziert keine Atomwaffen, es strebt auch den Besitz nicht an und läßt drittens die Stationierung von Atomwaffen auf seinem Territorium nicht zu. Am Hiroshima-Tag gab es erstmalig eine gemeinsame Konferenz beider Bewegungen.

WOLFGANG EHMKE: Wackersdorf und Gorleben hast Du besucht. Macht man sich in Japan überhaupt einen Begriff davon?

MASAKO SAWAI: Sonst wäre ich ja nicht gekommen. Bei uns gibt es auch Fernsehsendungen, und wir sind über die harten Auseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf auf den WAA-Standort gestoßen. Ich bin nicht die erste japanische Besucherin in Westdeuschland, denn wir studieren Eure Argumente und die Formen der Auseinandersetzung. Schließlich habt Ihr einige Erfolge gehabt. Und mit der Cogéma haben wir in Zukunft auch einen gemeinsamen Gegner. Die Atommafia ist international organisiert, ein bißchen Internationalismus kann uns doch nicht schaden, was?



Atomprogramme in Lateinamerika

Liebe AktivistInnen,

Berlin, den 17.9.89

hier in Berlin beschäftigt sich seit einiger Zeit eine kleine Gruppe mit dem Thema der Atomprogramme in Argentinien und Brasilien. Anknüpfend an die frühere Arbeit zu diesem Thema wollen wir dieser Problematik hier in der BRD wieder mehr Öffentlichkeit verschaffen.
In diesem Zusammenhang werden wir im folgenden Wintersemester am Lateinamerikainstitut der FU-Berlin gemeinsam mit Physikern und Geisteswissenschaftlern ein Seminar zu diesem Thema leiten. Aus diesem Seminar heraus erhoffen wir uns dann weitere konkrete Ansatzpunkte für eine sinnvolle Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit.
Desweiteren wollen wir, und hier komme ich nun zu meinem eigentlichen Anliegen an euch, in der zweiten Januarhälfte 1990 mit dem argentinischen Naturwissenschaftler Roque Pedace eine Inforamtionsrundreise veranstalten. Er arbeitet seit langer Zeit zum Thema der Atomprogramme in Lateinamerika und arbeitet außerdem in der argentinischen Anti-Atom-Bewegung mit. dies ist besonders interessant, da diese Bewegung in Lateinamerika zur Zeit stark wächst, und neben der Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Ländern bereits im letzten Jahr der erste Lateinamerikanische Anti-Nuklear-Kongress in Argentinien stattgefunden hat. Interessant wäre es, mit dieser jungen Bewegung einen Informationsaustausch und konkrete Formen der Zusammenarbeit zu erörtern. Wir suchen nun interessierte Gruppen im Bundesgebiet, die bereit wären, eine Informationsveranstaltung mit Roque Pedace vorzubereiten und durchzuführen. Unabhängig von all dem organisatorischem Kleinkram geht es nun erst einmal um generelles Interesse an einer solchen Veranstaltung. Im weiteren Verlauf wollen wir dann zur Vorbereitung dieser Rundreise einen Rundbrief an alle Gruppen, die bei dieser Aktion mitmachen, verschicken und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Veranstaltungen koordinieren.
Also, falls ihr euch in der Lage seht eine Veranstaltung mit Roque Pedace bei euch durchzuführen, meldet euch bitte schnell bei mir. Die genauen Daten und Feinheiten können wir dann am besten koordinieren, wenn der "Tourenplan" steht.

Mit solidarischen Grüßen

Roman Herzog
Nollendorfstr. 21A/103
1000 Berlin 30

Tel.: 030/2165740

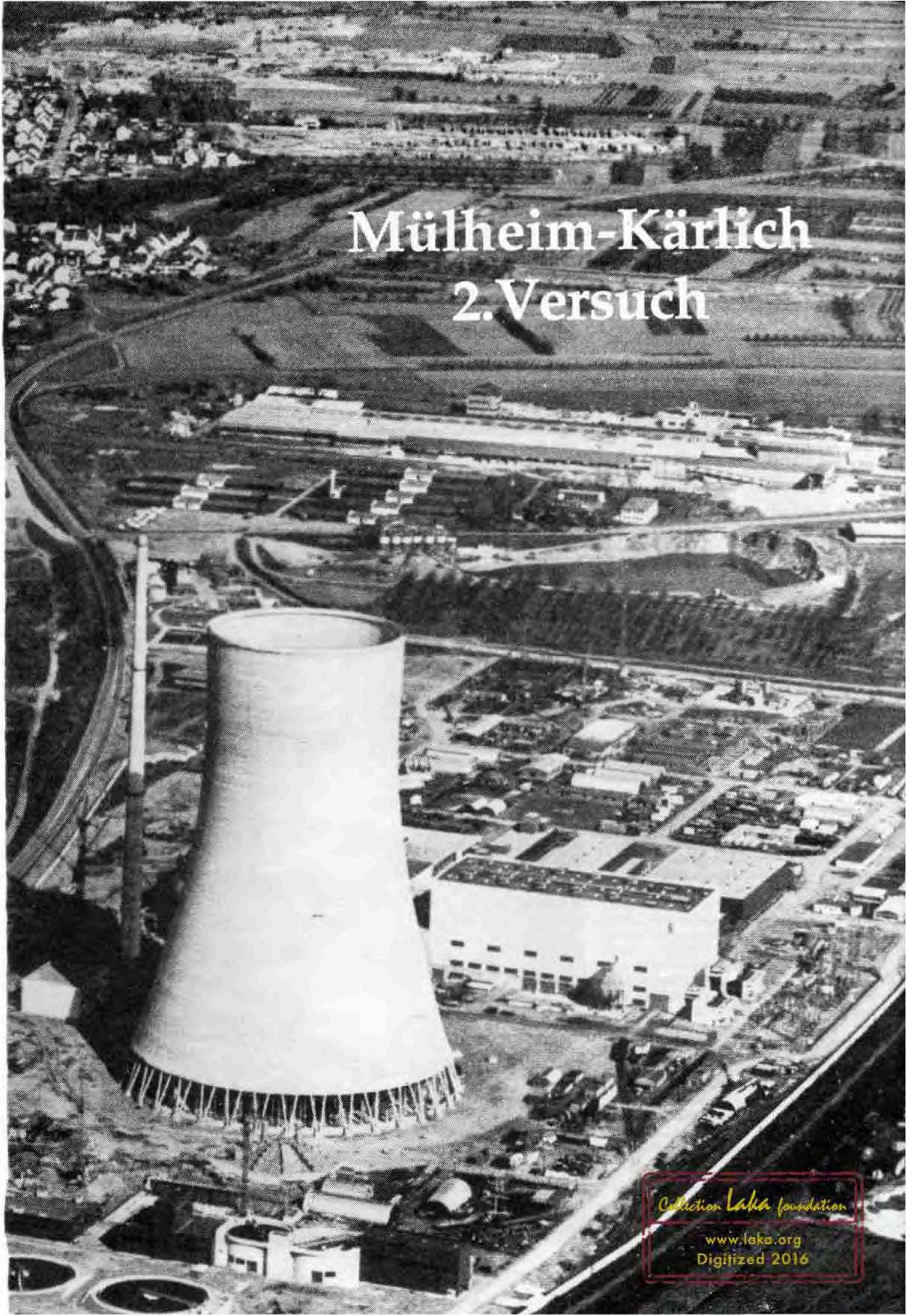
An die ATOM-Redaktion

Betr.: Kriminalisierungsrundbrief

Bremen, den 15.9.89

Der Kriminalisierungsrundbrief hat im April 1989 im Rahmen von Hungerstreikaktionen zur Besetzung des Grünen-Büros in der Mainzerlandstr. 147 aufgerufen. Weitere Stellungnahmen erfolgten nicht. Resultat der Besetzeraktionen war die Zerstörung des Büros und der Diebstahl der Einrichtungsgegenstände (siehe auch taz dazu). Der Kriminalisierungsrundbrief hat durch sein Verhalten jegliche Solidarität von den Projekten der Mainzerlanstr. verspielt. Es ist ein völliges Unding einerseits den faschistoiden Methoden der Besetzer Vorschub zu leisten und gleichzeitig politische Solidarität in einem § 129a-Verfahren zu fordern. Die im Kriminalisierungsrundbrief abgedruckte Begründung der Besetzer ist ein klarer Aufruf zur Gewalt gegenüber einem Projekt im eigenen Haus. Unter diesen Bedingungen ist es völlig gerechtfertigt, daß sich die Projekte der Mainzerlandstr. nicht in ein Strafverfahren gegen den Kriminalisierungsrundbrief verwickeln lassen wollen.

Manfred Meier
c/o BBA-Infoladen
St.Paulistr. 10/11
2800 Bremen 1



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Es ist schon ein außergewöhnliches Atomkraftwerk, dieser Betonklotz in Mülheim-Kärlich, mitten in einem dichtbesiedelten Gebiet zwischen Koblenz und Neuwied.
Vor 16 Jahren, am 15.11.1973 fand der erste Erörterungstermin statt, dem am 9.1.1975 die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für diesen Reaktor Typ "Harrisburg" folgte. Heute nun steht diese 1. TEG wieder zur Debatte und es darf neu erörtert werden.

1. Die Vorgeschichte

Das AKW Mülheim-Kärlich — mit ca. 7 Milliarden Baukosten der teuerste Reaktor der BRD — steht seit September 1988 still, nachdem das Bundesverwaltungsgericht (BVG) die entscheidende 1. TEG für illegal erklärt hatte.
Hintergrund der Entscheidung sind wesentliche von der RWE nachträglich vorgenommene Änderungen an der Anlage, so wurde der Standort des AKW einfach um 70 Meter verlegt u.a..
Außerdem waren die Mauscheleien zwischen Genehmigungsbehörde und Betreiber so offensichtlich, daß das BVG nicht einfach darüber hinwegsehen konnte. So bekamen die KlägerInnen nach 16 Jahren Recht gesprochen. Es geht doch nichts über unsere Justiz !

2. Die Bürgerinitiativen

Die Auseinandersetzungen um das AKW Mülheim-Kärlich waren fast immer juristischer Art. Einige wenige Leute führten einen jahrelangen, aufreibenden und kostenintensiven Stellvertreterkampf gegen das AKW. Eine politische Widerstandskultur hat es nie oder höchstens in Ansätzen gegeben. Für die heutigen Initiativen in der Region, die zum größten Teil sogar erst nach Tschernobyl entstanden, erschöpft sich die Anti-AKW-Arbeit in Protest. So war denn auch die Entscheidung des BVG ein willkommener Anlaß wieder aktiv zu werden. Immerhin wurden in relativ kurzer Zeit 60.000 Einwendungen gesammelt, viele davon überregional. Versäumt wurde allerdings die Diskussion darüber, wie mit dem zu erwartenden Erörterungstermin (ET) umzugehen sei. Eine im Sommer auf Drängen einiger Anti-AKW-Gruppen begonnene Diskussion konnte nicht beendet werden, da die Landesregierung kurzfristig den ET ansetzte. Einige Bürgerinitiativen waren allerdings auch nicht bereit sich ihre mühevoll gesammelten Unterschriften zerreden zu lassen.
So kam es zu der unbefriedigenden Situation, daß viele Bürgerinitiativen auf jeden Fall erörtern wollten, einige Anti-AKW-Gruppen die Erörterung ablehnten mit dem Hinweis auf Erfahrungen an anderen Standorten.

3. Die Gegenseite

Die Landesregierung ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, daß die Fehler der 1.TEG "juristisch heilbar" seien, d.h. daß die Landesregierung von einer Inbetriebnahme des AKW ausgeht. So ließ man sich bereits im November 88 von der Reaktorsicherheitskommission die Sicherheit des AKW Mülheim-Kärlich nach Stand von Wissenschaft und Technik "beschließen". Eine wichtige Vorraussetzung für den Weiterbetrieb.
Beeindruckt von der großen Zahl der Einwendungen wurde der ET zusammen mit der Polizei, privaten Werkschutzfirmen und einer psychologischen Beratungsfirma "IST" (Frankfurt) vorbereitet, um einen Reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.
Die RWE, die das AKW von einer luxemburger Briefkastenfirma gemietet hat, machte immer wieder deutlich, daß der Betrieb von Mülheim-Kärlich unverzichtbar sei.

4. Der Erörterungstermin

Als sich am Montag, dem 28. August, dem ersten Tag des Erörterungstermins, endlich kurz nach 15.00 Uhr die EinwenderInnen den Weg in die Rheinlandhalle in Mülheim-Kärlich gebahnt hatten, verkündete der Versammlungsleiter Rebentisch den vorzeitigen Abbruch der Erörterung.
Bereits am ersten Tag dokumentierten die Vertreter des Umweltministeriums, wie sie es mit der Beteiligung der Öffentlichkeit halten wollten. Die EinwenderInnen sollten, bevor ihnen Zugang zum Veranstaltungsort gewährt wurde, ihre >Daten mittels Computers erfassen und speichern lassen, gleichzeitig wurde abgeglichen, ob der/die Betreffende überhaupt und zu dem anstehenden Thema Einwendungen getätigt hatte. Wer dann glücklich (?) seinen Zutrittsausweis erhalten hatte, den erwarteten vor der Versammlungshalle die Scheriffs des Frankfurter Werkschutzes Lorenz, Die alle EinwenderInnen nach gefährlichen Gegenständen durchsuchten und am Körper abtasteten. Auch die Anwälte der EinwenderInnen sollten sich dieser Prozedur unterziehen, während Vertreter und Gäste der Betreiberin RWE freundlich begrüßt wurden und ungehindert Zutritt hatten.
Im Gegensatz zu den rigiden Maßnahmen der Landesregierung verfolgte die Einsatzleitung der Polizei eine —manchmal zur Realsatire ausartende— Strategie der Deeskalation. Nach dem Motto "Friede, Freude, Eierkuchen" spielte das von der Polizeileitung engagierte Gitarrenduo "TARA-Folk" (eine Gruppe, die auch schon für die BI's auf einem Anti-WAA-Fest gespielt hatte) Protestlieder, um die wartenden AKW-GegnerInnen bei Laune zu halten. Die bislang groteskeste Form psychologischer Befriedungsstrategie, die allerdings bei einigen Bürgen durchaus Anklang fand. So wünschte sich Eduard Bernhard vom BBU den Titel "We shall overcome", um das Liedchen gemeinsam mit der Polizeicombo zu trällern. Aber auch das rührige Bemühen des Kontaktbereichsbeamten Wörle, Den EinwenderInnen jeden Wunsch von den Augen abzulesen (er bot Kaffee an, fertigte Fotokopien, stellte sogar einen Container als BI-Büro zur Verfügung) konnte nicht verhindern, daß sich die AKW-GegnerInnen kurz nach 15.00 Uhr unter Mißachtung der Kontrollen und mit etwas Druck geschlossen Zutritt zur Halle verschafften, wo lautstark gegen das skandalöse Verhalten der Veranstalter protestiert wurde, Dies wurde zum Vorwand genommen, um den Termin abzubrechen, da "Unbefugte" den Saal betreten hätten.

Dieser spontanen "Stürmung" der Halle waren stundenlange Diskussionen der vor den Sperren versammelten AKW-GegnerInnen vorangegangen, wie mit den schikanösen Einlaßbedingungen umzugehen sei. Die Palette der Meinungen reichte von "Wir wollen auf jeden Fall rein und unsere Argumente vorbringen" bis hin zu "Wir dürfen uns auf dieses Spiel der Landesregierung nicht einlassen, die Erörterung ist der erste Schritt zur Neugenehmigung". Als sich dann abzeichnete, daß die Mehrheit bestimmte Kontrollen über sich ergehen lassen würde um in die Halle zu kommen, war es für alle um so überraschender, als sich die Menge einfach an den Werkschutzleuten vorbei in Richtung Halle bewegte und nach kurzem Gerangel mit der Polizei auch in die Halle vordrang.
Am zweiten Tag protestierten einige AKW-GegnerInnen dadurch gegen die Kontrollen, indem sie sich bis auf die Unterwäsche entkleideten. so daß es an diesem Tag ebenfalls zu erheblichen Verzögerungen kam. Der zweite und dritte Tag machte dann fast allen EinwenderInnen deutlich, wessen Spiel die Landesregierung betreibt. Alle Anträge wurden ignoriert oder verworfen, Redebeiträge einfach unterbrochen usw.. Dies führte dazu, daß sich alle EinwenderInnen dazu entschlossen der weiteren Erörterung aus Protest fernzubleiben. Herr Rebentisch erörterte dann noch zwei Tage alleine, um am fünften Tag den ET für erfolgreich und abgeschlossen zu erklären.

5. Die Reaktionen

Die rigiden Einlaßkontrollen und die unflexible Verhandlungsführung des Herren Rebentisch führten zu bundesweiter Beachtung und Kritik an diesem Erörterungstermin. Allerdings bezog sich die Kritik, auch seitens der Bürgerinitiativen und der Grünen nur auf die Kontrollen. Der Erörterungstermin selbst wurde nicht in Frage gestellt und das Interesse der Presse nicht genutzt, um eine weitergehende und grundlegende Kritik an diesem AKW und am bundesdeutschen Atomprogramm zu thematisieren.
Die SPD lud Zeugen, um sich ein Bild von den Vorgängen zu machen, und verurteilte die Tatsache. daß sogar Abgeordnete überprüft wurden. Der Grüne Abgeordnete Dörr wandte sich gegen die Abgleichung von EinwenderInnendaten durch eine Privatfirma (also wärs durch Beamte in Ordnung ?) und einige Bürgerinitiativen fordern, daß alle atomrelevanten Themen erörtert werden sollen.
Immerhin sind die öffentlichen Reaktionen so heftig, daß die Landesregierung nicht umhin kommt ihren Herr Rebentisch zum Sündenbock zu machen und scheibchenweise vom Erörterungstermin abrückt. Umweltminister Beth erklärte denn auch, daß man prüfe, inwieweit der bereits abgeschlossene Erörterungstermin wieder neu aufgenommen, oder ein komplett neuer Termin anberaumt werden müsse. Dies veranlasst die Grünen zu der umwerfenden Forderung nach Reisekostenerstattung für die EinwenderInnen.

6. Die Erfahrungen

So hatten eigentlich die Initiativen recht behalten, die in Vorfeld gesagt hatten: "Das Genehmigungsverfahren ist eine Farce, die nur dazu dienen soll das AKW Mülheim-Kärlich wieder in Betrieb zu genehmigen. Unsere Argumente gegen das AKW sind seit mehr als 15 Jahren bekannt, darüber gibt es mit der Landesregierung nichts mehr zu erörtern. Deshalb werden

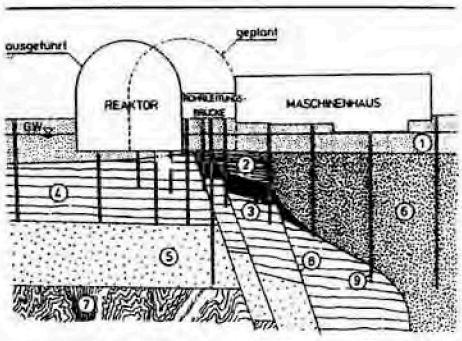
In Unterwäsche gegen Leibesvisitation

Fotos: Wolfgang Bartels

wir die uns zugedachte Statistenrolle nicht übernehmen, die nur dazu dienen soll einen Weiterbetrieb des AKW durch eine scheinbare Beteiligung der Öffentlichkeit zu legitimieren."
Aber wer jetzt gedacht hätte, daß nun alle BI's die Nase vom Erörterungstermin voll hätten, irrt. Denn kaum ist bekannt, daß irgendwann in absehbarer Zeit neu erörtert werden soll, stürzt man sich in die Arbeit, um wissenschaftlich noch besser gerüstet zu sein. Es gibt EinwenderInnen, die ernsthaft glauben mit den besseren Argumenten die Landesregierung überzeugen zu können, bzw. werden die Hoffnungen auf weitere juristische Auseinandersetzungen projiziert, im Vertrauen auf die Unabhängigkeit der Justiz.
Es soll hier nicht darum gehen, die "neuen" von den "alten" AKW-GegnerInnen abzugrenzen, es soll aber darum gehen aufzuzeigen, wie wenig manche AKW-GegnerInnen breit sind sich mit der Geschichte und den Erfahrungen einer langjährigen Bewegung zumindest auseinanderzusetzen, wie wenig auch die eigenen Erlebnisse reflektiert werden. Statt dessen wird sich in einen blinden Aktionismus gestürzt, der dazu dienen soll, daß auch der letzte CDU'ler überzeugt und die Aktionen mittragen kann. Diese Vorgehensweise wird natürlich dadurch unterstützt, indem die Grünen immer wieder ein "faires Genehmigungsverfahren" fordern und mittlerweile auch in AKW-Fragen oft auf rein formaljuristische, staatlich tragbare Forderungen abgleiten. Die SPD verweist darauf, daß sie ja schon immer, und überhaupt wenn sie mal wieder an der Macht ist, dann aber..... . Insofern ist die SPD (evtl. mit Grün) natürlich Hoffnungsträger für viele BI'ler.
Aus den gemachten Erfahrungen eine —wenn auch nur ansatzweise— Radikalisierung des Protestes hin zu Widerstand abzuleiten, steht für sie in keinster Weise auf dem Programm.

7. Die Regionalisierung

Mülheim-Kärlich ist nicht der Nabel der Atomwelt. Sicherlich hat die Neugenehmigung eines 15 Jahre alten Reaktors in der heutigen Zeit eine immense politische Bedeutung, die nicht heruntergespielt werden darf. Dies darf aber nicht dazu führen, daß nur noch der Betonklotz vor der Haustür isoliert betrachtet und bewertet wird, die Kritik sich nur an falschen Schrauben, minderwertigem Stahl und einigen Curie festmacht.
Mülheim-Kärlich muß —auch der Öffentlichkeit gegenüber— als (wichtiges) Glied im Atomprogramm dargestellt werden, die Verfilzungen von Politik und Atomwirtschaft müssen aufgezeigt werden, was gerade im Fall Mülheim-Kärlich nicht allzu schwer ist, ja sogar höchstrichterlich bestätigt wurde. Gerade auch im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der europäischen Atomindustrie, der Neuordnung des Strommarktes hat Mülheim-Kärlich einen besonderen Stellenwert, wird doch schon laut darüber nachgedacht, inwieweit bei einem Verzicht auf Mülheim-Kärlich dann die Atomzentrale in Cattenom, am anderen Ende von Rheinland-Pfalz, für die Stromversorgung in der BRD eingesetzt wird.
Für einen längerfristigen Erfolg der BI-Arbeit ist es notwendig das gesamte Atomprogramm und die dahinterstehenden wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen aufzeigen und anzuprangern und dies als Aufgabe der gesamten Anti-AKW-Bewegung zu sehen, d.h. auch in überregionalen Zusammenhängen zu diskutieren.



1 - Sande und Kiese
2 - Tone und Tonmergel
3 - Braunkohlenton
4 - Tone
5 - Sande und Kiese
6 - Basalttuff
7 - Festgestein des Grundgebirges
8 - tektonische Verwerfungen
9 - Erkundungsbohrungen
GW - Grundwasserspiegel

8. Die Perspektiven

Es wird einen neuen Erörterungstermin geben, die Einlaßkontrollen werden weniger aufwendig, der Verhandlungsleiter wird moderater sein und die Polizei, dank psychologischer Aufrüstung noch liebevoller mit uns umgehen. Am Ergebnis wird dies jedoch nichts ändern. Das Genehmigungsverfahren wird auf Biegen und Brechen durchgeführt werden. Die Absicht der Landesregierung ist es, Mülheim-Kärlich ohne größere politische Schwierigkeiten wieder zu genehmigen, auch wenn das Verfahren offensichtlich mit Mängeln behaftet ist, die dazu führen, daß in 8 oder 10 Jahren die Genehmigung erneut vom BVerwG aufgehoben wird. Um das AKW ans Netz zu bringen, wird dies bewußt in Kauf genommen. Denn wenn der Reaktor erst einmal über einen längeren Zeitraum Strom produziert hat, kann es ohne großen Gesichtsverlust eingemottet werden.
Die erneute Verschiebung des Erörterungstermins bietet den Bürgerinitiativen die Möglichkeit über ein gemeinsames Vorgehen zu diskutieren. Denn unabhängig vom weiteren Verlauf des Erörterungstermins wird aller Voraussicht nach eine Wiederinbetriebnahme von Mülheim-Kärlich auf uns zukommen. Jetzt ist noch Zeit für diesen Tag X Planungen zu entwickeln. Jetzt ist auch noch Zeit, um sich mit aufkommenden Widersprüchen auseinanderzusetzen. Sollte diese Auseinandersetzung nicht stattfinden wird es ein ähnliches Durcheinander geben wie beim Erörterungstermin.
Neben den geplanten Veranstaltungen (17./18. Nov.), die ein erster Schritt zur thematisierten Ausweitung des Protestes sind, sollte der jeden ersten Sonntag im Monat stattfindende Sonntagsspaziergang weiter "gepflegt" und nach Möglichkeit durch entsprechende Ausgestaltung und Mobilisierung ausgebaut werden.
Wenn es gelingt, neben der juristischen Auseinandersetzung auch andere Formen des Widerstandes zu entwickeln, dann gibt es eine Chance Mülheim-Kärlich zu kippen. Die Voraussetzungen sind eigentlich nicht schlecht, denn es gibt in der Region um Mülheim-Kärlich noch eine Menge Bürgerinitiativen mit Menschen, die bereit sind Zeit, Geduld und Energie in diese Auseinandersetzung zu investieren. Nutzen wir unsere Kraft!

W. Billen

TIGA (Trierer Initiative gegen Atomanlagen)

Kommentar:
Erörterungsverfahren Mülheim-Kärlich

Am Montag, den 28.8. begann der 2. Teil des Genehmigungsverfahrens für das AKW Mülheim-Kärlich. Bei der Erörterung, so die Intention des Atomgesetzes, sollten der Genehmigungsbehörde als "neutraler Schiedstelle" die Argumente der Gegenseite vertieft dargelegt und zusammen mit dem Antragsteller, deren Gutachtern und "neutralen Gutachtern" des TÜV erörtert werden.
Wert oder besser Unwert des Verfahrens wurde bereits noch vor Beginn deutlich dokumentiert. In der Rhein-Zeitung vom 26./27.8. suchte das RWE in einer Stellenanzeige Personal für das AKW. Diese Stellenangebote wiederholen sich seither an jedem Wochenende, obwohl über das Schicksal des AKW bis heute noch nicht entschieden ist.

Montag, den 28.8. vertiefte das Umweltministerium den bereits vorher gewonnenen Eindruck auf sehr drastische Weise.
Den Rechtsstaat verhöhnende Einlaßkontrollen, bestehend aus Computerabgleich der Daten sowie Taschenkontrollen und Leibesvisitationen schreckten die EinwenderInnen von einer Teilnahme ab. Alle Kontrollen wurden von Privatfirmen durchgeführt, die zudem bereits für das RWE gearbeitet haben. Taschenkontrolle und Leibesvisitationen mußte man alleine, also ohne Zeugen passieren. Anwälte, Sachbeistände sowie Bundes- und Landespolitiker waren gezwungen, sich ebenfalls diesen unwürdigen Prozeduren zu unterziehen. Nur die Leute von RWE bzw. Fr. Kokott-Weidenfeld (CDU) passierten die Kontrollen unbehelligt.

Der Psychoterror vor der Tür setzte sich im Saal fort. Eine dem Namen "Erörterungstermin" spottende Verhandlungsführung von den Herren Rebentisch und Wirtz ließ Emotionen hochwogen. Jegliche fachliche und sachliche Diskussion wurde unterbunden. Jede Frage zu dem Verfahren wurde abgeblockt. Herr Rebentisch machte von seiner Möglichkeit, unbequemen Rednern das Mikrophon abzustellen, mehr als regen Gebrauch. Wurde die Situation zu heikel, die Fragen und Darstellungen der Anwälte, Sachbeistände oder EinwenderInnen zu kritisch, flüchtete sich Herr Rebentisch in Verhandlungspausen, von denen man in den drei Verfahrenstagen mehr als genug erleben durfte.
Nachdem am Mittwoch ein Bundespolitiker bei seinem Versuch als EinwenderInnen in die Halle zu kommen, von einem Angehörigen der Wachmannschaften verletzt wurde, ein saarländischer Landespolitiker und Mitglied des CDAK (Cristlich-demokratischer Arbeitskreis gegen Kernenergie; d. Red.) nach vergeblichem Versuch, in die Halle ohne Leibesvisitationen zu kommen, wieder abgefahren war, nachdem in der Halle Prof. Armin Weiß 1,5 Std. lang versuchte mit dem Prof. Ahorner zu dem Thema Seismologie in einen Dialog zu treten, verließen die Angehörigen der Bürgerinitiativen den Saal. Sie wollten dieser Farce durch ihre Anwesenheit kein Alibi liefern.
EinwenderInnen, Kommunen, Sachbeistände und Anwälte solidarisierten sich mit den BIs und nahmen an dieser Veranstaltung nicht mehr teil.

Am Freitag, den 1.9. wurde diese in der Geschichte der deutschen Atomkraftwerke und ihrer Genehmigungsverfahren einmalige Veranstaltung von der Versammlungsleitung für beendet erklärt.
Die Bürgerinitiativen und ihre Anwälte sehen eine Genehmigung, die aufgrund dieses Verfahrens ausgesprochen würde, als rechtswidrig an.
Sie fordern, daß angesichts dieser skrupellosen Art und Weise in der das Umweltministerium versuchte, das Verfahren durchzupeitschen und ein AKW zur Genehmigung zu führen, gegen das weit mehr Argumente sprechen als für dessen Betrieb:

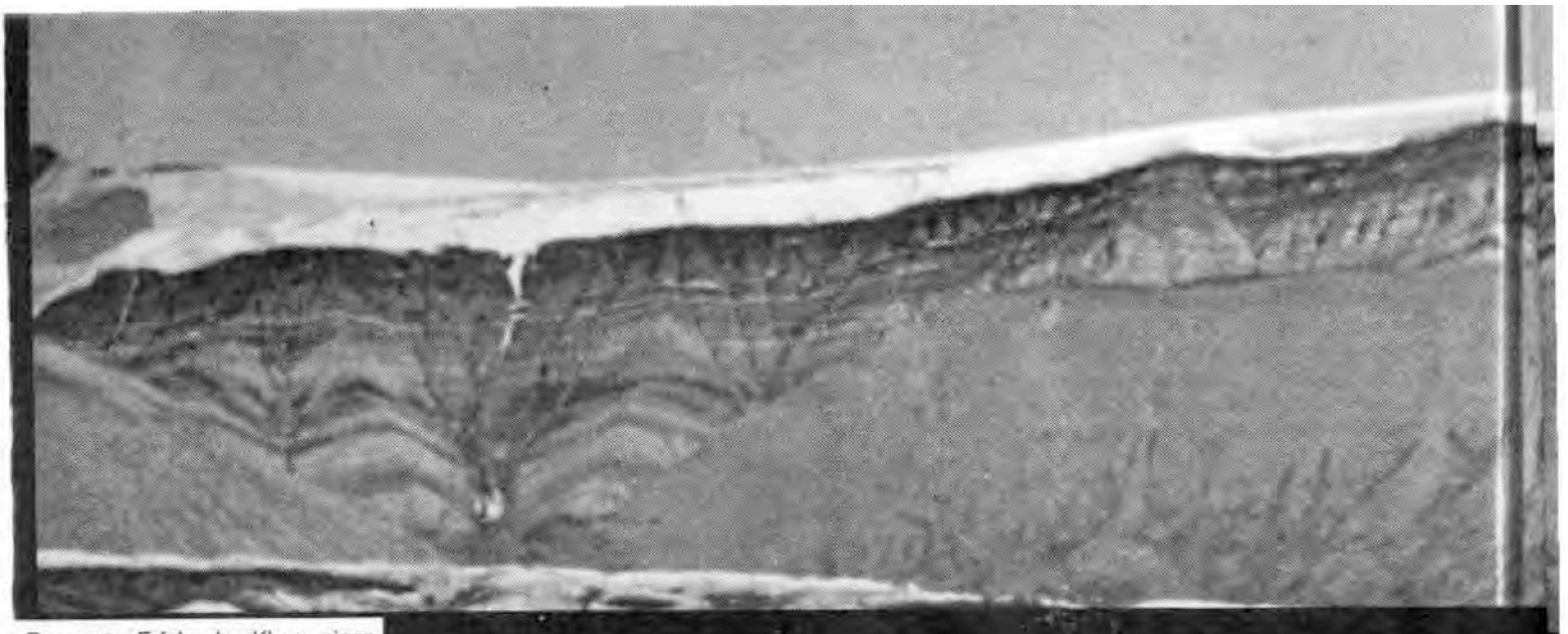
Kein neuer Erörterungstermin, endgültige Stillegung des AKW !

Ein neues Verfahren, eine neue Erörterung würde zwar mit mehr demokratischem Anstrich versehen werden, würde aber bei dem ungebrochenen Willen der Genehmigungsbehörde diesem AKW gegen jedes Argument und wider besseren Wissens zur Genehmigung zu verhelfen wiederum eine Farce sein. Das Ministerium für Umwelt und Gesundheit hat sich und seine Absichten für jeden deutlich bloßgestellt.

Wir brauchen dringend Geld für unsere Arbeit. Bitte helft uns !!!

Sonderkonto "Aus für Mülheim-Kärlich", J. Scheer, Kto-Nr.: 2500, Volksbank Lahnstein, BLZ 570 928 00

BI Vallendar

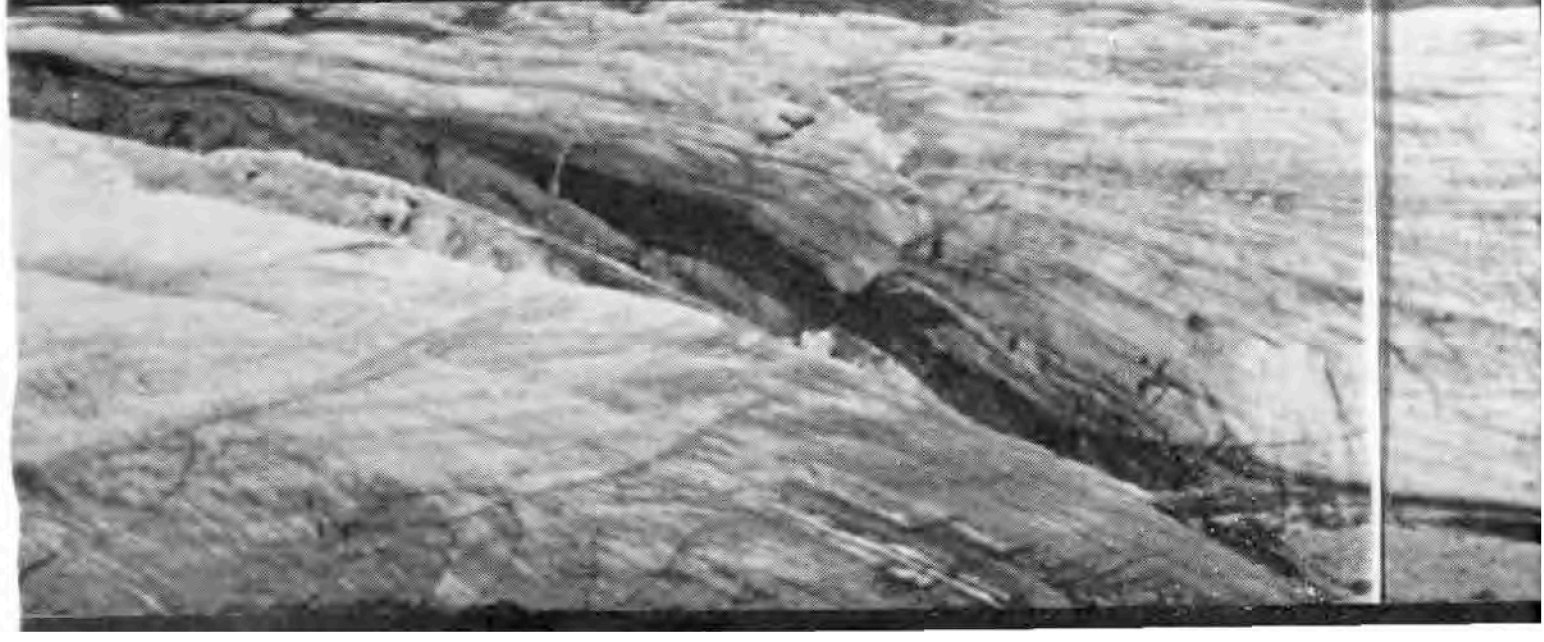


Der erste Erfolg der Klage einer Anwohnerin gegen diese "Druckentlastungsversuche" vor dem Oberverwaltungsgericht ist da! Das Landwirtschaftsministerium setzte seine schon erteilte Genehmigung bis zum endgültigen Gerichtsentscheid aus! Jetzt heißt es aber:
Weiterkämpfen bis sie endgültig vom Tisch sind und das ganze Atomkraftwerk stillgelegt! Denn es ist nicht sicherer als andere, was immer die KfA (Kernforschungsanlage) Jülich zu seiner Verharmlosung und zum Preis ihrer, ach so "zukunftsweisenden" Forschung von sich gibt: Hier die Unfallstatistik aus:
WER mit WEM in Atomstaat und Großindustrie?, hrsg. Arbeitskreis Atomenergie, Verlag 2001, Frankfurt 1987, S. 491)
... zeigt nur schwach womit die Region und nicht nur sie - eingestrahlt wurde: Zumindest der 78er Unfall" ließ die Tritiumwerte der Rur steigen. Und seit langem ist die Gegend um Jülich in den Regierungsamtlichen Strahlen"schutz"berichten als bundesweit höchstbelastete verzeichnet! Kein Wunder über die außergewöhnlich hohen Werte, die z.B. die Kölner Katalyse-Wissenschaftler in einem Garten in Schleiden bei Aldenhoven (ca. 8 km s/w von der KfA) gemessen haben, die weit über das von Tschernobyl herrührende hinausgehen! Kein Wunder! - bei alledem, was wir von den KfA-Tätigkeiten nicht erfahren! Erfuhren wir's etwa von ihnen, daß sie Schmuggelfässer aus Mol in Belgien ranholten und öffneten, um zu sehen, was drin sei - Plutonium war es! Haben wir von ihnen ihre Forschung an Laserisotopentrennung von Uran (einer sehr waffen-/exportträchtigen Sache) mitgeteilt bekommen? Gerade noch, daß sie dem Atomgesetz entsprechend im Februar eine Bürgeranhörung zu dem neuen Atommülllager, das sie bauen wollen, machten. Jedoch sagten sie uns dort auch nicht, wofür sie das eigentlich brauchen, wo doch all ihr (und anderer) Strahlenmüll angeblich jetzt schon "sicher" auf dem Gelände lagert... Hat nicht ein von der Landesregierung bei einer Schweizer (sogar an AKWs beteiligten!) Firma in Auftrag gegebenes Sicherheitsgutachten für die KfA Mangel an Brandschutz und anderen Sicherungen ergeben? Dürfen nicht, die hier so zahlreichen Militärflugzeuge immer noch darüberfliegen, obwohl der Reaktor nicht gegen Abstürze gesichert ist?

Und die Atommüllverbrennerei!! 1985 haben sie Müll aus dem italienischen AKW Caorso verbrannt, wovon wir nur auf unkonventionellen Wegen erfuhren! Welchen anderen noch?!? Seit September 88 tun sie das mit einer neuen Anlage -haben wir über deren Errichtung etwa mitreden dürfen??? Atommüllverbrennung bedeutet: Die Umhüllung der spaltstoffhaltigen "Brennelemente" müssen zerstört werden, daher große Freisetzung radioaktiver Edelgase wie bei der Wiederaufarbeitung! Für 87/88 sind Transporte radioaktiven Materials zwischen Jülich und den Hanauer und Moler Skandalfirmen (Transnuklear ect.) sowie zahlreichen anderen aus Frankreich, Großbritannien, USA belegt. Größtenteils gingen sie über den Autobahngrenzübergang Lichtenbusch. Jeder Atomtransport bedeutet Verstrahlung der mit ihm befaßten Fahrer, Zöllner, in der Nähe Stehen- bzw. Fahrenden und Katastrophengefahr für alle an der Strecke - Lebenden!!! Und wie oft passieren Gefahrgutunfälle...!

KfA

GENÜGT ALL DAS NOCH NICHT ?!? Muß man uns noch Reaktorexperimente zumuten, bei denen man sehen will, wieviel Radioaktivität nach Ablassen eines künstlichen Überdruckes im Kühlkreislauf freigesetzt wird?!? Genehmigt mit der Begründung, die Radioaktivität bleibe unter den Grenzwerten, als wolle man nicht gerade dies erst testen, und als gäbe es eine untere Grenze bei der Schädlichkeit der Strahlung! - Der Energieversorgung dient all das ganz und gar nicht. Der Reaktor ist ja seit Jahresbeginn vom Netz, was dem Volk fälschlich als "Stillegung" verkauft wurde. - Jedoch seine Förderer und Betreiber, der ganze, von der SPD-Landesregierung (trotz "Ausstiegs"geredes) warm unterstützte Hochtemperaturreaktor-Klüngel hat sich in den Kopf gesetzt, ihn zum bundesdeutschen, und vor allem NRW-Exportartikel zu machen. (z.B. nach China - der Terror da ist ihnen egal, wie üblich beim Geschäft...) Und dafür sollen wir uns noch mehr verseuchen lassen?!



Jülich

SCHLUSS! WIDERSTAND!

Widerstand heißt: Jeder und Jede kann und muß etwas tun: **Spenden auf das Prozeßkonto: "Klage AVR", Kto.Nr. 20407920, Kreissparkasse Heinsberg, BLZ 31251220.**
Sich selbst und andere (Freunde, Bekannte, Nachbarn, Kollegen, Mitschüler, ect.) mündlich und schriftlich weiterinformieren, Leserbriefe schreiben, an Aktionen teilnehmen (zu diesem Zwecke bitte mit uns Kontakt aufnehmen) u.v.a.m.

NUR UNTÄTIG BLEIBEN IST VERANTWORTUNGSLOS GEGENÜBER SICH SELBST, DER MIT- UND NACHWELT !!!

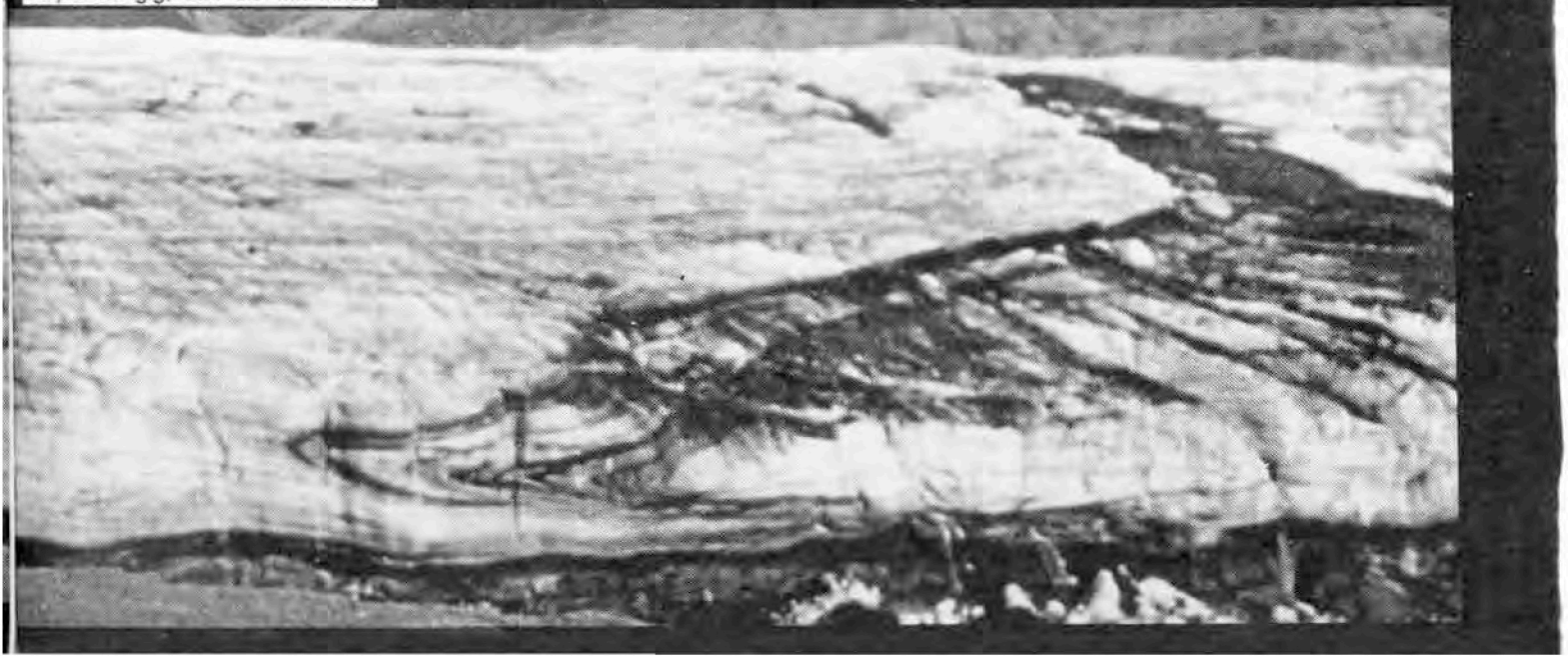
Die Atommafia glaubt anscheinend, die Bewohner der Jülicher Region seien seit 30 Jahren so an die KfA gewöhnt und so von ihr, dem größten Brötchengeber (und -verstrahler) abhängig, daß sie mit ihnen machen könne, was sie will. Das soll ihr nicht gelingen! Die Menschen vom linken Rhein sind doch nicht dümmer als die aus der Oberpfalz, vom Oberrhein, dem Wendland und anderswo, die durch gewaltigen, oft bundesweit und/oder grenzübergreifend unterstützten Widerstand die tödlichen Pläne be- oder gar ganz verhindern konnten und die Atomspaltpläne der Herrschenden stark eingeschränkt haben. Doch:

Ehe nicht das letzte Atomspaltwerk stilliegt ist dieser Überlebenskampf nicht gewonnen! Jetzt versuchen sie uns mit der Klimakatastrophendrohung ihren Wahnsinn unterzujubeln, doch wir wählen nicht zwischen Pest und Cholera: Bei einem durchdachten System von (übrigens arbeitsplatzfördernden) Energiesparmaßnahmen (z.B. billiges gut ausgebautes Bahnnetz; Fahrradförderung), Ausbau von sanften Energien (Sonne, Wind, Biogas ...), durchgängiger Entstickung und Entschwefelung der Kohlekraftwerke u.a. brauchen wir weder Atomkraft noch neue landschaftsschädigende Braunkohletagebaue! Was in diesen beiden erst in der Herstellung (Reaktorbehälter-, Schutzhüllen-, Transportbehälterherstellung ect., bzw. Verbrauch eines riesigen Schaufelradbaggers an Energie) verschleudert wird, können wir billiger und ungefährlicher direkt verwenden. Doch im Energiebereich gibt es ja nicht den vielgerühmten freien Markt! Hie wie z.B. in Frankreich und Belgien beherrschen ihn nationale, bzw. großregionale Monopole, die jeden kommunalen oder privaten Versuch, gesünderer Energieerzeugung mit aller Macht zu vernichten suchen: Bei uns gestützt auf das Nazi-Energiewirtschaftsgesetz von 1937! So muß der Kampf für's Über- und Besserleben auch der Kampf gegen die Energiediktatoren und ihre Handlanger in Forschung, Politik, Justiz (s. z.B. Eifeler Windradverbot) und anderswo sein!

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Kontakt: Für die Landeskonferenz der nordrhein-westfälischen Bürgerinitiativen gegen Atomspaltanlagen : AKW-Nee-Gruppe Aachen, c/o Martina Haase, Beethovenstr. 15, 51 Aachen, 0241/37612. Weitere Informationen dort erhältlich.

Grundgesetz Artikel 2: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
Artikel 20: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen (u. die Anderen?) das RECHT AUF WIDERSTAND, sofern andere Abhilfe nicht möglich ist. (ist sie denn?)



INITIATIVGRUPPE "UNSER RECHT AUF STILLLEGUNG" "UNRAST"

Seit Jahren führt die Gruppe "UNRAST" einen Rechtsstreit um die Entscheidung der Betriebsgenehmigung. Bisher ohne Erfolg. Außerdem hat sie die SPD-Landesregierung aufgefordert ihren Ausstiegsbeschluß endlich in Würgassen umzusetzen, da die SPD das Kernschmelzrisiko als reale Gefahr anerkannt hat. Immer wieder aber zieht sich die SPD, wie z.B. Sozialminister Janssen im Fall Brokdorf, hinter das Weisungsrecht der Bundesregierung zurück unter dem verlogenen Motto:"Wir würden ja gerne, aber uns sind die Hände gebunden!"

Stellungnahme zur Erklärung des hessischen SPD.Vorsitzenden, Hans Eichel: "Ein Bundesland hat kein Recht, Atomkraftwerke abzuschalten." (FR v.6.10.89)

Nach dem Atomgesetz sind die atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden bei den Landesregierungen angesiedelt. Daher liegt die Zuständigkeit für das Abschalten von AKWs durch Entziehung der Betriebsgenehmigung natürlich bei den Regierungen der Bundesländer. Sie tragen ja die Verantwortung für die ihnen unterstellten Landesbehörden. Die Erklärung von Hans Eichel ist von daher nur so zu verstehen, daß für ihn das Atomgesetz grundsätzlich keine Möglichkeit bietet, Betriebsgenehmigungen zu entziehen. Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit der immer wieder aus SPD-Kreisen zu hörenden Rechtsauffassung, nach der vor der Abschaltung von AKWs erst das Atomgesetz geändert werden müsse.

Die SPD hat ihren Beschluß zum Ausstieg aus der Atomenergie begründet mit den nicht verantwortbaren, existenzbedrohenden Risiken der Atomtechnologie - insbesondere mit der Gefahr des Kernschmelzrisikos. Damit behaupten die SPD-Politiker, der Gesetzgeber - das sind die Fraktionen der im Bundestag vertretenen Parteien - habe das Atomgesetz nur mit dem Ziel verabschiedet, den Betreibern atomtechnischer Anlagen das Eingehen existenzbedrohender Gefahren zu gestatten und die Bevölkerung ihrer Schutzansprüche zu berauben.
In einem demokratischen Rechtstaat darf aber niemand für die Gesellschaft existenzbedrohende Gefahren eingehen.
Dem Gesetzgeber wurde durch die Verfassung verboten, Gesetze zu schaffen, die existenzbedrohende Gefahren beinhalten. Dementsprechend wurde auch der Schutzzweck im Atomgesetz verankert. Die entscheidende Konkretisierung hat der Schutzzweck im § 17 Abs. 5b des Atomgesetzes gefunden. In dieser Bestimmung hat sich der ausdrückliche Wille des Gesetzgebers zur Entziehung von Betriebsgenehmigungen niedergeschlagen. Politiker, die den Betrieb von AKWs für unverantwortlich halten, ihn aber gleichzeitig für rechtmäßig erklären, müssen erläutern, warum sie meinen, daß der § 17 Abs. 5 faktisch außer Kraft gesetzt ist.
Es muß bedenklich stimmen, daß in der Diskussion um den Ausstieg aus der Atomenergie immer auf die Rechtsposition der Betreiber verwiesen wird, nie aber der Rechtsanspruch der Bürger auf Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum zur Debatte steht.
Das Recht zur Weisung hat die Bundesregierung erhalten, um die Länder daran zu hindern, rechtswidrig Gefahren für die Bevölkerung einzugehen, nicht aber, um sie zu zwingen, der Bevölkerung gefahren aufzuerlegen.

Traute Kirsch
12.10.1989

PRESSEMITTEILUNG

Die Rechtsanwältin Verena S. Rottmann, Hamburg, hat noch einmal den nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Jochimsen aufgefordert, die Betriebsgenehmigung für das AKW Würgassen zu widerrufen. Zur Begründung nimmt sie Bezug auf einen Beschluß des Bundesverwaltungsgerichtes, der in dem von Ingeborg Gockeln, Traute Kirsch und Henningh Thiele zur Stillegung des AKWs angestrengten Rechtsstreit am 5.4.1989 ergangen ist.
In einem im Auftrag der Kläger an den Minister geschriebenen Brief führt die Anwältin aus, daß ihren Mandanten der Rechtsanspruch auf Widerruf der Betriebsgenehmigung mit der Begründung verweigert worden sei, es handele sich bei der Kernschmelzkatastrophe um ein praktisch ausschließbares Risiko. Gerade diese Einschätzung des Kernschmelzrisikos, die die Grundlage der Klageabweisung gebildet habe, werde aber von der atomrechtlichen Behörde in Düsseldorf und dem ihr vorstehenden Minister nicht geteilt. Der Minister und seine Behörde bewerteten und behandelten das Kernschmelzrisiko als reale Gefahr. "U.a. wird diese deutliche", so die Anwältin, "an dem zur Zeit anhängigen Genehmigungsverfahren zur Errichtung eines Druckentlastungssystems im AKW Würgassen. Mit Hilfe des Entlastungsventils soll im Falle einer Kernschmelzkatastrophe das schnelle Platzen des Sicherheitsbehälters und die damit verbundene schlagartige radioaktive Verseuchung der Umgebung verzögert werden, um die Voraussetzungen für Evakuierungsmaßnahmen zu verbessern." Weiter heißt es in dem Schreiben:"Mit dieser konkreten Maßnahme wird die Kernschmelzkatastrophe als reale Gefahr behandelt, jedoch nicht ihre Beherrschung anstrebt, sondern lediglich eine Minderung der Schadensfolgen, die in der radioaktiven Verseuchung der Bevölkerung und großer Landstriche bestehen. Aus diesem Grund bezeichnet die Preußen-Elektra, wie auch ihre Behörde das Druckentlastungssystem nur als Maßnahme zur Minderung des Risikos. Die Bevölkerung und große Teile der Bundesrepublik vor der radioaktiven Verseuchung als Folge der Kernschmelzkatastrophe zu schützen, hält man realistischer Weise für unmöglich."
Die Anwältin wirft dem Minister vor, er unterstelle eine Rechtssprechung, nach der nicht der Schutz der Bürger im Hinblick auf Leben, Gesundheit und Eigentum Maßstab für die zu leistende Vorsorge sei, sondern das technisch Machbare. Dies sei mit dem Atomgesetz nicht vereinbar. Schließlich verlange der § 17 ABS.5 des Atomgesetzes bei Vorliegen einer erheblichen Gefährdung den Widerruf der Betriebsgenehmigung, wenn nicht durch nachträgliche Auflagen Abhilfe geschaffen werden kann. Mit der Errichtung des Druckentlastungssystems werde für das Atomkraftwerk Würgassen die Kernschmelze sowohl als reale Gefahr als auch - und zwar aufgrund der ungeheueren und nicht vermeidbaren Schadensfolge - als erhebliche Gefährdung anerkannt.
Nach Auffasssung der Rechtsanwältin und ihrer Mandanten ist es unvorstellbar, daß ein Gericht an dem "Bestandsschutz" (=Erhalt der Betriebsgenehmigung) für das Atomkraftwerk Würgassen festhalten würde, wenn die zuständige atomrechtliche Behörde erklärt, daß sie die Gefahr einer Kernschmelzkatastrophe nicht abwehren und damit der Bevölkerung gegenüber nicht verantworten könne.

Rechtsanwältin Verena S. Kottmann
Hamburg

Ingeborg Gockeln, Höxter
Traute Kirsch, Beverungen
Henning Thiele, Bodenfelde

26.8.89

Kurznachrichten aus Karlsruhe

KfK-Widersprüche über Plutonium 239

Noch im März diesen Jahres hatte das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) durch die Studie "Plutonium" (KfK 4516) den Eindruck erweckt, als ob Plutonium aus oberirdischen Kernwaffenversuchen und Wiederaufarbeitungsanlagen im Meer hauptsächlich in den Sedimentgesteinen am Meeresgrund gebunden wird und dort für Jahrzehnte nach bisherigen Kenntnissen verbleibt.

Im Juli erscheint nun eine neue Plutoniumveröffentlichung "Plutoniumrisiko: Abschätzung und Kontrolle" (KfK 4592) in der eine ganz andere Gewichtung der Plutoniumablagerungen im Meer vorgenommen wird. Zitat: "Bei der Kontamination von Wasser findet man den größten Teil des Plutoniums nach kurzer Zeit im Sediment wieder. Von hier wird es von verschiedensten Organismen (Phytoplankton, Algen, Schalentieren) aufgenommen, in denen sich Plutonium in erheblichen Mengen anhäufen kann. Weiter geht es direkt oder über Fische zum Menschen."

Die letzte Aussage wird durch britische Untersuchungen der letzten fünf Jahre gestützt, die in der Plutonium-Studie vom März nicht berücksichtigt wurden.
Besondere Bedeutung hat die Plutoniumfreisetzung ins Meer durch die Abgaben aus der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague. Die Strömung von dort reicht bis in die Deutsche Bucht und über die Küsten von Jütland und dem Skagerrak nach Norwegen. So ist nicht auszuschließen, Daß deutsches Reaktorplutonium, z.B. aus den Brennelementen der Atomkraftwerke in Phillipsburg über La Hague und Nordseefische wieder in heimische -sprich deutsche- Mägen zurückfinden kann.

KfK hält biologische Plutoniumversuche geheim

Im Jahre 1988 wurde im KfK Zellversuche mit Plutonium 239 vorgenommen.
Dabei stellte sich heraus, daß schon bei einer geringen radioaktiven Dosis mehr als 50% der Zellen abgestorben sind. Diese Ergebnisse stehen im Widerspruch zu der Presseerklärung des KfK-Vorstandes vom November 1988, in der beschrieben wurde, daß bei einer Dosis von einigen 10 rad selten ein Zelltod zu beobachten sei.
In der Liste der Veröffentlichungen des KfK von 1988 findet sich kein Hinweis auf diese Versuche.
Informierte Kreise vermuten, daß der Vorstand des KfK diese vollkommen neuen Erkenntnisse nicht veröffentlichen will, denn diese Resultate würden ein weiterer Beweis für die große radioaktive Schädigung von Zellen durch Plutonium 239 sein.
Ein weiterer Zusammenhang ergibt sich dadurch, daß das KfK kein Interesse daran haben kann, wissenschaftliche Argumente zu veröffentlichen, die die anhängige Normenkontrollklage der SPD vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stützen würde.

Der ungeliebte Schrott aus Niederaichbach

Das KfK hat die Aufgabe, das KKW Niederaichbach zu verschrotten. So landen hunderte von Tonnen verstrahlter, also radioaktiver Stahl im Kernforschungszentrum zum Einschmelzen. Dafür wurde im Stillgelegten Forschungsreaktor FR2 extra eine Einschmelzanlage gebaut, gegen die die Karlsruher Bürgerinitiative zur Stillegung der Atomanlagen vergeblich Klage erhoben hatte. Nun stellt sich die Frage, wo der radioaktive Schrott bleiben soll. Offensichtlich besteht in der Bundesrepublik keine so rasante Nachfrage nach strahlendem Stahl. Nun bleibt das KfK auf seiner Altlast sitzen. Der Schrott soll als "Abschirmmaterial" eingesetzt werden. Da werden sich die Experimentalphysiker sicher freuen, daß in ihren Meßinstrumenten gleich Strahlenisotope gemessen werden können.

Die Sünden der Vergangenheit holen das KfK immer wieder ein. Die friedliche Nutzung der Atomenergie ist eben mit dem Fluch belastet, daß man Radioaktivität nicht einfach verschrotten kann.

Trenndüsen-Becker ist in Pension

Das Institut für Kernverfahrenstechnik (und der damit verbundene Lehrstuhl an der UNI Karlsruhe) hat seinen Namen mit dem Ausscheiden des Vaters des auch militärisch interessanten Trenndüsenverfahrens geändert. Es heißt jetzt dem Zug der Zeit folgend "Institut für Mikrostrukturtechnik". E.W. Becker schreibt in seinem Rückblick keine einzige kritische Zeile zu seinem Lebenswerk, welches 1972 nicht nur Indien eine Schwerwasseranlage in Talcher/ Orissa und damit den einfachen Weg zur Plutoniumgewinnung und zur Atombombe brachte.
Im Jahre 1986 hat die Firma Interuhde eine Pilotanlage des Beckerschen-Trenndüsenverfahrens vom KfK in Brasilien aufgebaut. Kein Wort findet sich bei Becker über den Transfer von -auch militärisch brisanten- Nukleartechnik. Er berichtet lückenlos alle Nukleardeals durch die Firmen STEAG, MAN, MBB und SIEMENS u.a..
Seine Aufgabe war die Ausbildung der benötigten Fachkräfte; er und seine Mannen entwickelten Pilotanlagen aus Seuergeldern, die dann von deutschen Firmen als Prototypen gebaut und später zu Produktionsanlagen ausgebaut werden. Das KfK zeiht sich zurück und die Industrie macht Kasse. So sollte Ende nächsten Jahres das Engagement des KfK in Brasilien auslaufen. Doch am 31. August 1988 erließ der brasilianische Präsident, Jose Jarney, ein Dekret, das bestimmte, daß das militärische Nuklearprogramm und die Einrichtungen des Brennstoffkreislaufes zusammengelegt werden (*Nucleonics Week* vom 8. Sept. 88 und *Nuclear Fuel* im August 89). Dies verschweigt Herr Becker genauso, wie den Patenttransfer mit Südafrika. Warum wohl?

Neuer Protestgegen AKW Gundremmingen

Sagen, was ist: es gibt in unserem Land Atomkraftwerke, radioaktive Transporte, Urananlagen, Brennelementefrabriken. Sie gefährden unsere Gesundheit durch Strahlung, bringen das Risiko verheerender Unfälle mit sich, schränken unsere Grundrechte ein und produzieren Berge radioaktiven Mülls, der niemals entsorgt werden kann. Jeder, der will, kann es wissen...Man verdient daran und schlägt politisches Kapital aus ihnen. Sie gelten als Zeichen von Wohlstand und Fortschritt. Menschen verrichten dort ihre tägliche Arbeit. Man kann sogar dagegen sein, solange sich dadurch nichts verändert.

Zwei einfache Sätze standen am Beginn unserer Arbeit: Jedes AKW stellt einen Angriff auf unsere Gesundheit, unser Leben und unsere Zukunft dar. Wir verlangen den sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Aber auf wen kommt es an, um diese Forderung durchzusetzen? Auf uns? Wer sind die Gegner? Wer hat die Macht?
Bestimmt wäre es nicht allzuschwer bei den entsprechenden Theoretikern die Antworten zu finden. Aber uns geht es ja nicht so sehr um ein eindeutiges Weltbild, als um Handlungsansätze: was müssen wir heute und morgen tun, damit übermorgen alle Atomanlagen stillgelegt werden? Die Fragen im Bewußtsein versuchen wir die Antwort im Tun.

"WER VERLOREN IST, DER KÄMPFE..." (B.Brecht)

Wir haben uns entschlossen, unsere Arbeit gegen das AKW zu richten, in dessen Umkreis wir leben: Gundremmingen. Dort wollen wir die allgemeine Auseinandersetzung um die Kernenergie sichtbar machen und dramatisieren. Der Bezug zu einem konkreten AKW zwingt uns zu Kontinuität und Verbindlichkeit. Es genügt nicht, wie bisher einmal im Jahr eine Demonstration zu veranstalten und damit unsere jeweilige Stärke oder Schwäche zu demonstrieren. Über dies Zeichen hinaus müssen wir unsere Kräfte im Konflikt einsetzen und unter Beweis stellen.
Seit Mai 1989 halten etwa zehn bis zwanzig Menschen jeden Sonntag von 15.00 bis 16.30 Uhr vor dem Tor des AKW Grundremmingen Mahnwache. Wir drücken damit wohl eher unsere Ohnmacht und unser Ausgeliefertsein an diese menschenverachtende Technik aus als unsere Stärke., Aber die Arbeit wird nicht dadurch erfolgreicher, daß wir uns etwas vormachen. "Wer verloren ist, der kämpfe...", schreibt Brecht. Wir tanzen auf dem Grat zwischen Ohnmachts- und Allmachtsphantasien und sind vielleicht schon verloren.
Die Betreiber fürchten diese Aufrichtigkeit: aufgrund unserer Ankündigung an das Landratsamt Günzburg wurden wir zu einem klärenden Gespräch mit den AKW-Betreibern und der Polizei eingeladen. Den zuständigen Beamten war klar, daß wir mit unseren Mahnwachen ein Grundrecht ausüben, in dem sie uns nicht ohne stichhaltige Begründung einschränken können. Und so sicherten sie uns, wenn auch widerwillig, die Genehmigung zu. Herr Dr. Eickelpasch, leitender Sicherheitsbeauftragter der KGB (Kernkraftwerke Grundremmingen Betriebsgesellschaft) stellte unsere Anwesenheit als Belästigung und Provokation für die Mitarbeiter dar. Er drohte uns eine Zivilklage und tätliche Angriffe von Seiten der Revisionsarbeiter an, falls wir auf unserem Platz vor dem Tor beharrten. Heute stehen wir immer noch vor dem Tor, und beide Drohungen haben sich als gezielte Einschüchterungsversuche herausgestellt. Unter der Maske scheinbarer Souveränität kommt nervöse Hilflosigkeit zum Vorschein. Jeden Sonntag wird die Mahnwache ohne unser Einverständnis widerrechtlich von allen Seiten fotografiert. Die Lautsprecheranlage vor dem Tor wird geräuschvoll eingeschaltet, um uns klar zu machen, daß jedes Wort, das wir sprechen, mitgehört wird.

Jemand liest einen Text vor, aus dem "Atomstaat" von Robert Jungk, von D. Thoreau, aus einer Indianerrede..... irgendeinen Gedanken, der uns bewegt und vielleicht weiterbringt. Wir schweigen und singen. - Sollen sie mithören, unser Reden und Schweigen gilt ja ihnen.-

Bei anderer Gelegenheit wird uns aalglatte Höflichkeit und zuvorkommende Freundlichkeit entgegengebracht, so bei einem Gespräch im kraftwerkseigenen Info-Zentrum, das sich aus dem Treffen im Landratsamt entwickelt hat. Acht Vertreter aus verschiedenen Bereichen des AKW waren anwesend. Aus ihren Worten war eher Fatalismus als vehemente Verteidigung der Kernenergie herauszuhören. Auch die Arbeitnehmer ahnen, daß die Jahre der Atomwirtschaft möglicherweise gezählt sind. Es bleibt ihnen die Beruhigung, daß Leute wie wir eben doch nicht die Macht haben.

Eine Ungeheuerlichkeit nach der anderen wurde gelassen auf den Tisch gelegt: das Kraftwerk werde schon seit längerem nur mehr im Mittellastbereich eingesetzt. In früheren Verlautbarungen hieß es stets, Kernenergie sei aus ökonomischen uns sicherheitstechnischen Gründen nur zur Deckung der Grundlast zu verwenden. Plutoniumhaltige MOX-Brennelemente, die aus wiederaufgearbeitetem Material in Hanau gefertigt würden, seien bereits im Reaktorgebäude gelagert. Ihr Einsatz sei für nächstes Jahr geplant, wobei einige technische Fragen noch geklärt werden müßten. Bei der Benutzung von MOX-Brennelementen besteht die Gefahr, daß bei einem Kernschmelzunfall der Reaktor in einer atomaren Explosion zerfetzen kann, wobei Tonnen an Plutonium freigesetzt werden. Und so ging es noch weiter: defekte Brennelemente, Überschreitungen der Lebensarbeitszeitdosis bei sechs Arbeitnehmern (sie werden jetzt in weniger strahlenexponierten Bereichen eingesetzt).....

Über solche und ähnliche Informationen tauschen wir uns am Ende der Mahnwache aus, berichten über eigene Nachforschungen oder Presseveröffentlichungen, erklären und ergänzen uns gegenseitig. Wir werten Erfahrungen aus, beraten und organisieren unser weiteres Vorgehen.

So soll die sonntägliche Mahnwache Kristallisationspunkt des Protestes sein, den die einzelnen an ihren Orten mit unterschiedlichen Schwerpunkten unter der Woche fortsetzen. Wir stehen erst am Anfang: bisher hat lediglich die Biberacher Elterninitiative die Gestaltung einer Mahnwache übernommen. Wenige haben ihre Mitarbeit zugesagt oder Kritik geäußert. So sind wir ein recht kleiner Kreis aus der Ulmer BI und einzelnen aus Dillingen, Pfaffenhofen und Wertingen.

Nocheinmal: wer sind die Gegner? Wer hat die Macht? Wer ist verantwortlich? - In jedem Fall sind es Menschen, die frei sind, zu entscheiden. Der Druck, den wir mit unserem Tun entwickeln, muß so groß werden, daß es jedem Einzelnen unmöglich wird, weiterhin für die Atomwirtschaft zu arbeiten oder einzutreten, sei es aus machtpolitischen, wirtschaftlichen oder moralischen Überlegungen. Als wir in den letzen Wochen ein Flugblatt an die Arbeitnehmer verteilten, waren nicht mehr alle so freundlich mit uns. Die uns beim Gespräch im Info-Zentrum noch mit Namen gegrüßt hatten, schienen uns nicht mehr zu kennen. Sie fühlten sich angegriffen und in ihrer Feierabendruhe gestört. Aber wir können und wollen es niemandem ersparen, sich dem Wahnsinn zu stellen. Die Mahnwache kann lediglich ein Schritt in dieser Auseinandersetzung um die Stillegung der Atomkraftwerke in Grundremmingen und den Ausstieg aus der Kernenergie im allgemeinen sein.

Immer neu soll uns der Glaube an die Unantastbarkeit jeglichen Lebens Aufforderung und Maßstab sein.

Hanau

Alkem erhielt am 10.8.89 die dritte Teilgenehmigung vom hess. Umweltministerium. Genehm ist dem Ministerium die Nachrüstung und der Neubau von Anlagenteilen im Spaltstofflager der Plutonium-Alkem. Es ist die dritte von sieben Teilgenehmigungen nach dem Atomgesetz für **die früher selbständige Firma Plutonium-Alkem, heute: Siemens Brennelementewerk Hanau.**

... In den MOX-Brennelementen wird im Gemisch mit Uran das hochgiftige Plutonium verarbeitet, das aus der atomaren Wiederaufarbeitung (derzeit im französischen La Hague) zurückkommt. Dabei können sowohl neue Brennstäbe für Reaktoren vom Typ "Schneller Brüter" (35% Plutoniumanteil) als auch für normale Leichtwasserreaktoren (rund 5% Plutoniumanteil) hergestellt werden. In den bundesdeutschen Reaktoren können MOX-Brennelemente mit einem Anteil von maximal einem Drittel neben den üblichen Uran-Brennelementen verbrannt werden. Unbedingt benötigt werden sie aber nur für den "Schnellen Brüter".(FR,taz v. 11.8.89)

In Hanau wird die Produktionskapazität für MOX-Brennelemente derzeit ohnehin von 30 auf 120 Jahrestonnen ausgebaut, was die Verarbeitung der gesamten Plutoniummenge erlauben würde, die durch die atomare Wiederaufarbeitung von Brennstäben aus der Bundesrepublik anfällt. Die Siemens AG rechnet mit der endgültigen atomrechtlichen Genehmigung für die neue Anlage der ehemaligen Alkem im kommenden Jahr. Falls über diese Kapazität hinaus auch ausländisches Plutonium in Hanau verarbeitet werden sollte, wären dort (mit neuen atomrechtlichen Genehmigungen) weitere Produktionsgebäude nötig, die nach Einschätzung des Brennelementewerks binnen weniger Jahre errichtet werden könnten.

Nach Einschätzung des Siemens-Sprechers hat sich die Bundesregierung in den vergangenen Monaten "Stark interessiert gezeigt an internationaler Kooperation". Dies bedeute dann nicht nur "abgeben von Geschäften ins Ausland". Es gebe auch "Dinge, die wir auf Basis unseres technologischen Know-Hows für andere im Inland machen wollen". Während die Franzosen bei der Wiederaufarbeitung einen Vorsprung hätten, sei die Bundesrepublik mit der Hanauer MOX-Produktion "weltweit führend". Deshalb würde erwogen, ob eine internationale Zusammenarbeit nicht auch dafür eine "sinnvolle Lösung" sei.

Das Öko-Institut in Darmstadt vermutet hinter solchen Überlegungen eher den Versuch, die Produktion in Hanau zu erhalten als sie noch weiter auszubauen. Der Atom-Experte des Instituts, Michael Sailer, bezweifelte gegenüber der FR ein Interesse von Großbritannien und Frankreich an der MOX-Kooperation. Die meisten englischen Reaktoren seien ohnehin nicht für solche Brennelemente ausgelegt und Frankreich plane derzeit bei La Hague eine eigene Fabrik für die plutoniumhaltigen Brennstäbe.(FR 27.8.89)

Neben Hanau soll auch die Schwester Gesellschaft der Siemens Brennelementewerke die ANF in Lingen um eine Uranpulveranlage erweitert werden. (aus Anti-Atom-Aktuell, Sept. 89)

Atomzentrum Emsland

Glückliche Kühe und strahlendes Milchpulver

Nachdem ganz Meppen (im Emsland) gegen das tschernobylverseuchte weiße Lebensmittel erfolgreich ankämpfte, stimmte der Rat der Nachbarstadt Lingen jetzt der Errichtung einer Anlage zur "Entseuchung" von 5000 Tonnen Molke zu. Die "gereinigte" Molke wie das zu produzierende radioaktive Cäsiumkonzentrat müsse nach den Worten des Oberstadtdirektors Karl-Heinz Vehring fortgeschafft werden. Ja wohin denn?

Brennelementefabrik "Advanced Nuclear Fuels" (ANF)

Der Erörterungstermin findet ab dem 16.10.89 auf der Wilhelmshöhe in Lingen statt! 6000 AtomgegnerInnen haben Ende Juli gegen die Erweiterung der Brennelementefabrik ANF Einwendungen erhoben. Außerdem wurden über 20 Einzeleinwendungen bis zum Ende der Auslegungsfrist eingereicht. Mit der Anlage haben lt. Initiativen die Hersteller die Möglichkeit, die Aufsichtsbehörden in Lingen und Hanau gegeneinander auszuspielen; im Bedarfsfall wird auf den politisch günstigeren Standort ausgewichen. In einer Stellenanzeige der ANF heißt es: "wir sind ein junges (?), dynamisches Unternehmen im Kernbrennstoffkreislauf und fertigen Brennelemente für Kernkraftwerke in Westeuropa. Wir gehören zum Siemenskonzern." Gesucht wurden Produktionsmitarbeiter für die Schwestergesellschaft, dem Siemens Brennelementewerk in Hanau.

Mit dem Ausbau ANF soll der Brennstoffkreislauf im Atomzentrum Emsland geschlossen werden: Der geplante 20 Mio DM teure Bau einer sogenannten Trockenkonversationsanlage (einfacher: Uranpulveranlage), zur Umwandlung von gasförmigem Urandioxid-Pulver würde gemeinsam mit der nahegelegenen (40 km) Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) eine komplette Brennelementefertigung ermöglichen. Durch die Trockenkonversion wird das notwendige Uranpulver für die seit Jahren in der ANF hergestellten Brennstofftabletten ebenfalls in Lingen hergestellt. Bei dieser Herstellung wird Flußsäure entstehen. An dieser Säure gibt es lt. ANF-Geschäftsführer Faulhaber ein reges Interesse der chemischen Industrie. Der Säure-Transport soll über die Bahn laufen. Die restliche Flußsäure wird über die Abluft der Umgebung zugeführt. Faulhaber beziffert die Menge auf 3g pro Stunde und sieht weder in dieser kalkulierten Emission noch in einem möglichen Flugzeugabsturz irgendeine Gefahr für die Bevölkerung.(LT 13.7.89) Die EinwenderInnen sind da ganz anderer Meinung und weisen auf die Lage am Rande der Tiefflugschneise des NATO-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range hin. Unvermeidbar sind die Transporte von Uranhexafluorid (UF6). Bei einem Transportunfall auf der Schiene oder der Straße spaltet sich UF6 unter anderem in Flußsäure.

Zur Skandalgeschichte der ANF nennt Norbert Humbeil in der Lingener Tageszeitung zwei Beispiele: am 10.3.1980 liefen 400 bis 500 Liter radioaktiv verseuchte Flußsäure auf dem Firmengelände aus, ein Großteil des Erdreiches wurde dabei verseucht. Die Brennelementefabrik hielt es damals nicht für nötig, die Lingener Bevölkerung von diesem Vorfall zu unterrichten. Wortkarg gab das Unternehmen sich auch, als im Oktober 1987 der begründete Verdacht geäußert wurde, ANF sei in Machenschaften verwickelt, die dazu dienten, das US-amerikanische Handelsembargo gegen Uran aus dem Apartheitstaat Südafrika zu unterlaufen (LT, 27.10.87; Anti-Apartheid-Nachrichten 11.87)

aufgespießt

In den 44 sowjetischen AKW gab es im August neun Abschaltungen. 13 mal mußte die Leistung reduziert werden. Im ersten Halbjahr 1989 wurden bei 189 Kontrollen 1 810 Verstöße gegen technische Vorschriften festgestellt....Der sowjetische Energieminister erklärte, daß auf Grund der Verringerung der Stromproduktion in AKWs und weit verbreiteten Protesten gegen neue Reaktoren, im kommenden Herbst und Winter ein Leistungsdefizit von 8% des Energieverbrauchs entstehe.

Süddeutsche Zeitung v. 8.9.89

Wie der Chef der sowjetischen Atomkommission Protsenko erklärte, will sein Land die Nuklearkapazität bis 2000 verdoppeln. Gegenwärtig stammten 13 % des sowjetischen Stroms aus Kernkraftwerken... Vor der Tagung der Atomenergie-Organisation hatte Greenpeace zwei Studien der Ökologischen Forschung und Beratung mbH Hannover vorgelegt, wonach zum einen die Gefahren der Atomkraft falsch bewertet würden und die 2.Studie kommt zum Schluß, daß das aktuelle System für nukleare Haftung eine Subvention der Atomindustrie jener Länder darstelle, die auf Kernkraft verzichtet hätten. Deshalb müßten internationale rigorose Haftungsverträge ausgearbeitet werden.
Süddeutsche Zeitung v. 29.9.89

BUND - Strahlenschutzkommission tagt in Salzgitter

Die Strahlenkommission des BUND hat am 23.09.1989 bei einer ihrer laufenden Arbeitssitzungen mit den in Salzgitter vertretenen Bürgerinitiativen und der BUND-Kreisgruppe Salzgitter in Salzgitter getagt, um sich mit den ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen des geplanten Endlagers Schacht Konrad auseinanderzusetzen.
Folgende, bislang nicht berücksichtigte Probleme wurden dabei erörtert:

1. Die Anforderungskriterien an den einzulagernden Atommüll sind so verändert worden, daß auch Müll, der ursprünglich für das Endlager Gorleben vorgesehen war, nun im Schacht Konrad endgelagert werden soll. Für die Beurteilung der Langzeitsicherheit der Schachtanlage kann die Wärmeentwicklung des Atommülls nicht als Kriterium herangezogen werden.
2. Die Bundesrepublik Deutschland hat aus der Mol-Affäre keine Lehre gezogen. Im Gegenteil, die für die Zukunft vorgesehene Qualitätssicherung erschöpft sich in einer rein formalen Kontrolle der Begleitpapiere. Der schon jetzt gigantische Abfallberg von etwa 135.000 Fässern ist de facto unkontrollierbar.
3. 3.000 - 6.000 Transporteinheiten sollen jährlich nach Salzgitter gebracht werden. Folgende Personenkreise, die nicht den Sicherheitsbestimmungen für strahlenexponierte Arbeitsplätze unterliegen, sind durch die Transporte beruflich gefährdet: Beschäftigte im Bahn- und Straßentransport sowie Polizeibeamte. Durch die hohe Verdichtung des Transports in der Region, das Zusammentreffen mit Gefahrguttransporten einer Industrieregion und die große Häufigkeit von höhengleichen Bahnübergängen, besteht eine hohe Unfallgefahr und Gefährdung der Bevölkerung und Beschäftigen.
Braunschweig wird zum größten Verschiebebahnhof für radioaktiven Müll in Europa werden.
Das Problem des Transportes ist in das laufende Genehmigungsverfahren bisher nicht einbezogen worden.
4. Die Besonderheit der kerntechnischen Anlage Schacht Konrad besteht u.a. darin, daß sie bei Überschreiten von Grenzwerten in ihren wesentlichen Emissionspfaden nur mit großer Zeitverzögerung oder überhaupt nicht abgeschaltet werden kann. der Standort ist ursprünglich nicht nach seiner geologischen Eignung ausgewählt worden, sondern hat sich als Zufallsentscheidung nach Einstellung des Eisenerzbergbaus ergeben.
5. Was die Gefährdung der Arbeitnehmer beim Transport und in der Anlage betrifft, so hat schon die DGB-Studie von 1985 ergeben, daß durch eine unzureichende Dosiskontrolle und zu hohe Grenzwerte ein mangelhafter Strahlenschutz gegeben ist, dem bis heute nicht abgeholfen wurde. Für Konrad kommt die Vorbelastung durch Radon aus dem Umgebungsgestein hinzu. Nach der durch die BUND-Strahlenkommission geforderten Senkung der Grenzwerte wären diese allein schon fast durch die Radon-Abgaben im Bergwerk ausgeschöpft.

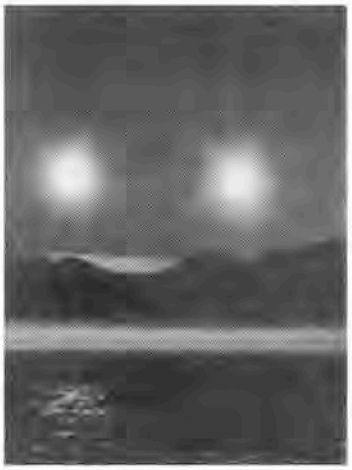
6. Die Belastung der Bevölkerung bewegt sich scheinbar im Rahmen des Zulässigen; wenn die von uns geforderte Herabsetzung der Grenzwerte um das 10-fache zu Grunde gelegt wird, dann ist auch hier mit einer Überschreitung zu rechnen. Hinzu kommt, daß die Berechnungsgrundlagen nicht den örtlichen Bedingungen angepaßt sind. Unberücksichtigt bleiben bereits vorhandene Belastungen in der Region und eine durch den Betrieb erhöhte "natürliche" Strahlenbelastung. Weiter ist bei Störfällen mit erhöhten Radioaktivitätsfreisetzungen zu rechnen. Durch den Betrieb der Anlage im Ballungsgebiet kommt es auch bei begrenzten Individualdosen zu einer hohen Kollektivdosis, womit sich die Zahl der Gesundheitsschäden in der Bevölkerung entsprechend erhöht.
7. Die Begrenzung des Nachweises der Langzeitsicherheit auf 10.000 Jahre durch die Planer wurde nicht deshalb gewählt, weil danach die Toxizität der eingelagerten Abfälle aufgehört hätte, sondern um den Nachweis der Langzeitsicherheit zu vereinfachen. Die Verantwortung gegenüber den folgenden Generationen verbietet eine solche Begrenzung auf 10.000 Jahre. Außerdem ist zur Beurteilung der Langzeitsicherheit die vorliegende geologische Datenbasis unzureichend. Es ist nicht auszuschließen, daß weitere Untersuchungen ergeben, das austretende Schadstoffe die Bevölkerung wesentlich früher erreichen.
8. Wir sehen das Anwachsen des Atommüllberges, auch im europäischen Rahmen , mit großer Sorge. Wir befürchten, daß Schacht Konrad zu einem noch riskanteren Endlager-Bergwerk ausgebaut werden könnte, als es jetzt der Bevölkerung vorgestellt wird.

Aufgrund der aufgezeigten Mängel und ungeklärten Problempunkte - auch im Hinblick auf die Entwicklung der Atomenergie-Nutzung in Europa - sieht die BUND-Strahlenkommission keine Basis für die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens für Schacht Konrad als Endlager für radioaktiven Abfall.

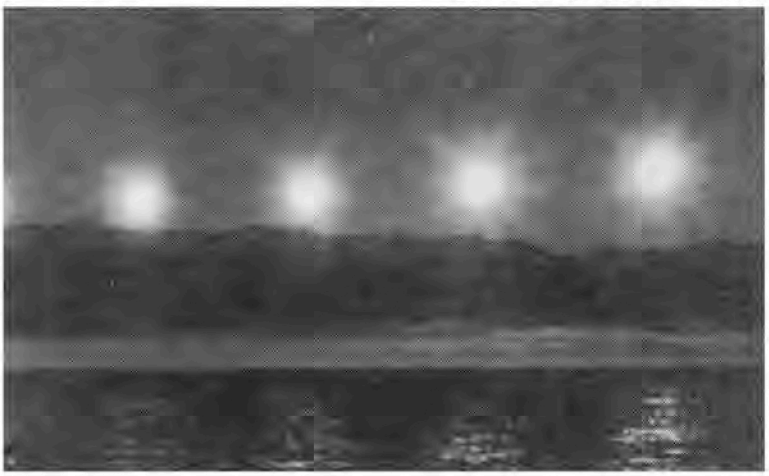
Für die BUND-Strahlenkommission Bonn:
Ulrike Fink, Hannover
Tel: 0511/6963 130

INTERNATIONALES ATOMKLO

DIE ATOMLOBBY ERARBEITET PRÄJUDIZIEN FÜR DAS ANSTEHENDE GENEHMIGUNGSVERFAHREN FÜR DAS ENDLAGER SCHACHT KONRAD



Nicht von ungefähr hat die niedersächsische Landesregierung kurz nach dem Bekanntwerden der Verlagerung der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente von Wackersdorf nach La Hague und Sellafield die bereits angekündigte Auslegungsfrist im Genehmigungsverfahren für Schacht Konrad vorerst noch einmal verschoben, obwohl die Atomindustrie seit langem darauf drängt, Schacht Konrad endlich als Atommüllager benutzen zu können.



Ein wichtiger Punkt für die Genehmigung von Schacht Konrad als Endlager ist das Einlagerungskonzept, das die PTB für die Unterbringung der Atomabfälle in den neu aufgefahrenen Strecken des ehemaligen Erzbergwerkes entwickelt hat. Die verschiedenen Abfallarten fallen in den Atomanlagen in verschiedener Zusammensetzung und mit unterschiedlichsten radioaktivem Inventar an. Die PTB ging bisher davon aus, daß sie gemeinsam mit den Herstellern des Atommülls, also den Anlagenbetreibern, beraten und festlegen würde, welche Abfallarten in welche Endlagergebinde eingebracht werden könnten, um die Anordnung der Gebinde im Endlagerbergwerk festlegen zu können. Sie hat gerade diese Vorgehensweise angepriesen als eine der wichtigsten Garantien für die Sicherheit der Endlagerung in Schacht Konrad.

Nach der Planung der PTB wird ein Drittel des Gesamtvolumens der Abfälle aus schwach- und mittelradioaktivem Müll aus Wiederaufarbeitung bestehen. Es sind gerade diese Müllarten, die einen hohen Anteil an langlebigen radioaktiven Stoffen enthalten, die also im Zusammenhang mit der notwendigen Langzeitsicherheit des Endlagers das größte Problem bilden.

Zwar sollte auch nach der bisherigen Praxis mit der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen - die mangels der Fertigstellung von Wackersdorf in La Hague und Sellafield wiederaufgearbeitet werden sollten - der radioaktive Abfall aus Frankreich und Großbritannien vertragsgemäß wieder in die BRD zurückgenommen werden. Diese Menge macht aber nur 6 bis 8 % der Gesamtmenge aus, die in Schacht Konrad eingelagert werden soll. Allerdings konnte schon hier das PTB-Einlagerungskonzept nicht greifen, da unmittelbare Zusammenarbeit mit der PTB weder von der Cogema in La Hague noch von BNFL in Sellafield gewünscht wird. In Anbetracht der relativ geringen Mengen dieses Mülls glaubte die PTB, diesen Fehler als gering achten zu können.

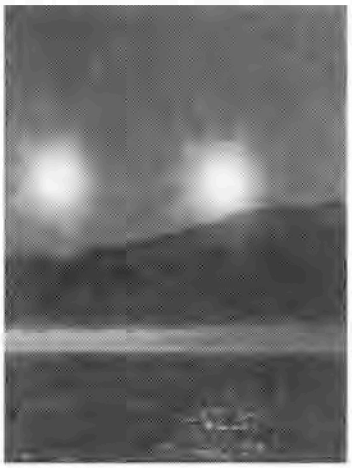
Nun hat sich die Lage grundlegend verändert. Der gesamte Abfall aus Wiederaufarbeitung ist nun der Planung und Kontrolle der PTB entzogen. Offensichtlich sind sich Bundesumweltministerium und niedersächsisches Umweltministerium bewußt, daß dies bei der anstehenden öffentlichen Auseinandersetzung in der Auslegungsfrist und im darauffolgenden Erörterungstermin für sie ein unangenehm heikler Punkt werden wird. Die durch den Aufschub der Auslegungsfrist gewonnene Zeit wollen Bundes- und Landesregierung deshalb nutzen, um die Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente mit Hilfe von Verträgen nach internationalem Recht mit der französischen und der englischen Regierung abzusichern. **Sie gehen dabei davon aus, daß internationales Recht als höherrangig gilt als nationales Recht. Das würde bedeuten, daß sie im Erörterungstermin die Einwendungen gegen die Veränderungen des Einlagerungskonzeptes für Schacht Konrad nicht sachlich zu beantworten brauchen, sondern versuchen werden, sie mit dem Hinweis auf die bereits abgeschlossenen Verträge als minderrangig, juristisch nicht relevant, abzuweisen.**

Es wird also wieder einmal geplant, das mit Verfassungsrang ausgestattete Recht der Betroffenen auf das Erheben von Einwendungen mit einem juristischen Trick abzuwürgen und die öffentliche Auseinandersetzung ihrer Schärfe zu berauben.

Auch auf einem zweiten Weg werden Entscheidungen vorbereitet, die sich folgenschwer auf dieses Genehmigungsverfahren auswirken werden.

Wie der taz vom 30.8.89 zu entnehmen ist, will Bundesumweltminister Töpfer bei der Neuformulierung der

sogenannten "Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" die AKW-Betreiber dazu bringen, "eine umfassende Strategie über den Erwerb und die Verwendung von Kernbrennstoffen und die weitere Planung zu deren Verbleib einschließlich der Endlagerung von radioaktiven Abfällen" nachzuweisen. Das können die AKW-Betreiber nur, wenn sie sich dabei auf Schacht Konrad stützen. Es folgt daraus: Töpfer muß sich schon sehr sicher sein, daß die Genehmigung für Schacht Konrad wirklich bald erteilt wird.



Das niedersächsische Umweltministerium will die Genehmigung für Schacht Konrad erst nach der Landtagswahl in Niedersachsen im nächsten Sommer aussprechen. Sollte der Abschluß der internationalen Verträge und die Neufassung der "Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge" in Kürze gelingen und sollte im übrigen die CDU die Wahl in Niedersachsen verlieren, dann wäre das in den Augen der Atomlobby kein Schaden: dann hätte eine SPD-Landesregierung diese bösartigen Tricks vor der Bevölkerung der Region Salzgitter und der ganzen BRD zu vertreten.

Anna Masuch

Gibt es eine bundesweite Demonstration

Foto: Theo Heimann

Seit dem Sommer gibt es den Vorschlag aus dem Raum Asse/Schacht-Konrad/Braunschweig, die Anti-AKW-Bewegung zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Atomenergie im Frühjahr 1990 in Hannover aufzurufen. Die Demonstration soll unter dem Motto stehen: Statt europäisieren, jetzt aussteigen! In einem Anschreiben zum nebenstehenden Plattform-Vorschlag heißt es: »Obwohl die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik aus der Atomenergie raus will, müssen wir in diesem Sommer und Herbst erleben, wie die Bundesregierung die Expansions- und Überlebensstrategien der Energie- und Atomwirtschaft auf europäischer Eebene sanktioniert. In dieser Situation ist die Verhinderung der Atomenergie keine Frage mehr vom Widerstand an den einzelnen Standorten und auch nicht mehr allein eine Frage politischer Mehrheitsverhältnisse in einem Land. Wir schlagen deshalb allen, die ernsthaft am Ausstieg aus der Atomenergie interessiert sind, als gemeinsamen Schwerpunkt eine bundesweite Demonstration gegen die Europäisierung der Atomenergienutzung 1990 in Hannover vor, für die wir uns um eine europäische Unterstützung bemühen sollten. Den ersten Plattformentwurf und das gesamte Projekt bitten wir zu diskutieren«.

Die Ergebnisse des Vorbereitungstreffens vom 28.10. in Braunschweig bzw. der Diskussionen auf der Herbstkonferenz in Saarbrücken können wir aus Zeitüberschneidungsgründen leider nicht mit einarbeiten. Doch soviel vorweg: In den Zielvorstellungen der Demo und in der bisherigen Plattform kommt eine Sichtweise zum tragen, die in der Bewegung nicht unumstritten ist. Einige kritische Anmerkungen dazu in den folgenden Zeilen.

Die Idee, im Frühjahr 1990 eine bundesweite Demonstration gegen Atomenergie in Hannover zu veranstalten, ist nicht aus der Luft gegriffen. Es gibt zur Zeit nicht sehr viele Ansatzpunkte für eine gemeinsame größere Aktion und angesichts der voranschreitenden Pläne an den sogenannten »Entsorgungsstandorten« - allesamt in Niedersachsen gelegen - besteht auch dringender Aktionsbedarf der Bewegung. Und da ja nun im Frühjahr 1990 Landtagswahlen in Niedersachsen sind und manche auf einen Machtwechsel hoffen, kann man auch auf die Idee kommen, eine solche Aktion in Hannover sozusagen als Beitrag der Anti-AKW-Bewegung zu den Landtagswahlen zu verstehen. Auch daß dabei die jüngsten Entwicklungen in der Europäisierung der Atomwirtschaft zu Sprache kommen und thematisiert werden, ist nachzuvollziehen und ja auch vernünftig. Aber diese Europäisierung zum alleinigen Aufhänger und Stoßrichtung einer solchen Demonstration zu machen, das halte ich für falsch. Aus folgenden Gründen: Zum einen sollten wir, wenn wir schon die Landtagswahlen zum Anlaß nehmen, unsere Positionen nach außen zu tragen und Druck zu machen, auf diese auch Bezug nehmen und die Parteien entsprechend angreifen bzw. fordern. Und da ist es nicht angesagt, gemeinsam mit SPD und Grünen ins Verallgemeinernde zu gehen und sich europäische Fensterreden anzuhören, sondern SPD und Grüne auf einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie in Niedersachsen zu nageln und zwar ganz kompromißlos. Und wenn dann im Plattformvorschlag steht, 'der sofortige Ausstieg, mit Stade fangen wir an!', so finde ich das gelinge gesagt peinlich. Wir sitzen doch nicht in der rot-grünen Verhandlungskommission und wenn die Stillegung von Stade das einzige Ergebnis einer solchen sein sollte, so wäre das ohnehin dürftig genug. Das ist grünen und SPD-Politik, unsere Aufgabe ist eine andere und das sollte nicht verwechselt werden. Der vorliegende Plattformvorschlag geht in dieser Beziehung viel zu wenig in die Offensive und setzt die Parteien zu wenig unter Druck. Stattdessen wird viel zu stark darauf orientiert, daß national, oder gar regional ohnehin ja kaum noch was zu machen sei, was erstens gar nicht raus ist, und zweitens die Landesregierung aus ihrer politischen Verantwortung entläßt. Ebenso ist die Einschätzung, 'neue Atomkraftwerke sollen in der Bundesrepublik nicht mehr gebaut werden', gefährlich voreilig. Es ist eher zu vermuten, daß wir in den nächsten Jahren noch alle Hände voll zu tun bekommen, um den Bau neuer Atomkraftwerke z.B. als Ersatz alter ausrangierter zu verhindern. Insgesamt wäre es jedenfalls aus meiner Sicht ratsam, diesen Aktionsvorschlag und vor allem den Plattformvorschlag in der nächsten Zeit gründlich und kontrovers zu diskutieren, z.B. auch darüber, warum die Frage der Krimnalisierung der Anti-AKW-Bewegung nicht einmal angesprochen wird und das im Vorfeld des beginnenden praktischen Widerstandes in Gorleben und anderswo.

Insgesamt finde ich die Initiative zu dieser Aktion aber unterstützenswert, weil sie an einer der wenigen Punkte ansetzt, an denen eine bundesweite oder zumindest norddeutsche Mobilisierung möglich erscheint und die Diskussion über Inhalte, Form, Ort und Zeitpunkt einer solchen Aktion kann die bestehende Bewegung nur bereichern und die Diskussion voranbringen.

B.

gegen Atomenergie

Plattformentwurf

Dreiviertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist mit der Atomenergie nicht mehr einverstanden.

Das ist das Ergebnis von
- jahrelanger Informationsarbeit von Bürgerinitiativen
- breitesten politischen Protesten
- handfesten wissenschaftlichen Argumenten
- und nicht zuletzt der Erfahrungen von **Harrisburg** und **Tschernobyl**.

Damit die Mehrheit der Bevölkerung die Geschäfte der Energiekonzerne nicht stört, soll sie durch europäische Manöver ausgetrickst werden. Durch die Kooperation mit der Atomwirtschaft in anderen EG-Ländern (zunächst England und Frankreich) soll nationales Recht in Europa ausser Kraft gesetzt werden.

Dagegen rufen wir zu einer bundesweiten Demonstration mit europäischer Unterstützung im Frühjahr 1990 nach Hannover auf.

Alle Anlagen, die als bundesrepublikanischer Beitrag zu einem europäischen Atomprogramm gedacht sind, sollen in Niedersachsen entstehen. In Niedersachsen kann daher 1990 gegen die Europäisierung der Atompolitik ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Indem Atomanlagen nicht verwirklicht und andere stillgelegt werden, kann der Ausstieg aus der Atomenergie begonnen werden

Wir unterstützen mit dieser Demonstration keine Parteien. Wir verlangen von den Parteien, die den Ausstieg aus der Atomenergie wollen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, den Willen der Bevölkerung in die Tat umzusetzen.

Laßt uns die Probe aufs Exempel machen, ob die politische Mehrheitsmeinung gegen die Atomenergie sich in unserem parlamentarischen System durchsetzen läßt.

Wir fordern: **Statt europäisieren, jetzt aussteigen!**

Atomstrom aus Frankreich?
Europas Atommüll nach Deutschland? **Wir sagen NEIN!**

Politik und Wirtschaft wissen, daß die Atomenergie in der Bundesrepublik nicht mehr mehrheitsfähig ist. Deshalb wurde u.a. die Wiederaufbereitung in Wackersdorf aufgegeben und wird der Plutonium Brüter in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor in Hamm zur Disposition gestellt.

Diese Techniken sollen jetzt in England und Frankreich gemeinsam genutzt werden. Aber auch eine französische und englische Wiederaufbereitungsanlage gefährdet ganz Mitteleuropa und schafft den Zugriff auf das Atombombenmaterial Plutonium.

Darum lehnen wir die gesamte Technik und nicht einzelne Standorte ab und sagen **NEIN!**

Neue Atomreaktoren sollen in der BRD nicht gebaut werden. Aber die alten sollen die vollen Kassen der Energiekonzerne weiter füllen. Weil jede laufende Anlage Mensch und Natur gefährdet, sagen wir **NEIN!**

In Zukunft will die westdeutsche Energiewirtschaft verstärkt französischen Atomstrom vermarkten. Aber auch französische Atomreaktoren verseuchen im Normalbetrieb ihre Umgebung und bei Unfällen ganze Regionen. Wir lehnen nicht nur deutsche Atomkraftwerke ab, sondern weltweit die Nutzung der Atomenergie und sagen **NEIN!**

Mit der Konditionierungsanlage in Gorleben und den Endlagern in Gorleben und Schacht Konrad in Salzgitter soll die BRD im Rahmen der europäischen Kooperation die Atommüllendlagerung übernehmen. Für die bundesdeutschen Energiekonzerne bietet sich ein lukratives Geschäft an und die Absicherung des Betriebes laufender Atomanlagen hier.

Für andere Staaten ist dies besonders wichtig, weil mit fehlenden Endlagern ein Akzeptanzverlust der Atomenergienutzung bei den jeweiligen Bevölkerungen befürchtet wird.

Es könnte also die absurde Situation eintreten, daß westdeutsche Atommüllendlager den Betrieb französischer Atomreaktoren sichern helfen, die Strom für die BRD produzieren, die hier aber politisch nicht mehr durchsetzungsfähig wären.

Wenn der Europäische Markt '92 heißt, daß die Bedrohung von Mensch und Natur grenzenlos wird, die Einflußmöglichkeit der Betroffenen aber sinkt, dann sagen wir zu dieser Europäisierung **NEIN!**

Wir rufen alle auf:
- die Gewerkschaften und die GewerkschaftlerIn
- den Landwirtschaftsverband und die LandwirtIn
- die Kirchen und die ChristIn
- die Bürgerinitiativen und die Betroffenen
- die Parteien und das Parteimitglied
- die Ärztin und den Krankenpfleger
- den Lehrer und die Mutter und den Vater
- und ... und SIE und DICH!

Keiner verlasse sich auf den anderen. Jeder sollte an seinem Ort für die Teilnahme an dieser Demonstration werben und im Frühjahr 1990 nach Hannover kommen. 1990 sind die letzten Wahlen vor dem Beginn des europäischen Marktes. Wehren wir uns mit aller Kraft gegen die Europäisierung der Atomwirtschaft. Laßt uns den westdeutschen Anteil an einem europäischen Atomprogramm verhindern, so lange wir es noch können.

Konkret fordern wir:	den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. (mit Stade fangen wir an)!
	den sofortigen Stop der Endlagerprojekte Schacht Konrad in Salzgitter und Gorleben, der Konditionierungsanlage in Gorleben und aller Anlagen, die den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken europaweit absichern sollen!

Zu dieser Demonstration rufen auf:

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Hannover • Bürgerinitiative Vechelder gegen Schacht Konrad • Initiative Gegen Kernkraft was tun, Wolfenbüttel • Umweltschutzforum Schacht Konrad • Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Gibraltar • Weststädter und Broitzemer gegen Schacht Konrad, Braunschweig • Die GRÜNEN OV Braunschweig, Salzgitter und Vechelde, Kreisverband Peine und Wolfenbüttel • JUSOS Bezirk Braunschweig • DKP Kreis Salzgitter •

Kontaktadresse:	Spendenkonto:
Peter Dickel, Sophienstr. 14, 3300 Braunschweig Telefon: 0531/89 16 32 • Telefax: 0531/89 56 10	Muzaffer Perik • Ökobank Frankfurt Konto Nr. 17 75 63 • BLZ 500 901 00

im Frühjahr in Han?

Atomtransporte Hamburg

Von Blockaden, Broschüren

In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober wurde zum zweiten Mal in den letzten Monaten der Atomfrachter "Godewind" im Hamburger Dradenau-Hafen blockiert. Drei Stunden lang waren die rund 50 AtomkraftgegnerInnen in der Lage, den Weitertransport von zwei LKWs mit Urandioxidpulver zur Siemens-Brennelemente-Fabrik in Hanau zu verzögern. Mit Stahlrohren und Balken war die Zufahrt zum Roll on/Roll off-Anleger versperrt worden, zwei PKWs, die ebenfalls auf der Zufahrt standen, fehlte die Luft. Bereits zu Beginn der Aktion war das Einfahrtstor zum Gelände der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) mit einem Kettenschloß verriegelt worden, sodaß die erst nach dem Erscheinen der AtomkraftgegnerInnen verständigte Polizei über eine Stunde brauchte, bis sie schließlich am Ort des Geschehens auftauchte. Angesichts des Kräfteverhältnisses entschlossen sich die Blockierer unter der Maßgabe, daß eine Personalienfeststellung nicht erfolgen würde, die Blockade zunächst abzubrechen. Der Versuch, auf der Zufahrtstraße zum HHLA-Gelände erneut eine Blockade zu probieren, scheiterte allerdings an der Eskorte der Polizei, die erst aufgelöst wurde, nachdem die beiden LKWs das Gelände verlassen hatten. Trotzdem wurde die Aktion insgesamt als erfolgreich beurteilt.

WO KOMMMEN SIE HER, WO GEHEN SIE HIN?

Das Wissen über die Atomtransporte hat sich in den letzten Monaten deutlich verbessert. Im Bereich der nach dem Atomrecht meldepflichtigen "Kern"Brennstofftransporte sind inzwischen konkrete Zahlen bekannt geworden. Knapp 400 solcher Transporte sind seit dem 1.Januar 1988 durch die Hansestadt gegangen. Dazu gehören zum einen die Transporte mit frischen Brennelementen zur Versorgung der AKWs Krümmel, Brokdorf und Stade. Diese Transporte finden - was nicht verwundert - meist unmittelbar vor den Brennelementwechseln statt und werden ausschließlich mit LKWs abgewickelt. Die Lieferfirmen sind Siemens in Karlstein und Hanau. Brunsbüttel hat in diesem Jahr seine Brennelemente direkt aus Schweden per Schiff (nicht Godewind) von der in Västeras ansässigen ABB erhalten.

Bekannt sind auch sämtliche Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus den AKWs Brunsbüttel, Stade und Krümmel, die auf der Bahn zum Teil mitten durch die Hansestadt rollen und Richtung Karlsruhe und La Hague gehen.

Leichtaktive Abfälle über Lübeck und Puttgarden nach Schweden

Die Bahn ist auch an den Transporten von leichtaktiven Abfällen aus den bundesdeutschen AKWs beteiligt, von denen nachweislich rund 220 Tonnen in diesem Jahr zur Verbrennungsanlage der Studsvik Nuclear nach Schweden gebracht wurden. Interessanterweise rollen diese Bahnzüge nicht nur durch Hamburg, sondern auf ihrem Weg über Puttgarden nach Schweden gehen sie mit großer wahrscheinlich auch wieder durch Lübeck. Damit rollt durch Lübeck wieder ein Teil derjenigen Atomtransporte, die man seit Anfang 1988 verhindert zu haben glaubte. Von hier werden sie weitertransportiert nach Puttgarden, wo sie mit einer Güterfähre der Bahn nach Dänemark übergesetzt werden. Nach Informationen der GNS in Duisburg-Warnheim sollen noch etwa 200 Tonnen von diesem Müll nach Studsvik transportiert werden. Im Juni diesen Jahres erhielt die GNS 14 kg Aschenproben aus den Rückständen bundesdeutscher AKWs von der Studsvik Nuclear, die per Bahn über Puttgarden und Hamburg gingen. Aber auch frische Brennelemente kommen per LKW über Puttgarden von der ABB in die BRD.

Umschlagplatz Hafen

Der größte Anteil der Atomtransporte geht in Hamburg jedoch durch den Hafen. Neben dem Godewind-Deal mit Schweden (frische Brennelemente und sogenannte unbestrahlte Reststoffe zu den dortigen AKWs bzw. zur ABB und Urandioxid für Siemens Hanau) sind vor allem Transporte mit Uranhexafluorid relativ häufig. Importe gibt es aus der UdSSR von der Technsabexport Moskau, die für Siemens in Hanau und Lingen liefert. Das Schiff, mit dem diese Transporte zum Teil abgewickelt werden, ist die "Inzh. Bashkirov". Gelegentlich springt aber auch die Godewind für solche Transporte ein, zuletzt bei der Blockade am 25. Juli. Im sogenannten Transitverkehr fahren Schiffe mit UF6 an Bord vor allem aus Kanada kommend durch den Hamburger Hafen. Ihre Fracht geht zum Teil nach Rotterdam, wo der Umschlag für die Urenco Anlagen in Almelo und Gronau stattfindet. Andere Anlaufländer sind Frankreich (Pierrelatte) und auch Japan.

Uranerz aus dem Apartheidsstaat

Bekannt sind inzwischen auch Transporte mit Urankonzentrat aus dem rassistischen Südafrika über den Hamburger Hafen. Mit der "Waterberg" kommt das U3O8 z.B. zur HHLA, wird hier meist für einige Tage zwischengelagert, bevor es dann auf den Weg nach Kanada gebracht wird, z.B. mit den Schiffen "Canmar Ambassador" oder der "Khudos Phakomov". Kanada boykottiert offiziell allerdings Südafrika. Nach Angaben des HHLA-Chefs Helmut Kern hat der Umweg aber nichts mit einer Umdeklarierung des Herkunftlands zu tun. Den kanadischen Behörden sollen Einfuhrgenehmigungen vorliegen, aus denen das Herkunftsland Südafrika ersichtlich ist.

Zwei Broschüren zum Thema Atomtransporte in Hamburg

Ende September trafen sich VertreterInnen einiger Anti-AKW-Initiativen mit dem Hamburger Umweltsenator Jörg Kuhbier, um über eine Broschüre zum Thema Atomtransporte in der Hansestadt zu diskutieren. Dem Gespräch lagen zwei Broschürenentwürfe zu grunde. Die Initiativen wollen die Bevölkerung über die Risiken und Gefahren dieser Transporte und deren Bedeutung für den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke informieren und in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit des Ausstiegs hinweisen. Da es aus Sicht der Initiativen sichere Atomtransporte ebensowenig wie sichere AKWs geben könne, treten sie mit ihrem Broschürenentwurf dafür ein: "Keine Atomtransporte durch Hamburg."
Hinweise auf einen angestrebten Atomausstieg sind in dem Entwurf der Umweltbehörde nicht enthalten. Zwar unterstrich Jörg Kuhbier auf dem Treffen, daß er politisch am Ausstieg aus der Atomenergie festhalte. Allerdings seien für ihn bundespolitische Mehrheiten und die Entwicklung eines energiepolitischen Konzepts Vorraussetzung für eine solche Politik. Als Chef der Umweltbehörde müsse er sich jedoch an den Gegebenheiten orientieren. Insofern solle der Entwurf der Umweltbehörde lediglich "sachliche Informationen" für die Bevölkerung bereitstellen.

Darunter versteht die Behörde die Aussage, daß schwere Unfälle beim Transport hochaktiver Materialien "sehr unwahrscheinlich" sind. Immerhin geht der Behördenentwurf dann aber auf die möglichen Konsequenzen dieses berühmten verbleibenden "Restrisikos" ein. Sollte es zur Freisetzung von Radioaktivität in Folge eines Unfalls mit abgebrannten Brennelementen kommen, so müsse damit gerechnet werden, das ein Gebiet im Umkreis von einem Kilometer "langfristig von den Bewohnern verlassen werden müßte." Außerdem würden im Umkreis von sechs Kilometern aufwendige Dekontaminationen erforderlich. Das Risiko von Krebserkrankungen würde durch die Strahlenbelastung in jedem Fall ansteigen.

Aus Sicht der Inis, so wurde auf dem Treffen festgestellt, ist der Entwurf der Umweltbehörde in hohem Maße verharmlosend. Das besagte Restrisiko sei - das habe spätestens Tschernobyl klar gemacht - unverantwortlich und unakzeptabel. Von "Sachlichkeit" des Umweltbehördenentwurfs könne überhaupt keine Rede sein. So sei z.B. die von der Behörde aufgestellte Forderung, daß die Transporteinhalte bereits beim Versender wirksamer kontrolliert werden müssen, bloße Augenwischerei. Der Skandal um die Müllfässer in Hanau und Mol hätte mehr als deutlich gezeigt, daß eine Kontrolle nicht funktionieren könne. Ähnlich wurde auch die Forderung der Umweltbehörde interpretiert, künftig keine Transporte mit hochaktiven Stoffen durch die "Ballungszentren" der Hansestadt zu führen. Von seiten der Initiativen wurde dem entgegengehalten, daß es nur ein "Ballungszentrum Hamburg" gibt. Von Kuhbier wollten sie wissen, ob er Bergedorf für ein solches Ballungszentrum halte oder nicht. Darüber hinaus muß man wissen, daß Transporte mit hochaktiven Stoffen überwiegend von der Bundesbahn durchgeführt werden. Für abgebrannte Brennelemente zum Beispiel aus dem AKW Brunsbüttel zur Wiederaufarbeitung nach La Hague stehen lediglich zwei Strecken durch Hamburg zur Verfügung. Hauptsächlich gehen diese Transporte über die sogenannte Intercity-Linie über Eidelstedt, Holstenstraße und Hauptbahnhof. Als Ausweichstrecke steht die Güterumgehungsbahn Ost zur Verfügung, die zum Beispiel durch Alstertal und Barmbeck führt.

Auf den Vorwurf, daß der Behördenentwurf eine "Beruhigungspille" sei, reagierte Jörg Kuhbier mit der Zusage, daß er den Entwurf nochmals durchsehen wolle. Sollte sich zeigen, daß die Vorwürfe berechtigt sind, will er eine "politische Präambel" hinzufügen. Dabei stellte Kuhbier eine erneute Diskussion über die Risiken der Atomtransporte für Anfang 1990 in Aussicht. Dann soll das Gutachten der "Gruppe Ökologie" vorliegen, das die Hamburg-spezifischen Risiken der Atomtransporte aufdecken soll.

Da in der Frage des Ausstiegs keine Einigung möglich war, wollen die Bürgerinitiativen nun ihre Broschüre in eigener Regie verteilen. 20 000 Exemplare (Bestelladresse siehe unten) sollen in der ersten Auflage verteilt werden.

Dies ist die Situation und der atomare Alltag in Hamburg und Anzeichen für einen Ausstieg aus der Atomenergie sind bis heute nicht zu entdecken.

DIE US-ATOMWAFFENMÜLL-TRANSPORTE DURCH HAMBURG ZUR ASSE IM FRÜHJAHR/SOMMER 1990

Im Gegenteil: Im nächsten Jahr werden weitere neue Atomtransporte durch den Hamburger Hafen gehen. Atommüll aus der US-Atomwaffenproduktion soll zu "Testzwecken" von Hanford über Hamburg zur Asse bei Salzgitter transportiert werden.

Mit diesem "Test" wollen die Atombetreiber "beweisen", daß sie die Endlagerproblematik technisch im Griff haben. Der "Entsorgungsnachweis", der in den letzten Jahren auf immer abenteuerlichere Weise herbeigezaubert wurde, ist unabdingbare Vorausetzung für den Weiterbetrieb von Atomanlagen.

Diese geplanten Atomtransporte zeigen aber auch noch etwas anderes. Sie sind der Vorgeschmack auf das, was das praktische Ergebnis aus den geplanten Wiederaufarbeitungsverträgen mit Sellafield und La Hague und der Inbetriebnahme der Zwischenlager in Gorleben und Ahaus, sowie der Endlagerstandorte Schacht Konrad und Gorleben (inclusive der kurz vor Baubeginn stehenden Konditionierungsanlage) sein wird. Infolge des zunehmenden Transportaufkommens werden der norddeutsche Raum und speziell die Hafenstädte (Emden) von hochaktiven strahlenden Atom(müll)transporten überzogen. Die Gefahren durch den unfallfreien Transport, aber auch die Risiken von Unfällen werden drastisch erhöht.

Zielsetzung einer Kampagne gegen die US-Atomtransporte

Ziel einer Kampagne gegen die geplanten Transporte von Atommüll aus den USA über Hamburg zur Asse muß es sein, daß die Transporte gar nicht erst stattfinden. Offenbar haben sich inzwischen in den USA verschiedene Gruppen zusammengefunden, die dieses Ziel verfolgen.

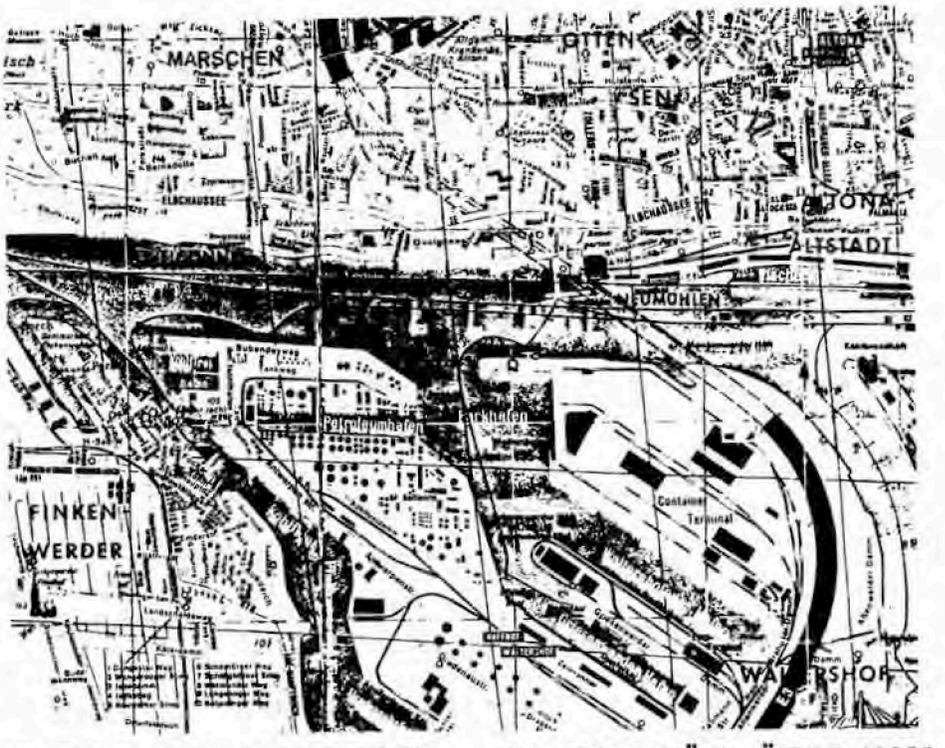
Für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung wird es in den nächsten Wochen und Monaten darum gehen müssen, auf den verschiedensten politischen Ebenen, unterstützt durch eine umfangreiche Informationspolitik, den Druck auf die staatlichen Entscheidungs- und Verantwortungsinstanzen zu entwickeln, der diese in eine öffentliche Auseinandersetzung um unsere Forderungen zwingt. Dies bedeutet eine möglichst vielseitige Politik zu entwickeln, in der Inititativen gegenüber dem Senat und im parlamentarischen Raum ebenso ergriffen werden müssen, wie Aktionen bei zuständigen Behörden, Umschlagsunternehmen und Debatten mit den Parteien.

Dort, wo sich Möglichkeiten zur Diskussion und zum politischen Streit ergeben, müssen diese geführt werden. Ziel einer Bündnispolitik muß es sein, alle diejenigen, die gegen den Weiterbetrieb von Atomanlagen und für den Ausstieg aus der Atomenergie eintreten, in einer Kampagne einzubinden.

So notwendig und wichtig eines solche Orientierung und Ausrichtung ist, - direkte Aktionen gegen Alltag der Atomindustrie bleiben für eine erfolgreiche Politik unverzichtbar. In diesem Sinne bekommt das Schweden-Geschäft mit der M/S "Godewind" für uns ein neues Gewicht. Durch erfolgreiche Blockaden und Behinderungen gegen diese Atomtransporte unterstreichen wir nicht nur aktuell unsere Entschlossenheit, den Transport radioaktiver Stoffe zu verhindern, um das Ziel der Stillegung aller Atomanlagen zu erreichen. An der "Godewind" müssen wir nun deutlich machen, daß der politische Preis für die Gegenseite in die Höhe getrieben wird und das es in keinem Fall einen ungestörten Ablauf der geplanten US-Transporte in Hamburg geben wird. Die Aktionen gegen die Godewind-Transporte und der Versuch, diese in Hamburg politisch nicht länger durchsetzbar zu machen, sind insofern die deutlichste Antwort auf den Versuch, weitere Atomtransporte nach Hamburg zu holen und darüber hinaus den unbefristeten Weiterbetrieb von Atomanlagen zu organisieren.
Dirk Seifert

Kontakt: Hamburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o D. Seifert, Mottenburger Twiete 10, 2 HH 50

Anlegestelle des Atomfrachters "MS Godewind"



WIEDER EIN ATOMTRANSPORT DER MS GODEWIND IM HAMBURGER HAFEN BLOCKIERT

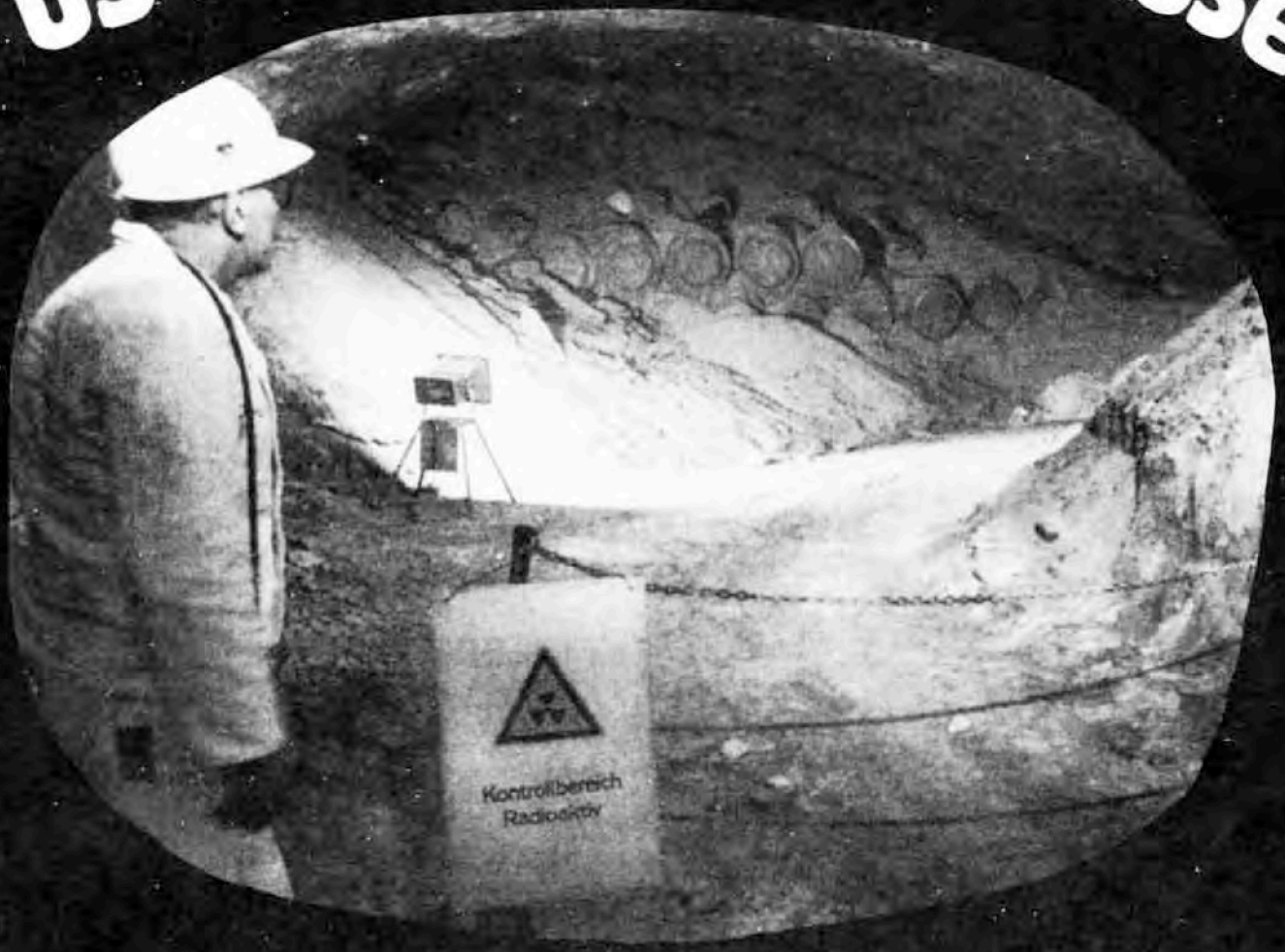
In der Nacht des 7./8. Oktober 89 gelang es ca 60 AKW-GegnerInnen den mit zwei LKWs der Spedition Thomsen (100% DB-Tochter) beladenen Atomfrachter "MS Godewind" am Anleger der senatseigenen Hamburger und Lagerhaus AG (HHLA) für ca. drei Stunden zu behindern. Die Godewind war damit das 23. Mal in diesem Jahr in Hamburg und kam mit 140 Behältern Urandioxid (verteilt auf vier Container) aus Schweden. Da zum Zeitpunkt des Eintreffens der DemonstrantInnen keine Polizei vor Ort war (ständige Polizeipräsenz ist wohl zu teuer!?), wurde die Blockade unfreiwillig durch einen Anwalt der Siemens AG (vertritt ebenfalls die HHLA und die Spedition Thomsen) und den Spediteur Thomsen begonnen. Beide versperrten mit ihren PKWs die Zufahrt zur Roll on Roll off-Anlage am Dradenau-Hafen. Die AKW-GegnerInnen unterstützten sie dabei durch herumliegende Holzbalken und Stahlrohre. Größere Polizeikräfte (60 Beamte) trafen erst nach 1,5 Stunden am Blockadeort ein. Zuvor mußte das HHLA-Tor von der Feuerwehr von einem Kettenschloß befreit werden.
Nachdem die Polizei eine "nicht angemeldete Demonstration" ausgemacht hatte, bzw. der Siemens-Anwalt erst nach einer halbstündigen Diskussion sein Hausrecht auf HHLA-Gelände gegenüber der Polizei deutlich machen konnte, sicherte sie den DemonstrantInnen ebenfalls eine halbe Stunde zum Verlassen des Geländes zu. Die AKW-GegnerInnen verließen nach Zusicherung "freien Geleits" das HHLA-Gelände, um sich vor dem Tor zu einer neuen Blockade zu formieren. Von der Polizei begleitet, wurde der zweite Blockade-Versuch jedoch sofort aufgelöst und die zwei Atom-LKWs konnten daraufhin leider unbehelligt das HHLA-Gelände verlassen.

US-ATOMMÜLL ÜBER HAMBURG NACH ASSE UND GORLEBEN?

Von Januar bis Frühsommer (Herbst?) 1990 sollen dreißig Glaskokillen mit hochradioaktivem Material (Cäsium 137 und Strontium 90) in drei Transporten von je zwei Containern aus den USA in die BRD gebracht werden. Die schon Anfang der 80er Jahre bei der Atombombenfabrik "Pacific Northwest Laboratories" bestellte Fracht soll zunächst ca. 350 km zum US-Hafen Portland gefahren und dann höchstwahrscheinlich nach Hamburg verschifft werden, um von dort in das Kernforschungszentrum Karlsruhe und weiter in das stillgelegte Salzbergwerk Asse in Niedersachsen transportiert zu werden. Dort will das Institut für Tieflagerung der bundeseigenen Gesellschaft für Strahlen-Umweltforschung (GSF) erkunden, ob der Salzstock die Lagerung des Strahlenmülls aushält. Daraus sollen Rückschlüsse gezogen werden, ob sich auch die Salzkaverne in Gorleben als Endlager für hochradioaktive Stoffe eignen. Dann soll das Material, wenn das Experiment nach fünf Jahren abgeschlossen ist, wohl an dem Ort landen, zu dessen Erprobung es angeschafft wurde: in Gorleben.
Der Import des 40 Mio. DM teuren Atommülls muß als Herausforderung an die gesamte Anti-AKW-Bewegung verstanden und beantwortet werden. Ist Hamburg durch die Skandinavientransporte des Atomfrachters "Godewind" und ihre Behinderung als internationale Drehscheibe des Atomhandels bekannt geworden, so gilt es jetzt, den Widerstand auf der Ebene größerer Mobilisierung fortzusetzen. Neben der Forderung nach einem Einfuhrstop des US-Atommülls muß es darum gehen, Behinderungsaktionen in Hamburg und anderswo zu organisieren. Aktionen gegen die "MS Godewind" können dazu ein guter Auftakt sein!
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM!

Atomtransporte-Gruppe Hamburg

US-Atommüll in die Asse



Für 40 Millionen Mark hat die Bundesregierung in den USA ein Zeug gekauft, von dem sie selbst so viel hat, daß sie nicht weiß wohin damit: hochradioaktive Abfälle. Laut Forschungsministerium handelt es sich um ein besonders gefährliches Gemisch, das in der BRD so nicht vorhanden sei, zur Erprobung von Salzstöcken als atomare Endlager aber benötigt werde. Die Erprobung soll im Salzstock der Asse laufen, obwohl mehr als zweifelhaft ist, ob sich die dort gewonnenen Erkenntnisse auf Gorleben übertragen lassen.

Aber wissenschaftliche Erkenntnisse (die schon seit längerem die Eignung von Salzstöcken generell anzweifeln) fechten die Bundesregierung und die Atomwirtschaft ohnehin wenig an. Der skandalöse US-Deal zeigt, was sie sich die Durchsetzung ihres Endlagerkonzeptes kosten lassen wollen — finanziell und politisch.

In den USA regt sich schon Widerstand gegen den brisanten Transport. Der Gouverneur des betroffenen Bundesstaates Oregon hat für den Transport weitreichende Sicherheitsauflagen verlangt, beispielsweise Vorkehrungen für gefährliche Wetterlagen. Dennoch wollen Anti-AKW-Aktivisten den Transport überhaupt verhindern. Das steht auch für die BRD an, wo das Zeug im Frühjahr im Hamburger Hafen ankommen soll. Unklar ist noch, ob es dann zunächst zum "Umpacken" ins Kernforschungszentrum Karsruhe gebracht, oder direkt zur Asse transportiert wird. Fünf Jahre später, nach der "Erprobungsphase" soll das Zeug dann ins Zwischenlager Gorleben. Ansatzpunkte genug für die Anti-AKW-Bewegung, die zweifelhafte "Erprobung" noch zu ver/behindern. Die Bedingungen dafür sind günstig. Denn obwohl der Plan selbst Insidern lange bekannt war, schlug die Sache doch hohe Wellen, als ausgerechnet "Bild am Sonntag" nunmehr voller Empörung darüber berichtete und den Termin bekanntgab. Einer großen Öffentlichkeit ist klargeworden, daß am Atomprogramm weitergebastelt und — bezüglich der Endlagerung — schon in der Vorphase mit einem unheimlichen Gefahrenpotential herumexperimentiert wird. Das ist einer von den Vorgängen, über die der nach Wackersdorf angestrebte neue "energiepolitische Konsens" stolpern könnte. Wir sollten sie nutzen.

In Bonn gab's schon den ersten parlamentarische Trara zu dem Deal. Was an nennenswerten Informationen dabei herauskam, schildert unser Mann vor Ort.

Protokoll einer parlamentarischen Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion, 4.10.89

(in Auszügen)

Frau Wollny (Grüne): Warum werden für die Testlagerung im Salzstock Asse keine hochaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente verwendet, und inwieweit dienen die Testlagerungen als Prototyplagerungen für die zukünftige Lagerung ausländischer hochaktiver Abfälle in bundesdeutschen Endlagern?

Dr. Probst, Parl. Staatssekretär: Zur Zeit der Herstellung der Versuchsquellen, nämlich 1985 bis 1987, waren in der Bundesrepublik und im europäischen Ausland, in Frankreich, England oder Belgien, weder echte *verglaste Abfälle* noch die relevanten Spaltprodukte Cäsium 137 und Strontium 90 in der der Spezifikation entsprechenden Menge verfügbar. Außerdem fehlten die technischen Möglichkeiten, die Glasblöcke nach der vorgegebenen Spezifikation zu produzieren.

Ich muß anmerken, das von den USA erworbene Cäsium und Strontium stand dort bereits für kommerzielle Zwecke zur Verfügung, z.B. für die Bestrahlung und dadurch die Entkeimung von Klärschlämmen.

Die Bundesregierung hat mehrfach, zuletzt im Rahmen des Kabinettsbeschlusses vom 6. Juni dieses Jahres, betont, daß eine *Endlagerung ausländischer radioaktiver Abfälle* in der Bundesrepublik nicht in Frage kommt.

Frau Wollny (Grüne): Sie sagten, daß zwischen 1985 und 1987 keine Möglichkeit zur Verglasung in Europa bestand. Wie können Sie dann behaupten, daß die Verglasung radioaktiver Abfälle in Europa erprobt sei?

Dr. Probst, Parl. Staatssekretär: Nicht in dem großtechnischen Maßstab, Frau Kollegin. Wir brauchen hier mehr als 30 Kokillen in der Auslegung von einem Meter Höhe und etwa 25 cm Durchmesser und mit ganz bestimmter Strahlungsauslegung, um einen realen 1:1-Versuch durchführen zu können. Da das in der Bundesrepublik Deutschland zum Zeitpunkt der Konzipierung des gesamten Versuchs, aber auch später, zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit Amerika, nach sorgfältiger Recherchierung nicht erhältlich war, wurde der Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen. Aber was tut's: Es kann ein europäisches, ein amerikanisches Material sein, Sie würden Ihre Frage in jedem Falle stellen.

Dr. Lippelt (Grüne): Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie zunächst gesagt haben, Sie nähmen das Material erst einmal in Zwischenlagerung, bis ein Endlager gefunden sei? In der letzten Anwort haben Sie auf den Beschluß der Bundesregierung verwiesen, daß ausländische Materialien in Deutschland nicht endgelagert werden. Meinen Sie, durch den Kauf werde aus ausländischem Material bundesrepublikanisches Material, und wieviel mehr wollen Sie in Zukunft noch kaufen, um nicht diesen Widerspruch entstehen zu lassen, den Sie hier soeben vorgetragen haben?

Dr. Probst, Parl. Staatssekretär: Da wir bisweilen atomaren Sprengstoff oder spaltbares Material aus dem Ausland auch aus dem Bereich der Medizin oder anderen Bereichen beziehen und es sich hier um Versuchsmaterial handelt, ist das nicht Material im Sinne von abgebrannten und wiederaufgearbeiteten nuklearen Brennstäben. Also, kein Widerspruch, Herr Kollege.

(**Dr. Lippelt** (Grüne): Die Geheimnisse der Atomindustrie sind unerfindlich!)

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Seit Jahren geplant, immer wieder verschoben, Seit anfang der 80er Jahre plant die Bundesregierung und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung die Testlagerung von hochaktiven Abfällen im Salzbergwerk ASSE. Bisher wurden in der ASSE Tests mit mittelaktiven Abfällen gefahren. Neben der Tatsache, daß zwischen 1967 und 1978 schwach- und mittelaktive Abfälle in der ASSE eingelagert wurden, wird die ASSE heute als Testendlager benutzt, um Erkenntnisse für die Lagerung radioaktiver Abfälle im Salzgestein zu gewinnen.

Für die Einlagerung der hochaktiven Glaskokillen aus den USA wurden in der ASSE eigens aufwendige Testvorrichtungen installiert. Dadurch wird verhindert, daß die Glaskokillen vom Salz umschlossen werden und möglicherweise im Salz auf Wanderschaft gehen. Um nun die künstlich geschaffenen Barrieren zu überwinden, braucht man stärker wärmeentwickelndes und strahlenintensiveres Material als aus der WAA in Karlsruhe oder La Hague eh vorhanden ist. Mit dieser Begründung wurde nach Aussagen der Bundesregierung das Material in der spezifischen Zusammensetzung in den USA eingekauft. Ziel und Zweck der Tests ist die Erforschung der Reaktion von Salz auf hochradioaktive Abfälle. Die Ergebnisse dieser Tests sollen Anhaltspunkte und Grundlage für das spätere Endlager in Gorleben geben. Mit anderen Worten: Die Testergebnisse in der ASSE werden Bestandteil der späteren Antragsunterlagen im Planfeststellungsverfahren für Gorleben.

Zwischen Januar und Frühsommer 1990 sollen die 30 Glaskokillen in drei Transporten aus den USA nach ASSE transportiert werden. Vermutlich werden sie auf dem direkten Wege vom Hamburger Hafen zur ASSE transportiert. Die Strahlenquellen (Glaskokillen) bestehen aus Cäsium 137 und Strontium 90. Fabriziert werden sie in der militärischen Wiederaufarbeitungsanlage Hanford/USA. Da solcherart Material unter anderen Umständen angeblich zur Lebensmittelbestrahlung und Entkeimung von Klärschlämmen eingesetzt wird, stellt sich die Bundesregierung auf den Standpunkt, daß mit den 30 Gladkokillen kein radioaktiver Abfall, sondern Wirtschaftsgut importiert wird. Im Laufe der für 5 Jahre geplanten Tests in der ASSE wird das Material allerdings zu deutschem Atommüll. Nach den Tests und bei möglichen Störfällen oder notwendigem Abbruch der Versuche, sollen die Glaskokillen dann als radioaktive Abfälle ins Zwischenlager (Castorlager) Gorleben verbracht werden. Irgendwann dann ins Endlager für hochaktive Abfälle (Gorleben).

Zur Zeit ist angeblich noch nicht entschieden auf welcher rechtlichen Grundlage die Einlagerung in der ASSE geschehen soll. Angeblich prüft Töpfer noch, ob der § 9a Atomgesetz Anwendung findet, was ein aufwendiges Planfeststellungsverfahren bedeuten würde, oder ob eine Genehmigung nach § 3 Strahlenschutzverordnung erfolgen soll. In Anbetracht der geplanten Einlagerung zu Beginn nächsten Jahres dürfte offensichtlich sein, daß ein Planfeststellungsverfahren ausscheidet.

An dem Versuchsprojekt in der ASSE sind neben der BRD auch die USA, Frankreich, Spanien und die Niederlande beteiligt. Insofern geht es um ein internationales Projekt und von den Ergebnissen werden alle Beteiligten profitieren. Die Vermutung liegt nahe, daß sich auf diesem Wege die Internationalisierung bundesdeutscher Endlager ein Stück mehr realisiert.

Die Herstellung der Glaskokillen in den USA wird von der Bundesregierung u.a. damit begründet, daß somit eine Unterstützung für die Weiterentwicklung der Verglasungstechnik für hochaktive Abfälle in den USA selbst gewährt wurde. Zum anderen bestehen in Europa keine Verglasungstechniken, die in der Lage gewesen wären, derartige Galskokillen herzustellen. Damit wird indirekt bestätigt, daß bisherige Behauptungen, wonach man die Verglasung der hochaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im Griff und erprobt habe, einer tatsächlichen Überprüfung nicht standhalten. Die DWK betreibt seit Jahren die Verglasungsanlage "Pamela" in Mol/Belgien. Folglich kann man oder muß man schlußfolgern: Genausowenig wie man in der Lage war, die Testkokillen für die ASSE herzustellen, genausowenig ist man in der Lage, die bereits reichlich vorhandenen hochaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Karlsruhe und La Hague zu Glaskokillen zu verarbeiten.

Am 8.10. wurde auf dem Gedelitz-Treffen diverser BIs aus dem norddeutschen Raum beschlossen, zunächst die Einlagerung der Galskokillen in der ASSE zu verhindern und gegebenenfalls die Transporte massiv zu behindern. Deshalb werden jetzt Kontakte zu Gruppen in den USA aufgenommen und in Zusammenarbeit mit den Gruppen in den USA soll der Transport zu Fall gebracht werden. Es bestehen gute Chancen auf diese Art und Weise rechtzeitig über den Termin und Transportweg informiert zu sein. So läßt sich der Widerstand dann zielgerecht organisieren.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Ungefähr 300 DemonstrantInnen sind es dann tatsächlich, die sich am Samstagnachmittag am Trafo-Häuschen zwischen End- und Zwischenlager versammelt haben. Die Lüneburger AKW-GegnerInnen sind einmal mehr in einem Autokorso angereist, der, wenn auch nicht übermäßig lang (aber mit Katalysator!), doch für einige Aufmerksamkeit während der Anfahrt sorgte. Überraschend große Unterstützung erhalten die Norddeutschen durch die Ankunft von zwei Bussen mit unverkennbar bayerischer Herkunft - rund achtzig DemonstrantInnen aus dem Raum Wackersdorf haben die lange Anreise nicht gescheut und steigen trotz der ermüdenden Fahrt bester Laune aus ihren Fahrzeugen. Von nun ab dominiert der Oberpfälzer Akzent.

Mönckmeyer tritt auf

Während einige Anti-AKW-AktivistInnen mit dem Bau einer Hütte beginnen, die als künftiger Treffpunkt und Hoffnungsträger auf ein ganzes Hüttendorf gedacht ist, nutzt ein großer Teil der Anwesenden, das Gelände der geplanten PKA zu inspizieren. Zweifellos liegt es nahe, dabei auch einen Blick auf das Zwischenlager zu werfen. Allerdings geht das am besten, wenn mensch zu diesem Zweck den Wall, der das Lager umschließt, besteigt, und das sieht die Polizei gar nicht gerne. Doch den Bandwurm von DemonstrantInnen, der bald das Zwischenlager umrundet, stehen die Ordnungshüter ziemlich hilflos gegenüber.
Inzwischen konnten beim Hüttenbau die ersten Eckpfosten gesetzt werden. Um den Standort auf dem Waldgelände des Grafen von Bernstorff, unmittelbar an der Straße nach Gedelitz und mit Blickkontakt zu End-und Zwischenlager, hatte es auf dem Gedelitz-Treffen Anfang September noch heftige Auseinandersetzungen gegeben. Die damals formulierte Absicht, in unmittelbarer Nähe zum PKA-Gelände ein "eigenes" Terrain zu pachten oder zur Verfügung gestellt zu bekommen, um dort durch Hütten, Türme o.ä. ständige Präsenz zu üben, war seinerzeit als Ausdruck von Schwäche gebrandmarkt worden. Stattdessen wurde gefordert, durch den Bau von Hütten auf dem PKA-Gelände selbst eine Auseinandersetzung mit provokativerem Charakter zu führen. In der Folgezeit hatte sich diese Position allerdings nicht durchsetzen können.
Das jedoch selbst in einem kleinen Unterstand auf dem privaten Gelände eines "Entsorgungs"-Gegners Konfliktstoff liegt, beweist Polizei-Einsatzleiter Mönckmeyer. Die Hütte, die mittlerweile erkennbare Formen angenommen hat, läßt ihn nicht zögern, eine klare Ordnungswidrigkeit festzustellen. Die Intervention der Polizei-Kohorten, ausgesandt um die wilde Bautätigkeit zu unterbinden, kann jedoch rechtzeitig abgewiesen werden, da die AKW-GegnerInnen sich die Interpretation baurechtlicher Bestimmungen nicht vorschreiben lassen wollen. Nachdem der beabsichtigte Hausfriedensbruch durch die Polizei nach kurzem Gerangel mit anschließender Kettenbildung verhindert worden ist, beweisen vor allem die BayerInnen durch argumentative Hartnäckigkeit, wie die Einsatzleitung von unsoliden Befehlen abzuhalten ist. Selbst nach herrschendem Rechtsverständnis würde der gewalttätige Einsatz einer Hundertschaft wegen einer banalen Ordnungswidrigkeit allen Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit widersprechen. Dabei ist es aber wohl weniger die Einsicht in Wackersdorfsche Argumentationsmuster als die Tatsache, daß Einsatzleiter Mönckmeyer und seine Kollegen (die Kolleginnen bekleiden nur untergeordnete Ränge) dem Oberpfälzer Diskussionseifer wie gebannt gegenüber stehen. Schließlich verläßt der grüne Stoßtrupp den Wald unverrichteter Dinge wieder.
Im zweiten Versuch darf die Einsatzleitung, diesesmal moralisch unterstützt durch einen Vertreter des Lüchow-Dannenberger Bauamtes, zwar die Baustelle besichtigen, kann ihrer Rechtsauffassung aber wiederum nicht gegen die versierte Interpretation der AtomkraftgegnerInnen zum Durchbruch verhelfen. Grübelnd und auf irgendwelche Ausschüsse des Landkreises hoffend gibt Mönckmeyer auch diesen Interventionsversuch auf. Die Hütte, nun als Schutzhütte nach Forstrecht definiert, bleibt.
Wie sehr die Hoffnung auf Verhandlungen den Blick für das Wesentliche trüben kann, beweisen währenddessen die skandalösen Machenschaften des Atomplenums Hannover. Ungehindert können sie ein Katapult in Stellung bringen, das zwar über eine Reichweite von zwei Metern nicht hinauskommt, aber genau auf das Zwischenlager gerichtet ist. Selbstironisch drohen die HannoveranerInnen eine Überarbeitung der Konzeption an.

PKA-Widerstand im Aufwind ?

Die jüngsten "Aktionstage" im Wendland konnten und sollten zum Barometer für die Stimmung im Gorleben-Widerstand werden. Zumindest im Landkreis selbst sowie in den umliegenden Gebieten herrschte einigermaßen gespannte Erwartung: Eine starke Beteiligung mit guten Ideen hätte als ermutigendes Signal hinsichtlich des drohenden Baubeginns der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) gwertet werden können. Und auch wenn die Mobilisierung gegen die PKA nicht vollkommen deckungsgleich mit der gegen den Castor-Transport sein mag, wären lebhafte Aktionstage doch auch ein Hinweis auf die Widerstandsbereitschaft gegen Atommülltransporte gewesen.

Schließlich wird es immer dunkler, und die meisten DemonstrantInnen verlassen das Gelände der fast fertiggestellten Hütte.
Am Abend dann die angekündigte Informationsveranstaltung zur "Europäisierung der Atomwirtschaft". (siehe dazu nebenstehenden Kasten) Die Veranstaltung beginnt allerdings mit Verspätung, und die sechs Redebeiträge sind lang, so daß sich vor allem von den WackersdorferInnen immer mehr nach ihren Schlafplätzen sehnen. Der geplante Nachtspaziergang, der noch einmal zu Unruhe an den Zäunen des Atomkomplexes führen soll, fällt daher aus.
Einige AktivistInnen haben sich ohnehin schon in Richtung Hamburger Hafen abgesetzt um dort bei der Blockade der angekündigten "Godewind" mitzumachen. Bewußt war zuvor über die Beteiligung an dieser Aktion diskutiert worden, um den Eindruck von Spaltung oder Konkurrenz von vornherein auszuschließen.
Am Sonntag morgen treffen sich die Norddeutschen mit den BayerInnen nocheinmal an der Hütte zum Frühschoppen um politische Meinungen auszutauschen. Anschließend machen sich die OberpfälzerInnen auf den langen Nachhauseweg, während in der Gaststätte Santelmann das Gedelitz-Treffen beginnt. (siehe gesonderten Beitrag)

Eine kleine Bewertung

Wie sind die "Aktionstage" einzuschätzen ?
Zunächst kommt mensch nicht darum hin, die Verwendung des Begriffs "Aktionstage" bei allen guten Absichten, die damit verbunden gewesen sein mögen, als politische Hochstapelei zu bezeichnen. Dem Anspruch solcher Tage wurde das Wochenende nicht gerecht, denn ein aktionsorientierter Nachmittag, erweitert um eine Info-Veranstaltung, einen Frühschoppen und eine Bewegungskonferenz, verdient einen solchen Namen schlicht nicht. die taktisch mobilisierende Benutzung des Begriffs scheint unverkennbar, doch sollten sich alle Beteiligten vor der politischen Entwertung entsprechender Begriffe hüten, um nicht letztendlich Opfer überzogener Erwartungen zu werden, die immer auch ein demobilisierendes Element beinhalten. Vielleicht aber ist der Gebrauch des Wortes "Aktionstage" auch Ausdruck der Verhältnisse im Gorleben-Widerstand. Die Situation ist sicher nach wie vor so, daß das Backen kleiner Brötchen eher angesagt ist als das Auftischen einer großen Festtagstorte. Wenn unter solchen Vorzeichen die Aussicht auf eine mittelgroße Veranstaltung besteht, mag das die eine oder den anderen zu erwartungsschwangerem Vokabular verleiten, rechtfertigen tut es ein solches Verhalten nicht.

Wem das zu feuilletonistisch ist, soll sich an die konkreten Tatsachen halten. Die Beteiligung am Samstagnachmittag war mit etwa 300 Personen maßvoll. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß die FreundInnen aus der Oberpfalz allein ein knappes Drittel der DemonstrantInnen ausmachten. Zieht mensch ihren Anteil ab, erscheint die Mobilisierung, die doch die ganze Region, wenn nicht ganz Norddeutschland, erfassen sollte, in einem anderen Licht.
Nicht zuletzt der WendländerInnen selbst war einmal mehr begrenzt. Zwar fanden schon deutlich mehr den Weg zum Lagergelände als am 2./3. Juli während der Aktion "Tag und Nacht gegen die PKA", doch kann von einem lokalen Protest- und Widerstandspotential, das mehr als symbolisch wirken will, offensichtlich noch keine Rede sein. Dabei zeigt das Interesse an Informations- und Diskussionsveranstaltungen, nicht zuletzt bei der am Samstagabend, die auch von Einheimischen gut besucht war, daß die Atomkraftthematik zumindest auf der Bewußtseinsebene ihre Bedeutung nicht eingebüßt hat. Was aber resultiert daraus für den sogenannten Ernstfall - Rodungsbeginn oder Atommülltransport, sei es ein Castor- oder ein Faßtransport? Wo sind all die Atomkraftgegnerinnen, die aus dem Wendländischen 300-Leute-Konzept ein 700-Leute-Konzept gegen die erste Einlagerung hochradioaktiven Atommülls haben entstehen lassen? Ist es möglich, daß sich in den Köpfen eine deutliche Trennung zwischen dem Widerstand gegen Transporte und dem gegen die PKA vollzieht? - Kaum vorstellbar. Immerhin zeichnen sich Reorganisationstendenzen ab, auch wenn sie sich nur recht schleppend zu entwickeln scheinen.
Das Engagement der Auswertigen im Wendland ist nach wie vor nicht besonders weit entwickelt. Zwar waren an diesem Wochenende mehr AKW-GegnerInnen von außerhalb in Gorleben als seit langer Zeit, aber das Maß der Beteiligung ist ein deutliches Indiz dafür, daß die PKA im Bewußtsein der Bewegung (noch) nicht den Stellenwert besitz, um zu einem Kristallisationspunkt der überregionalen Anti-AKW-Politik zu werden.
Damit in direktem Zusammenhang steht die Qualität der Veranstaltungen. Das "Aktionswochenende" war ein Beweis mehr, daß schlichte Anwesenheit noch nicht zum "Dorn im Auge der Atommafia" (Atomplenum Hannover) wird. Zuviele der DemonstrantInnen waren einfach nur da, wußten z.T. nicht so recht, was sie anfangen sollten und verspührten manchmal ein gewisses Gefühl von Lehrlauf. Am Samstag hätte mehr, vor allem auf dem Gelände der PKA, geschehen können und müssen. Über die Art der Aktion sei damit noch nichts gesagt. Allerdings sind Turmbau, Geländebegehungen und -auszeichnungen sowie Grenzsteinversenkungen u.ä. immer denkbar. Tatsache bleibt aber, daß nur Gruppen, die sich kontinuierlich mit einem Standort beschäftigen, in der Lage sind, dort wirklich initiativ zu werden. (Seid bereit!) Das ist in Bezug auf das Wendland im Moment leider kaum der Fall.
Manchem/er mochte sich mit dem happeningartigem Charakter des Nachmittags nicht begnügen. Vor allem diejenigen, die zu einer "Politik der kleinen Nadelstiche" zurückkehren möchten, fehlte der provokative Biß an diesem Tag. Diese Einschätzung ist sicherlich zutreffend, aber bestand darin die wesentliche zielsetzung des Wochenendes?

Selbst die HannoveranerInnen verbanden mit ihrem berüchtigten "Dorn im Auge" zunächst einmal Schritte mit eher symbolischem Charakter und der Perspektive auf Weiterentwicklung. Es ging nicht in erster Linie darum, dieses oder jenes zu behindern oder in eine grüne Wiese zurückzuverwandeln. Der Gedanke war, gemeinsam wieder einen Anfang zu machen, sich vor Ort zu installieren, um Flagge zu zeigen und um einen Anlaufpunkt zu haben, von dem aus sich dann mehr entwickeln kann. In diesem Sinn bestand der Wert des Sonnabends in seinem über den Tag hinaus weisenden Charakter. Das mag dem einen oder der anderen als kümmerlicher Rückschritt erscheinen, die Verhältnisse sind nun einmal so.
Inwieweit es in nächster Zeit gelingt, die Auseinandersetzung um die PKA zu intensivieren, auf eine breitere Basis zu stellen und aus Protest Widerstand zu machen, ist schwer zu sagen.
Nach wie vor gilt die Verlautbarung des niedersächsischen Umweltministeriums, noch vor der Jahreswende die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) erteilen zu wollen. Das bedeutet, daß theoretisch bereits in diesem Jahr mit Rodungsarbeiten gerechnet werden muß. Im Moment wird noch die Zustimmung des Gorlebener Gemeinderates im Rahmen des Genehmigungsverfahrens abgewartet. Sie ist juristisch zwar nicht bindend, aus politischen Erwägungen aber wohl gewünscht. Danach steht dem Baubeginn formal nichts mehr im Wege.

Ebenso brisant wie die WAA

Die Atommafia käme mit dem Bau einer Konditionierungsanlage ihrem alten Konzept vom nuklearen Entsorgungszentrum (NEZ) sehr nahe. Lediglich die chemische Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente wird nicht verwirklicht. Die Brisanz der PKA wird dadurch nicht geringer. Mit einer projektierten Jahreskapazität von zunächst 35 Tonnen Schwermetall sollen in der Anlage vor allem solche Brennelemente "endlagerfähig" gemacht werden, die aufgrund ihrer besonders problematischen Qualität (z.B. hoher Abbrand) bzw. wegen hoher Prozeßkosten nicht wieder aufgearbeitet werden können. Zum Verarbeitungsprogramm gehören darüberhinaus die Hunderte von Tonnen, die von der Wiederaufarbeitung aus Frankreich und England zurückkommen.
Beim Konditionierungsprozeß werden in erheblichem Maße radioaktive Stoffe aus der "Heißen Zelle" über einen 60 Meter hohen Schornstein freigesetzt. Abgefiltert werden nur Feststoffe, Edelgase wie Krypton 85 entweichen ungehindert. Weltweit wäre die PKA die erste Anlage ihrer Art, sodaß mit Unregelmäßigkeiten und Unfällen zu rechnen ist.
Langfristig existieren Pläne, die Anlage auf einen Jahresdurchsatz von 350 bis 700 Tonnen zu erweitern. Im Rahmen einer europäischen Zusammenarbeit soll dann wahrscheinlich auch ausländischer Atommüll konditioniert werden. Entsprechende Verträge mit England und Frankreich sind bereits unterschriftsreif. Die Zahl der Atomtransporte, die der Betrieb der PKA bedingt ist schon im nationalen Konzept enorm. Die Gruppe Ökologie Hannover geht hinsichtlich der ersten Betriebsphase (offiziell 35 t Jahresdurchsatz) schon von etwa 300 Transporten pro Jahr aus. Eine größere Anlage im europäischen Maßstab würde den Umfang der Atomtransporte mit all ihren Gefahren gewaltig ansteigen lassen.

Gorleben - Wackersdorf und zurück ?

Es ist zweifellos notwendig, mit allen Methoden auf die Gefährlichkeit der PKA in all ihren Dimensionen aufmerksam zu machen. der Kenntnisstand in der Öffentlichkeit ist nach wie vor niedrig. Doch so linear, wie es sich z.B. die Heidegruppe vorstellt(siehe atom 27, S.33), läßt sich aus dem Bewußtsein für eine Bedrohung heutzutage keine Mobilisierung mehr entwickeln. Das destruktive Potential, das die Atomtechnologie in jeder Hinsicht beinhaltet, ist spätestens seit Tschernobyl bekannt. Aber dem öffentlichen Bewußtsein darüber fehlt das politische Moment, um derzeit eine starke Anti-Atomkraft-Bewegung zu reorganisieren. Vor allem mit dem Aus von Wackersdorf scheint zunächst der letzte Standort gefallen zu sein, der für die Anti-Atompolitik eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung mit entsprechend bundesweiten Mobilisierungsmöglichkeiten hatte.
Um trotz allem wieder in die Offensive zu kommen, wird in manchen Diskussionen nach Strategien und Projekten gesucht, die über genügend Konfliktstoff verfügen, um darüber einen energiepolitischen, oder gar gesellschaftspolitischen, Dissens erneut formulieren zu können. Im Rahmen dessen wird auch der Name PKA Gorleben laut.
Aber der politische Charakter einer Konditionierungsanlage ist ein anderer als der einer Wiederaufarbeitungsanlage. Es ist gerade ein Spezifikum der WAA, daß sie durch Aspekte wie Plutoniumwirtschaft/-staat, Proliferation, militärische Nutzung etc. ein ganzes Bündel von Problemen aus verschiedenen gesellschaftlichen Konfliktfeldern integrierte. Dies ermöglichte die Thematisierung des Komplexes in einem größeren Spektrum sozialer Bewegungen (Dritte Welt Gruppen, Friedensbewegung, Grundrechte-Komitees usw.) und eine breite Bündnisarbeit. Ein gesellschaftspolitischer Dissens war also über die WAA vergleichsweise leicht herzustellen. Die endgültige Verlagerung der Wiederaufarbeitung bundesdeutscher Brennelemente ins Ausland scheint bei nicht wenigen atomkraftbewegten Menschen genau die politische Wirkung zu zeigen, die sich die deutschen Verfechter einer europäisierenden Neustrukturierung der Atomwirtschaft versprochen haben. Die brisanten Elemente des Atomprogramms werden auf die eine oder andere Weise eliminiert (Wackersdorf, Kalkar, Hamm-Uentrop), so daß für den Rest des nuklearen

Komplexes die "Hoffnung" auf breite Akzeptanz besteht. Über den Betrieb der (Leichtwasser-) AKWs scheint ein gesellschaftlicher Konsens möglich, wahlweise durch Formeln wie "Langfristiger Ausstieg" oder "Maßnahme gegen den steigenden C02-Gehalt der Luft und den Treibhauseffekt" vermittelt. Und das der Atommüll schließlich irgendwo "sicher" gelagert werden muß, scheint dann nur konsequent. Also scheinen Zwischen- und Endlager ebenso wie Konditionierungsanlage(n) unabdingbar zu sein. Unter diesen veränderten politischen Vorzeichen ist es eben nicht möglich, nach der Exkommunizierung der WAA aus dem bundesdeutschen Atomensemble wieder zur Tagesordnung überzugehen. Es ist vielmehr notwendig, die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung neu zu definieren.

Der Gedanke, den PKA-Widerstand das politische Erbe des WAA-Widerstands antreten zu lassen, ist trotz manch anderer Parallele zwischen den Anlagen abwegig. Es ist m.E. aber sehr wohl möglich, gerade über die Thematisierung der PKA, den energiepolitischen Dissens neu zu formulieren und in die Argumentationsstrategien der Atomkraftbefürworter einzuberechnen. Die PKA nimmt im Atomprogramm keinen zentralen, aber einen bedeutenden Platz ein. Die Lüge vom "Entsorgungskonzept" ist ohnehin offenkundig, mit dem Wegfall der PKA würde sie noch eklatanter. Konditionierung, in welcher Form auch immer, ist im Rahmen der herrschenden Entsorgungslogik ein unverzichtbarer Schritt, um den Atommüll unter die Erde zu bekommen. Politisch ist dieser Prozeß notwendig, um die Option auf den Weiterbetrieb der AKWs aufrechtzuerhalten. Die PKA ist eine Anlage mit ideologischem Charakter, weil sie den Eindruck erweckt, daß sie die atomare Produktionskette schließt und den Entsorgungsnachweis scheinbar sichert.

Zweifellos ist die Konditionierung radioaktiver Abfälle unter technischen Gesichtspunkten auch in den Kraftwerken selbst denkbar, doch würde dies eine teure Konzeptänderung für die DWK und die EVUs bedeuten. Damit verbunden wäre das Problem, daß mit dem Fehlen einer "Heißen Zelle" in Gorleben das Zwischenlager juristisch leichter angreifbar und das Endlager politisch schwerer durchsetzbar wäre. Der Verzicht auf eine Konditionierungsanlage wäre außerdem vor dem Hintergrund der europäischen Kooperation ein Rückschlag, da die deutsche Atomindustrie dann einen Verkaufsschlager weniger im internationalen, nuklearen Kompensationsgeschäft (Aufarbeitung dort, Konditionierung hier) anzubieten hätte. Vor diesem Hintergrund wird erkennbar, daß die PKA nicht irgendeine Anlage, sondern ein Projekt mit großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung für die Atommafia ist. Sie bietet in dieser Hinsicht, aber auch unter Bezug auf ihr technisch-ökologisches Zerstörungspotential alle Attribute, um an ihr unseren Widerspruch zur Atomwirtschaft zu entwickeln.

Den energiepolitischen Dissens zu formulieren, bedeutet aber auch, sich mit der Politik anderer Organisationen und Strömungen auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls davon abzugrenzen. Fast ist es ein Merkmal des herrschenden Zeitgeistes, sich auch in der Atompolitik auf Argumentationsmuster der SPD einzulassen. Im Interesse pragmatischer Schritte kommt es zur "konstruktiven" Zusammenarbeit, beispielsweise in Hamburg in Bezug auf die Katastrophenschutzplanung für Krümmel oder in Schleswig-Holstein mit der Akzeptanz der Jansen-Linie. Aber gerade die SPD ist es, die seit Jahren die direkte Endlagerung, und damit die Konditionierung, favorisiert. Sie trägt mit ihrer Politik trotz aller gegenteiligen Beteuerungen maßgeblich zur Aufrechterhaltung des Atomprogramms bei und kann insofern kein Hoffnungsträger der AKW-GegnerInnen sein.

Auch die Grünen haben diese Funktion in weiten Bereichen verloren. Im Interesse der Beteiligung an der Regierungsverantwortung, sprich Koalitionsbildung, wiederum durch eine Politik

der pragmatischen Schritte ideologisch abgesichert, sind sie nur allzu leicht bereit, Inhalte aufzugeben, die kurz zuvor noch als "Essentials" galten. (siehe Hessen, siehe Berlin) In Niedersachsen stehen im nächsten Jahr Landtagswahlen an. Die nicht auszuschließende Perspektive einer rot-grünen Landesregierung enthält durchaus die Aussicht auf einen Kompromiß, der die Stillegung dieses oder jenes AKWs (Stade) vorsieht, der aber gleichzeitig die Fortschreibung anderer Projekte aus dem Entsorgungsbereich (allen voran Schacht Konrad, eventuell eine PKA) zuläßt. Das ist dann Realpolitik.
Es ist nie Sache der Anti-AKW-Bewegung gewesen, auf Landtags- oder Bundestagswahlen, also auf den parlamentarischen Weg, zu orientieren. Es wäre aber falsch auf die Auseinandersetzung mit den Grünen und der SPD zu verzichten, weil man ihnen damit die Hegemonie in der öffentlichen Diskussion um die Atomkraft überließe und viele Möglichkeiten der Meinungsbildung vernachlässigte.

Einfach vorher dasein !

Ohne auf antiquierte Nadelöhr-Theorie zu verfallen ist es m.E. notwendig, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung wieder Kristallisationspunkte zu schaffen, um über das Niveau der sehr regionalisierten Anti-Atom-Politik hinauszukommen und gesellschaftspolitisch wieder die Offensive zu gewinnen. Die Pilotkonditionierungsanlage könnte aus den oben genannten Gründen zu so einem Brennpunkt werden. Eines ist dabei klar: Es geht nicht darum, regionale Entwicklungen zu dominieren und auf zentralistische Weise den Anti-AKW-Tourismus in seinen schlimmsten Formen wieder aufleben zu lassen. Aber es sollte möglich sein eine Integration zu schaffen, in der sich öffentlichkeitswirksame und politischen Druck erzeugende Großaktionen mit regionalen Aktivitäten zu derselben Thematik verbinden.
Vorstellbar in Bezug auf die regionale Ebene ist beispielsweise. die thematische Erweiterung der Atomtransporte um die PKA-Problematik. Der Betrieb der Anlage, zumal vor dem Hintergrund einer europäisierten Atomwirtschaft, schlägt immerhin gewaltig auf das Ausmaß der Transporte durch. (siehe dazu auch den Diskussionsvorschlag der Heidegruppe, atom 27) Was "zentralere" Formen der Auseinandersetzung anbelangt, bietet die geplante Großdemo im Frühjahr in Hannover, getragen von den Endlagerstandorten, eine Ebene der Artikulation. Aber nicht zuletzt von der Frage überregionaler Beteiligung an Aktionen vor Ort, also im Wendland selbst, hängt es ab, mit welcher Aussicht auf Erfolg der Widerstand gegen die PKA geführt wird. Die HannoveranerInnen haben dazu einen ersten Vorschlag gemacht (siehe atom 27). Aber das ist nur ein (Neu-) Anfang. Die Bewußtseinsbildung und Mobilisierung sollte auf der Tagesordnung der Anti-AKW-Gruppen weiter nach oben rücken. Die letzte Gedelitz-Konferenz zeigte, daß sich in den Städten und Regionen Norddeutschlands bislang noch zu wenig entwickelt hat. Sporadische Informationsveranstaltungen, auf denen die PKA an sich und ihre Verknüpfung mit der für viele Gegenden bedrohlichen Transportproblematik im Rahmen einer europäischen Atompolitik erörtert werden, können nicht darüber hinweg täuschen, daß die Konditionierung nach wie vor wenig im öffentlichen Bewußtsein verankert ist. Dieses Defizit wird vor allem mit der Konzentration auf lokale Anti-AKW-Themen vor dem Hintergrund einer sinkenden Zahl kontinuierlich arbeitender AtomkraftgegnerInnen begründet. Eklatant ist aber auch, daß die gruppeninternen Diskussionsprozesse über Art und Umfang der Beteiligung am PKA-Widerstand wenig gediehen sind. Wie vor Monaten lautet der Tenor: "Ja,ja, ruft uns man kurz vor Rodungsbeginn an, dann kommen wir mit ein paar Leuten." Aber wer dann mit welcher Perspektive kommt, bleibt offen und kann auch auf Treffen wie dem in Gedelitz nicht geklärt werden. Aber es scheint auch Silberstreifen am Horizont zu geben. Während bis vor einiger Zeit bei vielen Auswärtigen noch grundsätzliche Bedenken dagegen bestanden, den "Kristallisationspunkt" PKA (bzw. Gorleben) zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Politik zu machen, scheint sich mittlerweile ein Bewußtseinswandel anzudeuten, so daß die Beteiligung am Gorleben-Widerstand nunmehr wieder eher eine Frage der Möglichkeiten zu sein scheint.
Der einheimische Widerstand im Wendland entwickelt sich langsam, aber kontinuierlich. In den Ortsgruppen der BI scheinen sich die Diskussionen wieder mit Leben zu füllen. Andere Gruppen und Einzelpersonen, die lange von der Bildfläche verschwunden waren, tauchen mit Aktionsvorschlägen wieder auf. Unbekannte "Zaungäste" demontierten in der Woche vor den "Aktionstagen" den Zaun im Endlagerbereich auf einer Länge von 1,5 km! Sie verstehen dies als einen ersten Schritt in ihrer "Politik der Nadelstiche". Die Sonntagsspaziergänge jedes zweite Wochenende sind auf den Sonnabend verlegt, um eine bessere Gelegenheit auch für Auswärtige zu schaffen, Aktionen gegebenenfalls bis in den Abend auszuweiten. (Termine bei der BI nachfragen!)
Besondere Bedeutung hat die Absicht der BI, zusammen mit anderen Gruppen der Region bei Rodungsbeginn "einfach" vor den Arbeitern da zu sein. In einer Erklärung, die unlängst in der Elbe-Jeetzel-Zeitung veröffentlicht wurde, heißt es dazu:
Bei Baubeginn sind wir wieder da! Wir werden immer wieder kommen. Wir werden in einzelnen, gut vorbereiteten Aktionen die Bauarbeiten behindern! Wir werden keine Ruhe geben!!
Unterzeichnet ist die Erklärung nicht nur von der BI, sondern auch von einem breiten Bündnis von Gruppen, das von der Wendland Coop, der Initiative 60, dem Plenum Meuchefitz und vielen anderen bis zu Gruppen aus Hamburg und Lüneburg reicht. Bleibt zu hoffen, daß dieses Bündnis sich weiterentwickelt und das die Auswärtigen alles daran setzen, um sich effizient am geplanten Widerstand zu beteiligen und darüber hinaus in ihren Städten für politischen Druck sorgen.
Was antwortet doch gleich jene Wackersdorfer Aktivistin auf die Frage, ob sie auch bei Rodungsbeginn wieder da seien? - "Freilich!" Na denn!

K.N., atom

Europäische Per-spektive bleibt vage

Protest und Widerstand haben sich in Zukunft an europäischen Dimensionen zu orientieren. Angesichts steigender Kooperationstendenzen im Bereich der Atomwirtschaft seien auch die Anti-AKW-Bewegungen in den westeuropäischen Staaten aufgefordert, über eine "Globalisierung des Widerstands" (K. Dockhorn) nachzudenken.

So lautete zumindest der Tenor einer Informationsveranstaltung, die von der BI Lüchow-Dannenberg im "Haus des Gastes" in Gartow am Samstagabend organisiert worden war. Der Saal war mit etwa 400 Personen brechend voll. Auffällig war v.a., daß deutlich mehr Einheimische hierher gekommen waren als nachmittags zum Hüttenbau.

Nachdem Wolfgang Ehmke von der BI die Veranstaltung eröffnet hatte, war es zunächst Gerlinde Sparrer von der BI Schwandorf, die von der Anti-AKW-Arbeit im Wackerland nach dem Aus für die WAA erzählte. (Über die Daimler-Benz-Aktien, die sich im Besitz der BI befinden, verlor sie leider kein Wort.) Anschließend gab Mycle (eigentlich heißt er ja Michael) Schneider aus französischer Perspektive einen Überblick und Stand der deutsch-französischen Nuklearkooperation, die schließlich kein überraschendes Phänomen dieses Jahres, sondern das Ergebnis eines langjährigen Entwicklungsprozesses ist. Den zweiten ausländischen Beitrag lieferte David Lowry aus Großbritannien, als er über die offizielle britische Atompolitik, ihre öffentliche Akzeptanz und den Widerstand gegen den Atomkurs der Thatcher-Regierung referierte. Den Blickwinkel bundesdeutscher Standorte vertraten dann Hartmut Liebermann von der BI in Ahaus und Kurt Dockhorn von der AG Schacht Konrad. Beide betonten ebenfalls die verschärfte Gefahrenlage im Zuge einer europäischen Zusammenarbeit auf dem Atomsektor.

Schließlich war es Hannes Kempmann, der sich originellerweise nicht als Landtagsabgeordneter der niedersächsischen Grünen, sondern als Repräsentant der örtlichen Anti-AKW-Szene äußerte. Nicht täuschen lassen solle man sich von offiziellen Erklärungen, in denen es heißt, der nationale Atommüll bleibe "in der nationalen Verantwortung des Landes in dem er entstanden ist". Nirgends sei zu lesen, daß der Müll auch in dem Land bleibt, aus dem er stammt. Im Landtag, so Kempmann, habe er durch eine Kleine Anfrage Auskunft darüber erhalten wollen, wie sich die Einlagerung ausländischen Atommülls im Schacht Konrad und in Gorleben ausschließen lasse. Die Antwort, in beide Lagerstätten dürfe nur "der uns zuzurechnende Müll" verbracht werden, schließe ebenfalls nicht aus, daß Atommüll aus anderen Staaten hierzulande gelagert werde.

Die Betreiber der Atomindustrie in Frankreich, Großbritannien und der BR Deutschland haben bei ihrer gemeinsamen Arbeit einen Schwerpunkt: die Konditionierung des Atommülls. Es sei daher damit zu rechnen, daß die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben nicht nur ein Pilotprojekt bleibe, sondern zu einem großtechnischen Komplex ausgebaut werde.

Alle SprecherInnen beschworen immer wieder die Notwendigkeit, sich als Anti-AKW-Bewegung den veränderten Bedingungen anzupassen. Doch die Europäisierung des Widerstands ist zunächst nur die Konsequenz aus der Analyse der intensivierten Zusammenarbeit der westeuropäischen Atomindustrien und ihren parlamentarischen Handlangern. Auf dieser Ebene ist sie folgerichtig, aber sie läßt die politischen Rahmenbedingungen der nationalen Protest- und Widerstandsbewegungen außer acht. Gerade Frankreich ist ein Beispiel für eine sehr regional strukturierte Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung. Dies gilt mit entsprechenden Variationen auch für andere Staaten. Und nicht zuletzt in der BR Deutschland war in den vergangenen Jahren doch eine lokale Betonung der Anti-AKW-Politik zu beobachten, die es manchmal schwierig gemacht hat, im nationalen Rahmen übergreifende Ziele zu formulieren bzw. sich auf politische oder aktionsbezogene Schwerpunkte zu verständigen (z.B. DB-Kampagne). In welchem Verhältnis stehen solche Tendenzen zu der plötzlich entwickelten Vorstellung, nun gar auf eine internationale Zusammenarbeit zu orientieren? Sind das Ideen vom grünen Tisch oder steckt darin tatsächlich der Kern einer "neuen" Politik?

Vollmundige Vokabeln wie die von der "Globalisierung" bzw. "Europäisierung des Widerstands" bestätigen die Skepsis, da sie in der folgenden Diskussion ohne bedeutende inhaltliche Füllung blieben. Manche lösten im Geiste wohl schon die Fahrkarte zur Demo in La Hague oder zur Konferenz in London, bis sie dann aus ihren Träumen gerissen wurden, als jemand klarstellte, daß ein gesamteuropäischer Anti-AKW-Tourismus auch nicht die Zukunft des Widerstands sein könne. Auch der Vorschlag eines Zuhörers, mensch müsse sich nun alle Errungenschaften der Kommunikationstechnik zueigen machen und auf internationalen Konferenzen die besten Köpfe zusammenstecken, um einen optimalen Informationsaustausch zu haben, war nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluß. Mycle Schneider verwies in dem Zusammenhang auf bereits bestehende Strukturen, die ohnehin besser genutzt werden könnten.

So wurde tief in die Kiste der Allgemeinplätze gegriffen, ohne daß auch nur ansatzweise eine konkrete Vorstellung davon entwickelt worden wäre, wie die anspruchsvollen Formeln mit Substanz zu füllen sind. Sinnvoll war schließlich der Gedanke Mycle Schneiders, bei nationalen oder auch nur regionalen Aktionen immer auch jene Anlagen mit zu thematisieren, die zwar in einem anderen Staat angesiedelt sind, in der Prozesslogik aber in enger Verbindung zum Objekt des örtlichen Protestes stehen. Vor dem Hintergrund eines örtlichen "Entsorgungskonzeptes" muß und kann bspw. der Protest gegen die WAA in La Hague im Widerstand gegen Atomtransporte Ausdruck finden, wenn ihre gegenseitige Bedingtheit politisch vermittelt wird. Auf dieser Ebene läßt sich eine europäische Orientierung immerhin umsetzen.

Fazit der Veranstaltung: die internationale Integration der Atomwirtschaft schreitet mit großen Schritten voran, während es der Bewegung noch an Konzepten und Strukturen mangelt, um auf diese Entwicklung angemessen zu reagieren. Die Tatsache, daß die Zuhörerinnen sich angesichts der vorangeschrittenen Stunde schließlich lieber um ihre wendländischen Schlafplätze als um europäische Perspektiven kümmern wollten, überspielte ein wenig die Ratlosigkeit im Saal.

Gedelitz - Treffen

Um es gleich vorwegzunehmen: Wenn all das, was auf dem Gedelitz-Treffen diskutiert worden ist, in die Tat umgesetzt wird, kommt zumindest auf die norddeutschen Anti-AKW-Gruppen ein harter Winter zu. Sie Stichworte lauten: PKA, Godewind-Transporte, US-Atommüll-Import, Blähfässer-Transport und möglicherweise (den gibt's auch noch) Castor-Transport.

Zunächst berichteten jedoch die Hamburger über die brutalen Haftbedingungen, denen Fritz Storim unterworfen ist, und von Ansätzen einer Solidaritätsarbeit.(siehe dazu Artikel) Das Gedelitz-Treffen beschloß daraufhin eine Resolution, die wir nebenstehend dokumentieren. Auf die weitere Arbeit gegen die PKA, den Verlauf der Godewind-Blockade in der Nacht zuvor und die Hintergründe des US-Atommüll-Imports soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.(siehe dazu ebenfalls Artikel)

Der geplante Import höchstradioaktiven Materials aus den USA, das nach vorläufigen Informationen über den Hamburger Hafen in die Asse transportiert werden soll, scheint zumindest für die norddeutschen Anti-AKW-Gruppen

zu einem Arbeitsschwerpunkt zu werden.Es gehe zunächst darum, betonten die Hamburger, alles zu versuchen, um diesen Transport auf der politischen Ebene grundsätzlich zu verhindern. Es müsse durch eine intensive Mobilisierung und durch eine breite Bündnisarbeit ein politischer Druck erzeugt werden, der schließlich zum Verbot des Atommüll-umschlags im Hamburger Hafen durch den Senat der Stadt (á la Lübeck) führe.
Obwohl prinzipiell Übereinstimmung mit einer solchen Orientierung herrschte, wollte natürlich niemand ausschließlich auf diesen Weg vertrauen. In der Diskussion um konkrete Maßnahmen gegen den Transport wurden zwei Konzepte favorisiert:
Einerseits wurde die Vorstellung vertreten, im Hamburger Hafen selbst den Weitertransport der Atommüll-Container zu verhindern. Im Hinblick darauf hielten es verschiedene norddeutsche Gruppen für sinnvoll, sich in der kommenden Zeit verstärkt an den Godewind-Blockaden zu beteiligen. Der Sinn bestände darin, daß durch einen derart verstärkten Widerstand die Transporte über den Hafen zunehmend in die Öffentlichkeit gerückt werden könnten, so daß dann die berechtigte Hoffnung auf eine breite Mobilisierung bestünde. Darüberhinaus hätte die Beteiligung an den Godewind-Blockaden den Vorteil für die Auswärtigen, mit den örtlichen Gegebenheiten des Hafengebiets vertraut zu werden. Das wiederum verspricht die Effizienz kommender Aktionen zu erhöhen.
Gegen ein solches Konzept spricht die Gefahr, daß das Transportschiff kurzfristig umdirigiert wird. Eine Blockade der Atommüll-Container aber wäre dann mehr oder weniger ausgeschlossen, da der neue Liegeplatz in Anbetracht der Größe und Unübersichtlichkeit des Hamburger Hafens kaum rechtzeitig ausgemacht, geschweige denn erreicht werden könnte.
Stattdessen vertraten einige Anti-AKW-Gegnerinnen ein Konzept, das sich an die Behinderungsaktionen gegen die MOX-Transporte anlehnt. Durch flexible Autobahnaktionen wäre mensch relativ unabhängig vom Verschiffungshafen (es muß ja nicht unbedingt Hamburg sein) und hätte die Möglichkeit permanenter Behinderungen auf der gesamten Transportstrecke zwischen der entsprechenden Hafenstadt und der Asse. (Die Möglichkeit von Bahntransporten wurde nicht erwähnt.)
Welches dieser beiden Konzepte letztendlich favorisiert wird oder ob beide Konzepte auch nebeneinander existieren können, müssen die nächsten Treffen zeigen.
Ein weiterer Diskussionspunkt betraf den geplanten Transport der sogenannten Blähfässer, also der 700 Behälter mit falsch konditioniertem Atommüll, die aus dem Zwischenlager Gorleben zur GNS nach Duisburg geschafft werden sollen. Dieses Thema war insofern ärgerlich, als mit der Auseinandersetzung um Aktionen gegen diese Transporte eine Diskussion mit weitgehend den gleichen Argumentationslinien an gleicher Stelle bereits im Juli geführt worden war.
Für viele AKW-GegnerInnen bedeutet jeder Atomtransport den Normalbetrieb der Atomindustrie. Insofern ist es konsequent, den Blähfässer-Transport bereits am Verlassen des Lagers zu hindern.
Für die WendländerInnen ist diese Position nicht haltbar, da es für sie bedeuten würde, die Existenz des Zwischenlagers zu akzeptieren. Sie fordern vielmehr, die Fässer aus dem Landkreis ungehindert heraustransportieren zu lassen, um dann alles daranzusetzen, daß sie Duisburg nie erreichen.
Vielen scheint sich daraus exemplarisch das Dilemma zu ergeben, daß der Widerstand gegen Atommüll an einem Standort zur Verantwortung für eine chaotische Müllkutscherei und zu Lasten eines anderen Standortes geht, denn irgendwo bleibt der Müll schließlich immer. Doch es ist Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung, deutlich zu machen, daß es sich dabei nicht um ein Problem der Standorte-BIs, sondern um ein grundsätzliches Dilemma der Atomindustrie handelt. Sie produziert den Atommüll, ohne eine wirkliche Aussicht auf "Entsorgung" dafür zu haben. Solange das der Fall ist, wird die Bewegung keine diese Tatsache verschleiernde Transporte akzeptieren, sondern dafür sorgen, daß eben dieses Dilemma immer wieder öffentlich wird.
Nunmehr ist Einverständnis darüber hergestellt worden, die Blähfässer aus dem Wendland herauszulassen, um sie dann auf ihrem Weg nach Duisburg ständig zu behindern. Die Forderung kann nur lauten: "Zurück in das Ausgangs-AKW nach Stade!"
Konkrete Absprachen über Aktionen gibt es zur Zeit noch nicht und sollten schnellstens entwickelt werden.

P.S.: Vom Castor gibt's vorerst nichts Neues.

Resolution zur Solidarität mit Fritz Storim

WAS WIRD FRITZ VORGEWORFEN?

Im Zusammenhang mit einem 129a-Verfahren, in dem ihm vorgeworfen wird, für die Dokumentation zweier Beiträge zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der Zeitung "Sabot" mitverantwortlich gewesen zu sein, wurde Fritz zu einem Jahr Haft verurteilt und befindet sich seit Ende Mai dieses Jahres im Untersuchungsgefängnis in Hamburg in Einzelhaft. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Entscheidung der Zulassung der Revision steht in nächster Zeit an.
Am 4.7.89 ist ein weitere Haftbefehl gegen Fritz erlassen worden, der ihm am 10.8.89 zugestellt wurde. Fritz wird vorgeworfen, am 28.4.84 mit weiteren Unbekannten einen Sprengstoffanschlag begangen zu haben, in dem sie an drei Pfeilern eines Strommastes in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf Sprengladungen anbrachten und ihn mit dieser Hilfe umlegten. Laut Haftbefehl soll ein bestimmter Schaltplan zur Herstellung eines Zündzeitverzögerers verwendet worden sein. Diese Schaltvorrichtung soll nahezu identisch mit dem in der "Ergänzung 1.Okt.86" im "Handbuch zur Selbsthilfe" abgebildeten Schaltplans sein. Handbuch und Ergänzung wurden bei einer Durchsuchung im Sommer 1987 beschlagnahmt. Bei einer zweiten Durchsuchung von Fritz Wohnung im Dezember 1987 ist ein Carbonschreibmaschinenband gefunden worden. Die Auswertung dieses Bandes soll ergeben haben, daß die Ergänzung zur Selbsthilfe auf seiner Schreibmaschine getippt worden sei.
Weiter werfen sie ihm vor, über, dem Tatvorwurf entsprechendes, beträchtliches Fachwissen zu verfügen. Das leiten sie aus der Tatsache ab, daß Fritz Doktor der Physik ist und durch seine Lehrertätigkeit über praktische Erfahrungen in den tatrelevanten Bereichen verfügen soll. Das ganze gipfelt in dem Vorwurf, daß er bekanntermaßen ein entschiedener AKW-Gegner sei.

Entschiedener Widerstand gegen das Atomprogramm war und ist auch in Zukunft notwendig!

Trotz Skandalen wie der "Transnuklear-Affäre" und Katastrophen wie in Tschernobyl, die die Gefährlichkeit und Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie zeigen, wird das Atomprogramm
aus wirtschaftlichen und politischen Gründen weiterbetrieben. Dies macht die Reorganisation der Atomwirtschaft auf westeuropäischer Ebene durch Staat und Kapital sichtbar und deutlich.
Auch heute und in Zukunft wird die Anti-AKW-Bewegung deshalb zu der Aussage stehen, daß die Ausrichtung des Widerstands auf Klagen, Massenproteste, Großdemos und Bauplatzbesetzungen allein nicht ausreichen wird, den Druck zu schaffen, das Atomprogramm zu verhindern. Seit langem hat die Anti-Atom-Bewegung den direkten Angriff auf atomare Infrastruktur und Betreiberfirmen als legitimen Bestandteil ihres Widerstandes begriffen und

Teile der Bewegung ihren Widerstand gegen das Atomprogramm - in der Verbindung zu anderen Teilbereichskämpfen - als einen Teil des Kampfes gegen das System als Ganzes verstanden.

Warum jetzt dieser Haftbefehl?

Wie viele andere hat Fritz sich für ein Zusammenkommen der Kämpfe gegen das System, über die Teilbereichsbewegungen hinaus, eingesetzt. Er hat die Entschiedenheit seiner politischen Haltung immer wieder deutlich gemacht. Wie bei Andi Semisch aus der Startbahnbewegung, der sich auch in seinen politischen Stellungnahmen weit vorgewagt und keinen Hehl aus seiner politischen Gesinnung gemacht hat, ist dies Grund genug für eine fortdauernde Haft und eine hohe Verurteilung. Sie wollen Fritz zerstören, wie sie alle Menschen zerstören wollen, die sich ihnen und ihrer Politik entschieden entgegenstellen.

Wir fordern deshalb alle auf, den Angriff des Staates gegen Fritz zurückzuweisen!

Aufhebung des Haftbefehls! Sofortige Freilassung von Fritz!

Keine Blähfässer nach Duisburg

Am 24.9.89 fand in Duisburg eine Demonstration gegen die Faßtransporte von Gorleben nach Duisburg statt. Die Preußen Elektra will diese zum Teil aufgeblähten Atommüllfässer aus Gorleben nach Duisburg zur GNS (Gesellschaft für Nuklearservice) transportieren . In Gorleben stehen diese Fässer jetzt weil der Staatsanwalt eine genaue Untersuchung der Fässer auf ihre Inhaltstoffe angeordnet hat, und sie deshalb beschlagnahmen ließ. Dies würde die Preussen Elektra jedoch ca. 100.000 DM pro Faß kosten. Darum beantragte sie die Freigabe der Fässer. In Duisburg sollen die Fässer dann geöffnet und umgepackt werden, obwohl nicht auszuschließen ist, daß sich in einigen Plutonium enthalten ist.
Auf dem Michaelisplatz (Auftakt) waren wir zuerst ziemlich enttäuscht, als die Leute nur spärlich ankamen. Als wir um 14.30 Uhr losgingen, ist die Zahl der TeilnehmerInnen doch auf ca. 500 angewachsen. Der Demonstrationszug war gut gemischt. Von Autonomen bis BürgerInnen war alles vertreten. Die Beteiligung von außerhalb war für uns zufriedenstellend, nur die Teilnahme der Duisburger Bevölkerung war etwas dürftig. Es wurden ca. 40 Atommüllfässer im Zug mitgerollt. Schade war, daß Rebecca Harms von der BI Lüchow-Dannenberg kurzfristig als Rednerin ausfiel. Auf der Abschlußkundgebung sprachen dann Werner Lowin und Hildegard Menser aus Duisburg. Im Kulturprogramm spielten zwei Gruppen: "1000 Mark Belohnung" und die "Stadtstreicher". Veranstalter waren die Duisburger Anti Atom Gruppe und die Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung aus Duisburg-Wanheim. Die Anti Atom Gruppe wurde im Januar 1989 gegründet, damit auch in Duisburg wieder regionale und überregionale Anti AKW-Arbeit gemacht wird. Sie besteht hauptsächlich aus Leuten, die schon lange Jahre in anderen Gruppierungen Anti AKW-Arbeit machten. Die Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung hat sich im November 1986 nach der Ansiedlung der GNS in Duisburg-Wanheim gegründet. Die BI lebt fast ausschließlich von der Arbeit gegen die GNS. Wir rechnen ab November dieses Jahres mit dem Transport der Fässer. Es sollen auf jeden Fall Behinderungsaktionen in Duisburg stattfinden. Inwieweit die Bevölkerung hier in Duisburg dabei mitmacht, ist schwer abzuschätzen. Als erstes müssen wir alle aktiven Leute in Duisburg und Umgebung mobilisieren. Zu welchen Aktionen es kommen wird, werden wir wahrscheinlich erst vor Ort entscheiden können.

Für Leute von außerhalb, die sich beteiligen wollen, hier die Telefonnummer bei der Ihr Euch melden könnt: 0203/706449.
Seit April dieses Jahres finden an jedem letzten Sonntag im Monat Sonntagsspaziergänge an der GNS statt. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr in Duisburg-Wanheim, Friemersheimerstraße vor der Kirche. Die nächsten Sonntagsspaziergänge sind am 29. Oktober, am 26. November und am 31. Dezember 1989.

Anti Atom Gruppe Duisburg
c/o Heinz-Jürgen Eichholz
Suitbertusstr. 15
4100 Duisburg 28
Tel. 0203/706449

Die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) unterhält seit Mai 1985 auf dem angemieteten Betriebsgelände der Firma Thyssen Schmiede- und Umformtechnik Anlagen, die zur Lagerung, Bearbeitung und Verarbeitung von radioaktiven Materialien aus Atomkraftwerken bestimmt sind. Diese Tatsache war der Öffentlichkeit unbekannt. Die Existenz der GNS wurde zufällig in der Öffentlichkeit bekannt, nachdem sie Erweiterungsvorhaben beantragte und gleichzeitig, ohne Baugenehmigung eine Entseuchungshalle errichtete. Mit Empörung reagierte die Bevölkerung und gründete spontan die Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung mit dem Ziel:

Schließung und Abriß der GNS Anlagen

Atommüll-schmiede GNS

Die GNS führt in der Entseuchungshalle Wartungs- und Reparaturarbeiten am geöffneten Castor-Behälter durch. Hierbei ist nicht auszuschließen, daß radioaktive Edelgase, z.B. Krypton, Xenon, freigesetzt werden. Diese Edelgase gelangen dann über die Filteranlage in die Umwelt. Während einer Bürgeranhörung von mehr als 1000 Bürgern hat ein Vertreter der GNS diesen Sachverhalt bestätigt. Damit ist die Behauptung der GNS, es gäbe Absolutfilter, eindeutig widerlegt. Das zum Spülen der Ca-

stor-Behälter verwendete Wasser ist anschließend mit radioaktiven Substanzen (z.B. Cäsium) angereichert. Dieses Wasser kann auch Plutonium enthalten, sofern im Castor-Behälter defekte Brennelemente transportiert wurden. Grundsätzlich besteht diese Möglichkeit. Ein Teil dieser radioaktiven Substanzen gelangt über die Filteranlage in die Umwelt. Radioaktiv verseuchter Atomschrott aus dem Primär- und Sekundärkreislauf der Atomkraftwerke wird in der Entseuchungshalle entseucht und bearbeitet. Es wird u.a. Atomschrott mit Schneidbrennern zerteilt. Dieser Arbeitsvorgang führt bei den besonderen Materialqualitäten zu verstärktem Ausstoß von Rauchgasen und Stäuben sowie im Spülwasser enthalten, gelangt über die Filteranlage in die Umwelt.
Aus AKWs angeliefertes Filteröl, angereichert mit verschiedenen radioaktiven Substanzen, wird in einer Halle der GNS zwischengelagert. Mit dieser Verfahrensweise umgehen die Atomkraftwerke die Bestimmungen des Atomgesetzes, wonach sie verpflichtet sind, die Endlagerung selbst durchzuführen. Diese Verschiebeaktivitäten mit dem Filteröl sind gefährlich, weil Unfälle nicht auszuschließen sind. Während der Zwischenlagerung, beim An- und Abtransport über Schiene und Straße kann es zu Brandunfällen kommen. Aus der gegen Brandunfälle ungeschützten Halle der GNS treten dann die Verbrennungsrückstände aus und verseuchen das umliegende Wohngebiet. Auf den Transportwegen bestehen die gleichen Gefahren gefahren. Auch ist der Austritt von Filteröl aus den einfachen Blechfässern bei Beschädigung möglich. In beiden Fällen wäre die Sicherheit der Bevölkerung nicht zu gewährleisten, zumal Katastrophenpläne nicht vorhanden sind.
Die GNS zerteilt radioaktiv versuchten Atomschrott mit einer Schrottschere. Bearbeiteter Atomschrott und der unmittelbar im Arbeitsbereich vorhandene Staub bilden Substanzen, die für Bedienungspersonal und Bevölkerung gefährlich sind. Dabei ist das Bedienungspersonal vor Ort einer stärkeren Gefährdung ausgesetzt, wie das Bedienungspersonal in Atomkraftwerken. Vom Personal eingeatmete Substanzen führen zu einer inneren Strahlung, die mit dem Dosimeter nicht meßbar ist. Die Intensität der inneren Strahlung wird mit der Verweildauer im Arbeitsbereich ansteigen und zu gesundheitlichen Spätfolgen durch Niedrigstrahlung führen. Für die Bevölkerung treffen diese Tatbestände ebenfalls zu, weil die Staubsubstanzen über die Abluftvorrichtungen ungehindert in die Umwelt gelangen. Ein zusätzliches Gesundheitsrisiko durch Be- und Verarbeitung, Lagerung und Transport von radioaktiven Materialien ist einer Bevölkerung, die ohnehin extrem hohen Schadstoffbelastungen, unter anderem Blei und Cadmium sowie anderen Schadstoffen ausgesetzt ist, nicht zuzumuten. Die genehmigten Anlagen und die geplanten Erweiterungsvorhaben setzen selbst im Normalbetrieb radioaktive Substanzen frei, die auch in geringen Mengen zu Krebs und Mißbildungen führen können. Dieser Sachverhalt ist unstrittig. Neben der Tatsache, daß radioaktiv verseuchte Materialien nicht in ein dichtbesiedeltes Wohngebiet gehören (Entfernung der Wohnhäuser ca 100m,m zwei Kindergärten und drei Grundschulen liegen in einer Entfernung von ca. 200 - 400 m, ein Gymnasium und eine berufsbildende Schule in ca. 600 m), weil von diesen Materialien immer eine Niedrigstrahlung ausgeht.

Bahnhof Besetzt !

Ausgesprochen überrascht reagierten viele Passanten, als sie am späten Nachmittag des 3. Oktober drei Personen mit Leichengesichtern auf dem Lüneburger Bahnhof herumklettern sahen. Unter der Parole "Bahnhof besetzt" hatten Mitglieder des Lüneburger Atomplenums das Vordach des Hauptgebäudes bestiegen, um dort, gut sichtbar, ein großes Transparent anzubringen, auf dem die Bekanntgabe aller Atomtransporte durch Lüneburg von der Deutschen Bundesbahn gefordert wurde. Parallel dazu verteilten etwa 20 weitere AtomkraftgegnerInnen, zum Teil bunt verkleidet, auf dem Bahnhofsvorplatz Flugblätter, und versuchten, Passanten in Diskussionen zu verwickeln. Zwei mitgebrachte Atommüllfässer mit grellen Radioaktivitätszeichen erregten zusätzliche Aufmerksamkeit.

Ausgesprochen überrascht reagierten viele Passanten, als sie am späten Nachmittag des 3. Oktober drei Personen mit Leichengesichtern auf dem Lüneburger Bahnhof herumklettern sahen. Unter der Parole "Bahnhof besetzt" hatten Mitglieder des Lüneburger Atomplenums das Vordach des Hauptgebäudes bestiegen, um dort, gut sichtbar, ein großes Transparent anzubringen, auf dem die Bekanntgabe aller Atomtransporte durch Lüneburg von der Deutschen Bundesbahn gefordert wird. Parallel dazu verteilten etwa 20 weitere AtomkraftgegnerInnen, zum Teil bunt verkleidet, auf dem Bahnhofsvorplatz Flugblätter, und versuchten, Passanten in Diskussionen zu verwickeln. Zwei mitgebrachte Atommüllfässer mit grellen Radioaktivitätszeichen erregten zusätzliche Aufmerksamkeit.
Hintergrund der Aktion ist die Tatsache, daß der Lüneburger Bahnhof zu einer zentralen Drehscheibe für Atommüll ins Wendland zu werden droht. Bereits jetzt ist davon auszugehen, daß auf der Hauptstrecke zwischen Hamburg und Hannover radioaktive Fracht transportiert wird. Sollte die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Kooperation mit den Energieversorgungsunternehmen ihre Pläne verwirklichen können, würden in nächster Zukunft beträchtliche Mengen radioaktiven Abfalls aller Kategorien ins Atommüllzwischenlager bei Gorleben gebracht. Falls die Atommafia darüber hinaus den Bau einer Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) durchsetzen kann, würde sich die Zahl der Atomtransporte durch Lüneburg drastisch erhöhen. Vor allem vor dem Hintergrund einer europäisierten

Nuklearwirtschaft wäre das Frachtaufkommen enorm, denn dann würde nicht allein der bundesrepublikanische Atomschrott, sondern ebenso der vieler anderer europäischen Staaten nach Gorleben geliefert werden. Aber schon im Rahmen nationaler Entsorgung wäre in folge des PKA-Betriebs mit etwa einem hochstrahlendem Transport pro Tag zu rechnen.
Um den Status quo und die zu erwartenden Gefahren durch Atomtransporte publik zu machen hat das Lüneburger Atomplenum Forderungen an die DB als einem der Haupttransporteure radioaktiver Abfälle gestellt. Es geht um die **öffentliche Bekanntgabe von:**

- Anzahl und Zeitraum der bisherigen Atomtransporte
- Art und Inhalt der Atomtransporte
- Umfang der Atomtransporte in Zukunft, vor allem nach der
geplanten Inbetriebnahme der PKA

Selbstverständlich hat sich die lokale Bahnhofsverwaltung ebenso wie die Hauptstelle in Hamburg für nicht zuständig erklärt und den Fragenkatalog auf bürokratische Irrwege durch die Republik geschickt. Es liegt an den AtomkraftgegnerInnen, mit derartigen Versandungsstrategien umzugehen, um daraus politisches Kapital zu schlagen. In diesem Sinne ist eine Bürgerveranstaltung mit den zuständigen Institutionen und unter Beteiligung kritischer Wissenschaftler geplant, auf der die geforderten Antworten öffentlich gemacht werden sollen.
Bei den Passanten, die während des Feierabendverkehrs in großer Zahl den Bahnhof frequentierten, stieß die Dachbesetzung mit ihren Forderungen durchweg auf positive Resonanz. Der NDR und Radio ffn berichteten sogar im Rundfunk über die Aktion.
Bleibt abschließend zu erwähnen, daß bereits in der vorangegangenen Nacht Unbekannte abgestellte Nahverkehrszüge mit Anti-Atomkraftparolen besprüht hatten.

Atomforschung in Geesthacht

Aktivitäten und Reaktionen zwei Monate nach Erscheinen der Broschüre

Mit der Broschüre "Atomforschung in Geesthacht - Schleichwege zur Atombombe?" wurden erstmalig die Aktivitäten des bisher weitgehend unbeachtet gebliebenen Forschungszentrums der GKSS in Geesthacht genauer unter die Lupe genommen. Die Broschüre, die u. a. auch von der "atom" unterstützt wird, hat mittlerweile eine Reihe öffentlicher Reaktionen, sowohl seitens der GKSS-Geschäftsführung als auch seitens einzelner Mitarbeiter hervorgerufen.

In einem Offenen Brief hatte der Hamburger Arbeitskreis "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" die Geschäftsführung des Forschungszentrums zur Beantwortung eines Fragenkatalogs aufgefordert. Der ehemals der Fraktion der Grünen angehörende, heute fraktionslose Geesthachter Bundestagsabgeordnete Thomas Wüppesahl stellte aufgrund der Broschüre mehrere mündliche Anfragen an das Bundesministerium für Forschung und Technologie.
Am 16. Oktober hatten die HerausgeberInnen einen Termin im schleswig-holsteinischen Sozialministerium in Kiel.

Das Atomforschungszentrum Geesthacht

Keine militärischen Aufträge?

In einer ersten Pressemitteilung hatte die Geschäftsführung alle in der Broschüre erhobenen Vorwürfe pauschal zurückgewiesen. "Die GKSS führt keine militärischen Aufträge aus" hieß es in der lokalen Bergedorfer Zeitung. "In der mehr als 30 jährigen Geschichte der GKSS sind bis heute und werden auch künftig keine militärischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, auch nicht für Nuklearwaffen durchgeführt", so der GKSS-Pressesprecher Christiansen (Bergedorfer Zeitung, 2.9.89). Gleichzeitig wurde versucht die eigenen Reihen zu schließen, indem im Gegenzug der Vorwurf erhoben wurde, die Broschüre diffamiere alle Mitarbeiter des Forschungszentrums. Wie bestellt meldeten sich kurze Zeit später auch prompt einige, im Bereich der Umweltschutzforschung tätige, führende Wissenschaftliche Mitarbeiter der GKSS in einem Leserbrief der Taz-Hamburg zu Wort und bestätigten "mit Bestürzung", daß sie sich empfindlich gestört und diskriminiert fühlten. Zur Sache kein Kommentar.

Die erste Stellungnahme der Geschäftsführung, daß die GKSS keine militärischen Aufträge ausführe, war schlicht falsch. Wie aus ihren Jahresberichten hervorgeht, hat die GKSS noch in jüngster Zeit über mehrere Jahre Bestrahlungsprogramme für die "Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz, Munster" in den Geesthachter Forschungsreaktoren durchgeführt. Neben dem Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) gilt diese Bundeswehrdienststelle als die zweite Einrichtung in der BRD, die Atomwaffen"schutz"forschung durchführt.

In einem Offenen Brief des Hamburger Arbeitskreises "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" wurde die Geschäftsleitung der GKSS zur Stellungnahme bezüglich dieser Zusammenarbeit aufgefordert. Die Antwort der Geschäftsführung erfolgte am 21. September. Eine ernsthafte Anstrengung die in dem Offenen Brief formulierten Fragen zu beantworten war das nicht. Zwar wurde entgegen der anfänglichen, hasti-

gen Zurückweisung, jemals militärische Aufträge ausgeführt zu haben, zugegeben, daß Aufträge auch für die Bundeswehr ausgeführt wurden. Dies geschah, wie es heißt "sofern uns eine behördliche Genehmigung vorgelegt und der Auftrag bezahlt" wurde. Keine unentgeltliche Arbeit und keine Schwarzarbeit also, - welch beruhigende Auskunft. Eine Antwort auf die eigentlich interessante Frage, was hier bestrahlt wurde und für welche Zwecke die Bundeswehr in Geesthacht Bestrahlungen durchführte, blieb die GKSS allerdings schuldig.

Gleichfalls nur die bekannten formalen Fakten wiederholend fielen die Antworten des Bundesforschungsministeriums auf die Anfragen des Geesthachter Bundestagsabgeordneten Wüppesahl aus. Die Frage nach den Beiträgen des GKSS-Forschungszentrums dazu, daß die BRD heute sowohl von der Infrastruktur als auch vom Know-How als Atomwaffenstaat auf Abruf gelten muß, entkräftete der zuständige Staatssekretär Probst mit dem Hinweis auf die Satzung der GKSS, die deren Forschung auf friedliche Zwecke festlege. Wir müssen von Blindheit geschlagen gewesen sein, das übersehen zu haben!

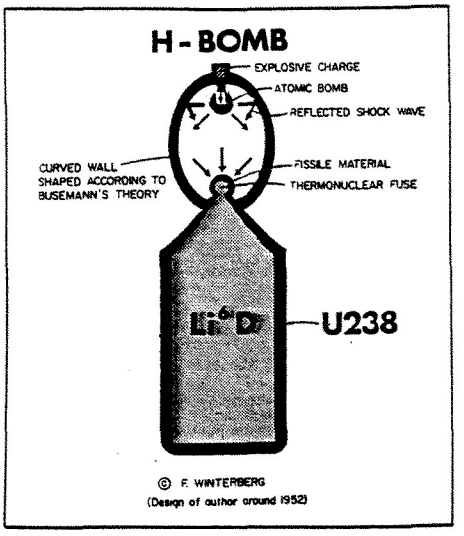
Auf die Frage, was die Bundesregierung anführen könne, um die Frage einer Unterstützung militärischer Atomwaffenentwicklungen in Brasilien durch das GKSS-Forschungszentrum zu entkräften, lautete die Antwort des Staatssekretärs lapidar: "Eine Zusammenarbeit mit brasilianischen Wissenschaftlern/ Institutionen erfolgt seitens GKSS ausschließlich im Rahmen des Regierungsabkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, das seit 1969 zwischen der Bundesrepublik und Brasilien besteht und ausschließlich friedlichen Zwecken dient."

Kiel: Keine Stillegung der Forschungsreaktoren in Geesthacht.

Am 16. Oktober hatten die HerausgeberInnen der Broschüre zusammen mit Mitgliedern der Bürgerinitiative Geesthacht einen Termin im Schleswig-Holsteinischen Sozialministerium in Kiel. Bisher hatte sich weder die Landesregierung noch der zuständige Minister Jansen zu den Atomforschungen in Geesthacht geäußert. Obwohl Jansen hier ein umweltpolitisches Betätigungsfeld vorfindet: Die Forschungreaktoren in Geesthacht sind die Ältesten der Republik und tendenziell militärisch einsetzbare Modelle, bei denen selten auf besondere Sicherheit geachtet wird. Gefordert war die Stillegung dieser Anlagen und die konsequente Umorientierung des Forschungszentrums auf reine Umweltforschung. Angesichts der kaltschnäuzig-nichtssagenden Antworten der GKSS-Geschäftsführung auf den Offenen Brief wurde dem Sozialministerium im Vorfeld des Termins ebenfalls ein ausführlicher Fragenkatalog vorgelegt, der als Gesprächsgrundlage dienen sollte.

Der von Jansen mit der Umsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie in Schleswig-Holstein betraute Staatssekretär Dr. Gustav Sauer machte gleich zu Beginn des Gespräches unmißverständlich klar, daß ein Ausstieg aus der Atomenergie in Schleswig-Holstein nicht die Stillegung der atomaren Anlagen im Forschungszentrum Geesthacht beinhalten werde. Im Gegenteil: Eine Stillegung dieser Anlagen komme für ihn nicht in Betracht, da er hoffe die wissenschaftlichen Kapazitäten des Geesthachter Zentrums und die dortigen Forschungsreaktoren im Rahmen der Werkstofforschung für die Erarbeitung einer sicherheitstechnischen Stillegungsargumentation nutzen zu können. Das war eindeutig.

Bezüglich des vorgelegten Fragenkatalogs machte Sauer klar, das das Ministerium in dieser Sache zu keiner offiziellen politischen Stellungnahme bereit wäre. Eine Auskunftspflicht bestände für sie nur auf parlamentarischer Ebene.



Zu den Fragen der verhängnisvollen historischen Kontinuität rechtsextremistischer Verbindungen von Geesthachter Atomforschern wollte sich das Ministerium jeglicher politischer Bewertung enthalten. Was Herr Bagge mache oder gemacht habe, läge für ihn lediglich im Bereich der Kenntnisnahme, so Sauer. Der Gründungsvater und langjährige wissenschaftlich-technische Leiter des Forschungszentrums Prof. Erich Bagge hatte bereits am faschistischen Atombombenprojekt mitgewirkt und pflegte bis in die 80er Jahre Kontakte zu der rechtsextrmistischen Europäischen Arbeiterpartei. In der Frage der Zusammenarbeit des Forschungszentrums mit Bundeswehrdienststellen oder der Kooperation mit Brasilien wurde auf die mangelnde Zuständigkeit verwiesen. Als Aufsichtsbehörde seien sie nicht für Forschungspolitik zuständig.

H-Bombenforschung: Mehr als nur die Theorie ?

Nicht von vorneherein ausschließen konnte Sauer von Seiten des Ministeriums, daß es in Geesthacht, in Kiel oder anderswo in Schleswig-Holstein ICF-Versuche gegeben hat. Die ICF-Forschung, d.h. Trägheitsfusionsforschung, liefert das waffenphysikalische Know-How zur Funktionsweise der Wasserstoffbombe. Die Möglichkeit diese Mechanismen im Laboratorium zu studieren macht es auch Nichtatomwaffenstaaten wie der BRD möglich auf diesem Gebiet beträchtliche Kenntnisse zu erwerben. Darüberhinaus liefert die ICF-Forschung Daten, die für die Computersimulation von thermonuklearen Kernwaffenexplosionen relevant sind. In der Broschüre konnte ausführlich nachgezeichnet werden, daß Geesthachter Forscher bereits im Faschismus an ersten Experimenten für eine Wasserstoffbombe beteiligt waren und diese Forschungen seit Anfang der 50er Jahre zumindest theoretisch kontinuierlich fortsetzten. Einer dieser Physiker, Prof. Dr. Friedwardt Winterberg datierte einen angeblich funktionstüchtigen eigenen Entwurf einer Wasserstoffbombe auf das Jahr 1952. Theoretische Arbeiten zur wasserstoffbombenrelevanten ICF-Forschung hatte es in den 70er Jahren auch am Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen in Stohl bei Kiel gegeben. Die Stohler standen hierbei in engem Austausch mit dem ehemaligen Geesthachter Forscher und mittlerweile in die USA abgewanderten Fusionsspezialisten Winterberg. Ob es auch ICF-Versuche, bzw. sonstige in diesem Zusammenhang stehende Arbeiten mit Lasern in Geesthacht oder anderswo in Schleswig-Holstein gegeben hat, soll wie zugesichert wurde überprüft werden. Das war eines der wenigen, völlig unverbindlichen Zugeständnisse von Seiten des Sozialministeriums. Ansonsten brachte das Gespräch für die GKSS ein in einem Punkt entlastendes Ergebnis. Die zwei bisher verschwundenen Brennelementtransporte mit Bestimmungsort Bremerhaven sollen von dort in die USA an das Department of Energy (DOE) gegangen sein. Sie sollen dort lt. DOE-Liste am 10.11.bzw. 30.12. 1986 angekommen sein.

Abgesehen von den ja auch nicht ganz unwichtigen kleinen Erfolgen, wie den, die Geesthachter Atomgemeinde zumindest für kurze Zeit soweit aus der Fassung gebracht zu haben, daß dort ernsthaft an die Einrichtung einer Arbeitskommission zur Broschüre gedacht wurde, bevor man sich - das geringe Medienecho registrierend - für die abwimmelnde Beantwortung des Offenen Briefes entschied, oder den, einen Staatssekretär geschlagene zweieinhalb Stunden (die letzten Atomtransportblockaden in Hamburg dauerten 3 Stunden) mit ergebnislos nervenden Fragen von vielen wichtigeren Arbeiten abgehalten zu haben, abgesehen von solchen kleinen Erfolgen bleibt als Ergebnis zwei Monate nach Erscheinen der Broschüre doch festzuhalten, daß es noch viel zu wenig gelungen ist Öffentlichkeit herzustellen. Allen, die sich als interessierte Öffentlichkeit verstehen, kann insofern weiterhin die Broschüre empfohlen werden. Interessierten Bls stehen die HerausgeberInnen auch gerne persönlich für Diskussionen zur Verfügung.

Die Broschüre "Atomforschung in Geesthacht - Schleichwege zur Atombombe?" ist zu beziehen über: Holger Kuhr, Wohlwillstraße 49, 2000 Hamburg 36 und kostet 5 DM plus 1 DM Versand.

AKW Würgassen:

mit Blockaden die Stillegung erzwingen

Zwei Stunden lang blieben am Samstag, dem 22.Oktober die Zufahrtswege zum Atomkraftwerk Würgassen dicht: etwa hundert AKW-Gegner/innen hatten die Fahrbahn blockiert. Gegen 13.00 Uhr beendete ein Polizeieinsatz die Aktion.

Die Blockierer/innen wurden an die Seite getragen; der Schichtwechsel im AKW konnte mit einiger Verspätung vollzogen werden.

Die Blockade zum Wochenende war bereits die sechste in diesem Jahr. Anläßlich des Tschernobyl-Jahrestages im März hatte sich aus regionalen Atom-und Friedensgruppen ein Aktionsbündnis konstituiert, das mit direkten Behinderungen und vermehrter Öffentlichkeitsarbeit die Stillegung des AKW-Würgassen erzwingen will.

Die AKW-Gegner/innen verweisen dabei insbesondere auf die extremen technischen Mängel und Pannenanfälligkeiten des 1972 in Betrieb genommenen Siedewasserreaktors. So ist das in einer Tiefflugschneise gelegene Atomkraftwerk nicht mit einem Berstschutz gesichert. In den vergangenen 10 Jahren schrammten abstürzende Düsenjäger dreimal nur knapp am Kraftwerksgelände vorbei.

Die von den Bürgerinitiativen zusammengestellte Störfall-Liste umfaßt mittlerweile 32 maschinengeschriebene Din-A 4 Seiten. Der schwerste bekanntgewordene Zwischenfall datiert vom Februar 1973, als an einer Frischdampfleitung Risse entdeckt wurden, von denen einer durch die ganze Rohrwand ging. Dieser Schaden löste seinerzeit bis in höchste Regierungskreise hinein Besorgnis aus.

Die Aktion am Samstag hatte am Vormittag mit einer Aufführung des Göttinger Karbaretts »Gesellschaft für Ruhe und Ordnung« auf dem Marktplatz des benachbarten Städtchens Beverungen begonnen.

Anders als an voraufgegangenen Blockaden, als die Werksleitung den Schichtwechsel vorverlegt hatte, deutete die massive Anwesenheit der Polizei dieses Mal von Beginn an auf eine Konfontation hin. Als sich die Wagen der Nachmittagsschicht vor der Sitzblockade vor dem Haupttor zu stauen begannen, griffen die Beamten ein. Beim Wegtragen kam es zu keiner Gewaltanwendung. Am Rande, so berichteten Teilnehmerinnen, gab es jedoch einzelne 'unangenehme Vorfälle'.

So sei eine Fahrrad-Melderin von einem Polizeifahrzeug in den Straßengraben gedrängt und eine andere, an der Blockade nicht beteiligte Frau 'auf ruppige Weise' angefahren worden, ihre Personalien anzugeben.

Das Aktionsbündnis will auch in Zukunft Blockaden in Würgassen organisieren. Für die nächste Aktion am 18.November sollen gezielt kirchliche Gruppen zum Mitmachen gewonnen werden.

rei.

3. Akt

Linke Radikale

Um es gleich vorweg anzumerken: Die Atom war nicht dabei auf dem dritten Treffen der "Radikalen Linken" am 14./15. 10. in Frankfurt. Wir können Euch daher keine Diskussionen aus "erster Hand" liefern, hielten es aber trotzdem für wichtig, anhand der uns vorliegenden Papiere und Berichte die Kontroversen auf dem Treffen grob nachzuzeichnen und kurz über die weiteren Planungen zu berichten. Interessierten empfehlen wir zur weiteren Information den AK Nr. 311 vom 16. 10. 89, in der neben einem Bericht verschiedene Diskussionsbeiträge dokumentiert sind.

Die Besetzung war ähnlich wie beim letzten Treffen in Frankfurt - linke und radikalökologische Grüne, libertäre Anarchisten, Linke Liste Frankfurt, Autonome, prowo (WB), KB, Vertreter von SOZ und DKP, Einzelpersonen wie Gremliza, Fülberth (DKP), Croissant,Jacob Moneta, Monika Berberich (ehemalige Gefangene). Auf dem Tisch lag eine von einer Redaktionsgruppe (M. Berberich, Ebermann, Fülberth, Gremliza, M.v. Ilten, K.-H. Roth, S. Strukmeyer) überarbeitete Fassung des "Entwurfes einer politischen Grundlage für den Kreis "Radikale Linke" von Thomas Ebermann/Rainer Trampert.

Den Auftakt bildete eine längere Auseinandersetzung über die Frage, ob angesichts der grundsätzlichen Kritik von Linker Liste und M. Wilk (libertäre Anarchisten) ein Einstieg in inhaltliche Themenkomplexe der Vorlage erfolgen dürfe.

Die Linke Liste hatte in dem Entwurf eine Schematik ausgemacht, in "deren Darstellung Geschichte um ihre prozeßhafte Dynamik gebracht und in statischen Abläufen von oben nach unten gedacht" würde. Dies verschleiere das entscheidende jedweder Kapitalverhältnisse, in denen beispw. "das Kapital" und "die Gewerkschaften... in vielfältigen und wechselseitigen Beziehungen materiell wie ideologisch miteinander verschränkt wären und ...gemeinsam für die gleiche Scheiße agieren", dies verweise auf einen Politikbegriff, "dem die Subjektseite völlig fremd ist." Der Linken Liste fehlte "für eine gemeinsame Programmatik jegliche Vordiskussion in diesem doch sehr heterogenen Kreis." Auch Michael Wilk fehlte der "subjektive Faktor" der Diskussion. Es sei in "diesem Sinne müßig, sich zwar analytisch der Klassengesellschaft BRD zu nähern, von Marginalisierung zu reden, ohne gleichzeitig die Vorgänge bei den einzelnen Individuen zu begreifen, die das Auseinanderklaffen von objektiver Klassenzugehörigkeit und subjektiver Anpassung begründen. Konkret wollte er dann die Mitverantwortung derjenigen, die als linke Grüne in Frankfurt dabeisaßen, in dem Prozeß der Grünen zu einer systemintegrativen Macht herausgearbeitet haben.

Wilk kritisierte, "wenn heute führende Köpfe (der Grünen), vor allem nach ihrer Niederlage auf den letzten Parteitagen beklagen, "die heutige Phase erinnert etwas an die große Integration von APO- Rebellinnen...", so vergessen sie geflissentlich ihre eigene Funktion als radikales Feigenblatt, mit dem Außenstehenden ein nach wie vor radikaler Parteicharakter vorgetäuscht wurde, hinter dessen scheinbar hehrer moralischer Integrität sich genau jene Prozesse abspielten, die als "Zeitgeist" beschrieben werden." Den Anwesenden warf er vor, daß für die meisten von ihnen "die marxistisch- leninistische Maxime vom Machtstreben innerhalb des staatlichen Gefüges nach wie vor Gültigkeit" besäße. Vor diesem Hintergrund spräche vieles dafür, daß "die betriebenen Annäherungsversuche auf dem Treffen "Radikale Linke" von derselben taktisch- strategischen Natur sind, wie sie schon die Bündnispolitik der letzten Jahre kennzeichnete. "Mit dem Streben nach Vereinheitlichung unterschiedlicher linker Positionen" wollten jene Linken oder Grünen nur ihre eigene Position in Partei und Bündnis stärken." Für anarchistisch Bewegte könne es nicht nur darum gehen,"die linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung" (Fülberth) vorzubereiten, stattdessen stünde für sie die "Auseinandersetzung mit jeglicher Herrschaftsform im Zentrum des Interesses...". (Zit. nach AK 311) Wilk und die Linke Liste konnten sich mit ihrer Forderung, diese Differenzen zunächst zu klären, nicht durchsetzen. Thomas Ebermann setzte dagegen "es sei wahnsinnig produktiv, wenn Leute, die zu einer inhaltlichen Kritik politischer Aussagen nicht bereit wären, über das Politikverständnis im allgemeinen schwadronierten." Während die linken Grünen einer Kampfabstimmung nicht abgeneigt waren, plädierten die KB'lerInnen dafür, die Initiative zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit überhöhten Ansprüchen zu belasten. Das Papier habe Schwächen, die jedoch mit der Aufnahme von ein paar Schlagworten über soziale Revolten nicht aufzuheben seien. Gremlitzas Kompromißvorschlag, für den geplanten Kongreß einen Rahmen der zu erstellen, in dem alle Kritiken zum Grundsatzpapier aufgenommen werden sollen, war dann letztlich auch ein Sieg der Grundsatzkritikerinnen.

Aufhänger der inhaltichen Debatte war der Satz des Papiers "Das System, das sich "realer Sozialismus" nennt, ist am Ende." Croissant plädierte dafür, nicht in den allenthalben angestimmten Beerdigungsreigen einzustimmen. Es gehe darum, Bemühungen um eine Stärkung des "Sozialismus im Realsozialismus" zu unterstützen. Es müsse endlich die DDR- Staatsbürgerschaft anerkannt und der Alleinvertretungsanspruch aufgegeben werden. Die Linke Liste bemängelte, daß in dem Papier nur die Herrschaftsmechanismen in Osteuropa beschrieben würden, die Subjekte dieser Mechanismen kämen nicht vor. Moneta trug vor, daß nicht der Sozialismus am Ende sei, sondern die Form autoritären Kollektivismus. Nicht vergessen werden dürfe auch, daß Demokratie im sozialistischen Sinn keineswegs durch Formen bürgerlicher Demokratie verwirklicht werden könne. Ebermann forderte, sich auf zentrale Kritikpunkte an den Verhältnissen im "realen Sozialismus" zu einigen, die aber eine Verwechselbarkeit mit dem "mainstream" in osteuropäischen Oppositionsbewegungen ausschließen, die die Freiheit mit freier Marktwirtschaft verbunden sei. Für ihn sei am Realsozialismus immer noch positiv, daß es eben kein Kapitalismus sei und das hiesige Arbeitstempo gegen die Arbeiterschaft nicht durchgesetzt werden konnte. Kurz - anarchistische Sozialismuskritik und kommunistisches, antifaschistisches Gewissen prallten an dieser Frage hart aufeinander. Hermann Gremlizas Schlußwort dazu wollte jedoch niemand widersprechen. Jedes Wiederaufleben des Deutschen Reiches müßte als Katastrophe für die Menschheit angesehen werden, jedem Gedanken an Wiedervereinigung müsse die Radikale Linke kompromißlos entgegen treten, sonst sei er die längste Zeit in diesem Kreis dabeigewesen.

Der Sonntag gehörte der Diskussion um den Kongreß. Von der Vorbereitungsgruppe (S. Haas, J. Scheer, W. Wolf, O. Tolmein) wurde ein Vorschlag für eine Generaldebatte unter der zentralen Fragestellung "Was kommt nach dem Sozialismus? oder Abschied von den Abschieden! Also "was tun, womit beginnen", vorgelegt. Gleichzeitig sollte durch die Vorbereitung des Kongresses und die dort geführten Diskussionen der Grundstock für gemeinsame praktische Aktionen der verschiedenen linken Strömungen gelegt werden. Ebermann kritisierte, daß die Vorbereitungsgruppe sich gedrückt habe, inhaltliche Schwerpunktfragen zu formulieren. Er schlug alternativ vor, die Themen "BRD- Revanchismus im Aufwind", "rot- grüne Modernisierungskonzepte", "Aufkommen faschistischer und neofaschistischer Positionen und der Kampf dagegen", "Entwicklung in den RGW-Ländern" und "Kritik des parlamentarischen Weges" zum Gegenstand einer Debatte zu machen.

Beschlossen wurde dann folgendes: 1. Der Kongreß findet im Mai 1990 statt, die von Westberlin beantragte Verschiebung auf 1992 wurde abgelehnt.

2. Die Vorbereitungsgruppe wurde um Ebermann, K.h. Roth, G. Buck, J. Ditfurth ergänzt und 3. den Gruppen aufgegeben, bezüglich der Finanzfrage Überlegungen anzustellen.

Zum nächsten Termin, 20./21. 1. 90 (Ort noch unbekannt) soll offen eingeladen werden. Bleibt noch, den Redaktionsschluß für Readerbeiträge aufzuführen: 31. 12. 89. Beiträge sollen an Jan Kuhnert, Denkmalsweg 6 in 6306 Langgöns gehen.

....Startbahn-Prozess

Am 51. Prozeßtag ist es zum großen Knall gekommen. Der Knaller saß aber nicht auf der Anklagebank, sondern auf einem Richterstuhl. An diesem Tag wurde bekannt, daß einer der Richter einen Polizeizeugen vor seiner Vernehmung mit Informationen präpariert hatte. Der Prozeß ist unterbrochen, gegen den Richter läuft ein Befangenheitsantrag. Klassischer konnte das Gericht den Charakter der Klassenjustiz nicht demonstrieren. Dabei ist dies nur der bisherige Höhepunkt im Verhalten des Gerichts in diesem vermeintlichen Strafprozeß, der längst zu einem politischen Gesinnungsprozeß verkommen ist.
Die tödlichen Schüsse an der Startbahn-West vom 2.11.87, der Aufhänger dieses Prozesses, sind 2 Jahre her. Im Gerichtssaal sind sie bis heute, nach einem halben Jahr Verhandlung, noch nicht einmal Gegenstand der Verhandlung gewesen. Stattdessen geht es um die Konstruktion einer "terroristischen" Vereinigung an der Startbahn-West. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit fand hier bisher eine Inszenierung statt, um nachträglich etwas nach scheinbar "rechtsstaatlichen" Prinzipien festzuschreiben, was schon vorher medienwirksam verbreitet wurde: die "terroristische" Durchdringung der Startbahn-Bewegung. Tatsächlich tun sich die Bundesanwaltschaft und das Gericht äußerst schwer, und sind in ihrer Beweisführung immer wieder mit heftigsten Rückschlägen konfrontiert. Und in ihrer Not greifen sie dann zu ganz unfeinen Mitteln.

Etwas anderes läßt sich jetzt aber auch schon sagen: die von uns allen vor dem Prozeß befürchtete gegenseitige Zerfleischung der Angeklagten, das medienwirksam inszenierte Gerichtsschauspiel, in dem eine ganze politische Bewegung seziert werden würde, findet bisher nicht statt. In vielen Situationen ist wieder die Kraft zu spüren, die einstmals von dieser Bewegung ausging. Diese Kraft geht nicht nur von den Leuten aus, die immer wieder als "Zuschauerinnen" im Gerichtssaal anwesend sind, sondern auch von den Angeklagten selbst und den Zeuginnen vor Gericht, die sich trotz der Androhung von Repressalien nicht zu Erfüllungsgehilfen der Bundesanwaltschaft machen lassen, und entweder ihre Aussage verweigern oder früher gemachte Aussagen zurücknehmen und stattdessen die Vernehmungsbeamten auf die Anklagebank stellen.

"Terroristische Vereinigung"

Vor und nach der Sommerpause stand nichts anderes zur Debatte, als die Existenz einer solchen Vereinigung zu beweisen. Beweisen kann die BAW dies nicht, denn Beweise hat sie nicht. Stattdessen bedient sie sich der Hilfsmaßnahmen, die auch aus anderen 129a-Verfahren bekannt sind. So soll z.B. über Aussagen, daß bestimmte Angeklagte öfters zusammen an der Startbahn gesehen worden sind, der Eindruck erweckt werden, daß sie ein Gespann seien. Aus der reinen Gegnerschaft zur Startbahn und dem politischen Engagement wird der Hintergrund zur Mitgliedschaft in der Vereinigung. Und an der Stelle, wo es um die inneren Strukturen und den Charakter dieser Vereinigung als "terroristische" geht, an einer Stelle, wo die BAW überhaupt keine Beweise vorlegen kann, da behauptet sie, es handele sich bei dieser vermeintlichen Gruppe um eine "Resonanz-RZ", und führt zur Beweisführung dafür Urteile anderer Gerichte, die teilweise 10 Jahre zurückliegen, ein. In diesen höchstrichterlichen Urteilen ist festgeschrieben, daß die "Revolutionären Zellen" eine terroristische Vereinigung sind. So umgeht die Bundesanwaltschaft die leidige Beweisführung, daß auch die vermeintliche Vereinigung an der Startbahn-West eine "terroristische" ist. Das Gericht ist in ihrem Vorgehen bisher der Bundesanwaltschaft stets gefolgt.
Dies zeigte sich z.B. an dem Punkt, als Mike Kurth seine Aussage unter Hinweis auf eine mögliche Selbstbelastung (seine Verurteilung ist noch nicht rechtskräftig) verweigerte. Ohne lange zu zögern standen ihm das Gericht als auch die BAW dieses Recht auf Aussageverweigerung zu, setzten allerdings in einer Art vorweggenommenen Plädoyer voraus, daß es hier eine Gruppierung nach § 129a gibt, der er möglicherweise angehört.

Das Zustandekommen von Aussagen

Die gesamte Anklage basiert fast ausschließlich auf Aussagen, die in der ersten Zeit nach den Schüssen vom 2.11. gemacht worden sind. Die meisten Aussagen aus dieser Zeit, und zwar die entscheidenden, sind von den Leuten inzwischen zurückgenommen worden. Sie haben das damit begründet, daß sie seinerzeit von den Vernehmungsbeamten psychisch unter Druck gesetzt worden seien. Dies wurde schon zu Anfang des Prozesses deutlich, als mehrere Angeklagte, die inzwischen verurteilt und nicht mehr am Prozeß beteiligt sind, in langen persönlichen Erklärungen die Vernehmungssituationen deutlich machten.
Das Gericht und die BAW berufen sich aber immer noch auf die früheren Aussagen, und begründen dies damit, daß die betreffenden Personen die Aussagen nur deshalb zurückgenommen haben, weil von der Scene Druck auf sie ausgeübt worden sei.
Vor kurzem stand ein weiterer Hauptbelastungszeuge, Baldur Opificius, vor Gericht. Er hatte mehrmals bei der Polizei ausgesagt. Zuerst am 2./3.12.87 und später im Januar 1988. Bei der zweiten Vernehmung hatte er die Aussagen aus der 1. Vernehmung größtenteils zurückgenommen, unter Hinweis darauf, daß diese nur unter Druck zustandegekommen seien, daß sie falsch seien. Die Bundesanwaltschaft beruft sich aber sowohl in der Anklageschrift als auch im Gerichtsaal immer auf die Aussagen der 1. Vernehmung.
Jetzt vor Gericht, wollte Baldur die Aussagen unter Hinweis auf eine mögliche Selbstbelastung verweigern. Sowohl BAW und Gericht wollten dem zustimmen. Als aber klar war, daß die BAW weiter auf den Aussagen der ersten Vernehmung beharrte, und dies eventuell durch die Aussagen der Vernehmungsbeamten in den Prozeß einbringen wollte, verlangte die Verteidigung, daß Baldur zumindest zu seiner Vernehmungssituation aussagen sollte.
Und nun kam vor Gericht ganz hart und deutlich zur Sprache, wie seine ersten Aussagen (noch ohne Anwalt) zustandegekommmen waren:
— ein Großteil der Aussagen stammen nicht von ihm, sondern sind ihm von den Vernehmungsbeamten in den Mund gelegt worden;
— seine Unterschrift unter die Aussageprotokolle wurden von ihm damit erpreßt, daß ihm versprochen wurde, dann am nächsten Tag frei zu kommen, bzw. daß er dadurch unter Druck gesetzt wurde, daß ihm vermeintliche Aussagen anderer, die es aber nie gegeben hat, vorgehalten wurden, die ihn bezichtigten, daß er an Anschlägen beteiligt gewesen sei;

Startbahn-Prozess....

...Startbahn-Prozess

— er war direkten Drohungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt. Diese Drohungen der Vernehmungsbeamten gab er vor Gericht so wieder: "In Stammheim ist noch ein Zimmer frei, Dir reiß ich den Arsch auf, Dir schlag ich den Tisch auf den Schädel, Dir werfe ich die Schreibmaschine an den Kopf.";
— von Bundesanwalt Pflieger, der hier im Prozeß Ankläger ist, wurde ihm beim Verhör damit gedroht: "Sie haben Strafvereitelung begangen. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, daß sie nicht unter drei Jahren Haft davonkommen."
— unter das erste Vernehmungsprotokoll hatte er persönlich geschrieben: "Ich bestätige, daß ich die Aussage freiwillig, ohne Druck und ohne Versprechungen gemacht habe." Vor Gericht bestätigte er jetzt, daß ihm dieser Satz direkt von den Vernehmungsbeamten so diktiert worden sei, mit der Versprechung, dann komme er nicht in U-Haft;
usw. ...

Der Knaller

Nach dieser Offenbarung waren Gericht und Bundesanwaltschaft in Nöten. Wenn diese Aussagen so stehen blieben, dann war auch ihr letzter Hauptbelastungszeuge ein Rohrkrepierer. Sie flüchteten sich in den vermeintlichen Ausweg, die damals am Verhör beteiligten Beamten vor Gericht als Zeugen zu vernehmen, und somit die Aussagen von Baldur unglaubwürdig zu machen.
Schon die beiden ersten Beamten verstrickten sich dann nicht nur in Widersprüche, sondern mußten auch einige der Vorwürfe Baldurs bestätigen.
Die BI gegen die Flughafenerweiterung hatte sich zu diesem Zeitpunkt dazu entschlossen, ihr ausgezeichnetes Prozeßinfo vorläufig nicht erscheinen zu lassen, um somit den Polizeizeugen die Möglichkeit zu nehmen, daß diese sich aus den Prozeßinfos die nötigen Informationen darüber holen, was die Beamten vor ihnen denn gesagt haben.
Und in genau dieser Situation wird bei der Vernehmung des dritten Beamten, nachdem er schon einige Gedächtnislücken hatte, durch ihn bestätigt, daß er vom beisitzenden Richter Kern telefonisch darüber informiert worden ist, welchen Inhalt die Aussagen hatten.
Das Gericht wußte sich in dieser prekären Situation eben nicht anders zu helfen, als von sich aus Nachhilfe zu geben, um den Prozeß auch weiterhin über die Bühne zu bringen.
Nach diesem Knall wurde der Prozeß vertagt und für 10 Tage unterbrochen, zuvor stellten die Verteidigerinnen noch einen Befangenheitsantrag gegen den betreffenden Richter. Ob diese Praxis schon vorher geübt worden ist, ist bisher nicht bekannt. Es läßt sich auch schwer einschätzen, was dieses für die anderen Aussagen bedeutet, die von der Bundesanwaltschaft und vom Gericht einfach als wahr unterstellt werden, obwohl die betreffenden Personen diese Aussagen ebenfalls unter Hinweis auf den auf sie ausgeübten Druck zurückgenommen hatten.
Auf jeden Fall ist die Anklageseite in diesem so vermeintlich sicheren Prozeß in eine erneute Schlappe gerasselt, deren Ausmaß noch gar nicht abzusehen ist. Auf alle Fälle kommt die Bundesanwaltschaft in allerhöchste Beweisnot.

PRESSEMITTEILUNG

Betr.: Sogenanntes Startbahnverfahren 7.09.89

Heute wird vor dem Oberlandesgericht Frankfurt Achim Bender, einer der Sprecher der Bürgerinitiative nachfolgende Erklärung abgeben.
Die Erklärung von Achim Bender wird von der BI begrüßt und unterstützt.

eine Startbahn West, NICHTFLUGVERBOT

ACHIM BENDER
WILHELM LEUSCHNER STRASSE 50a
6082 MÖRFELDEN · TEL.: 06152/23524

Mörfelden, den 7. September 1989

Persönliche Erklärung

"Universelles Geschichtsbild und gegenwärtiges Situationsbewußtsein tragen sich gegenseitig. Wie ich das ganze sehe, so erfahre ich das Gegenwärtige. Je tieferen Grund im Vergangenen ich gewinne, desto wesentlicher meine Teilnahme am gegenwärtigen Gang der Dinge"

Karl Jaspers

Ich bin heute als Zeuge in diesem Prozeß geladen. Den Angeklagten wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Ich soll Angaben zu eigenen Wahrnehmungen an der Startbahn 18 West betreffend die Angeklagten Andreas Eichler und Andreas Semisch machen.

Ich habe mich entschlossen meine Aussage zu verweigern.

Mir ist bekannt, daß die Möglichkeit besteht, gegen mich Beugehaft zu verhängen. Dies würde mir aus verschiedenen Gründen nicht gefallen. In wenigen Wochen werde ich meine Abitur am Abendgymnasium in Neu Isenburg ablegen. Auch besteht die Möglichkeit, daß ich meine Arbeitsstelle als Vorarbeiter verlieren könnte. Es steht nicht nur meine Arbeitsstelle zur Disposition, sondern auch mein Betätigungsfeld für meine politische Arbeit als Betriebsrat. Ich werde mich nicht beugen lassen.

Bende.

Achim Bender

Aussageverweigerung und Repressalien

Und dann gibt es im Prozeß noch eine andere Art von Zeugen; diejenigen, die die Aussage schlichtweg verweigern. Bisher sind dies Achim Bender (siehe seine Erklärung), Klaus Wenzel und Frank Weihermüller. Achim und Frank sollten ihre Beobachtungen zu Andi Semisch und Andreas Eichler schildern. Allein aus der Beobachtung, daß diese öfters zusammen gesehen worden sind, oder über was diese gesprochen haben, würde die BAW den Schluß ziehen, daß die beiden "ein Gespann" (ganz im Sinne nach §29a) seien.
Beide verweigerten die Aussage, auch ohne sich auf ein eventuelles Aussageverweigerungsrecht zu stützen. Gegen Achim sprach das Gericht daraufhin 600 DM Ordnungsstrafe aus, gegen Frank 300 DM. Eine eventuelle weitergehende Beugehaft behielt es sich vor.
Für die Angeklagten und die Zuschauer waren dies Momente, in denen ganz viel von der Kraft zu spüren war, die die Bewegung einmal ausgemacht hat. Von Seiten des Gerichts wurde ganz deutlich, daß jedes "nichtkooperative" Verhalten entsprechend sanktioniert wird - was nicht anders zu erwarten war.

Von hier aus

Mut und Kraft für alle Beteiligten !

Startbahn-Prozess...

Startbahn-Prozess....

Zum jetzigen Zeitpunkt - nach der Sommerpause und nachdem zu den vorgeworfenen Anschlägen die Beweisaufnahme fast abgeschlossen ist - wollen wir einen Überblick zum bisherigen Prozeßablauf aus unserer Sicht geben.
Ausgehend von der Anklageschrift, die von uns im BI-Info 21 vor Beginn des Prozesses in einer Zusammenfassung veröffentlicht wurde, erinnern wir uns, daß wir seinerzeit ein bedrückendes Gefühl hatten; die Anklageschrift wirkte auf uns mit ihrer Fülle von angeblichen Beweisen geradezu erschlagend.
Vor allem lag in gar nicht allzu langer Vergangenheit die ganze Kriminalisierungswelle mit Hausdurchsuchungen, abgehörten Telefonen usw. hinter uns. Das Bewußtsein vom ständig erhobenen Mordvorwurf, der den Fahndern reihenweise Türen und bei den damit konfrontierten Menschen allzu oft Münder öffnete, wirkte in der ganzen Startbahnbewegung noch lange nach.

Beitrag, gehalten auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung am 31.8.1989

Trotzdem sagten wir schon damals zur Anklageschrift: "...daß die Darstellung der Ereignisse und Fakten nicht der Realität entsprechen muß, an vielen Punkten in Frage gestellt werden wird und zu widerlegen ist."
Und wir hofften, daß diese Anklageschrift nicht dazu führt, "...sich von der scheinbar in sich geschlossenen und als wahr erscheinenden Gesamtdarstellung überrumpeln zu lassen."

Kurzbewertung

Von den Vorwürfen der Anklageschrift ist zu den einzelnen Straftatbeständen nicht viel übriggeblieben. Außer den Aussagen zu den beiden Masten Hasselroth und Offenthal hat die BAW bis jetzt nichts wesentliches zu den einzelnen Tatvorwürfen vorgebracht.
Hätte es diese Aussage nicht gegeben, wäre ein Bolzenschneider, eine undeutliche Reifenspur und ein angebliches Anschlagsarchiv in einem Bankschließfach so ziemlich alles gewesen, was von der riesigen Anklageschrift-Konstruktion bisher Bestand gehabt hätte.
Eine Fülle von Aussagen sind im Laufe der Beweisaufnahme in sich zusammengefallen. So z.B. eine Personenbeschreibung vom Anschlag auf die Dresdner Bank, die einen Angeklagten darstellen sollte oder die Identifizierung eines Angeklagten zum Anschlag auf die Wahlurne per Lichtbildmappe.
Auch angebliche Sachbeweise haben sich im Laufe des Prozesses als nackte Propaganda entpuppt. So z.B. Löcher in den Wänden, in denen Waffen verborgen gewesen sein sollen. So manches Vernehmungsprotokoll stellte sich als "Wunschprotokoll" von vernehmenden Beamten heraus. Ein Zeuge sah sich mit einem Protokoll konfrontiert, das ohne ihn geschrieben und ihm nie vorgelegt worden war.
Dadurch wird auch verständlicher, warum die BAW so verbissen an einzelnen Personen (wie z.B. Andreas Semisch und Rainer Hübner, aber auch Ina Then) festhält. Sie brauchen mindestens drei Personen für eine terroristische Vereinigung (es wird also personell knapp) und sie brauchen einen inhaltlichen Zusammenhang (theoretischen Kopf). Zur Zeit sieht die terroristische Wunschvereinigung in den Köpfen der Bundesanwälte wahrscheinlich so aus:
Andreas Eichler: Rädelsführer und Organisator; Andreas Semisch: Theoretiker und politischer Kopf; Rainer Hübner: technischer Leiter; Ina Then und Frank Hoffmann: Mitglieder.
Außer den Urteilen, in denen Andreas Eichler als Anstifter für zwei Mastanschläge festgeschrieben wird, ist von dem allerdings bisher nichts greifbar, und das bezieht sich zudem noch auf Straftaten, die in 1986 wiederum nicht zu den Katalogdaten des 129a gehörten.
Warum nun aber der Nachweis einer terroristischen Vereinigung für die BAW so unbedingt nötig ist, wird wiederum klar, wenn man sich vor Augen hält, daß dann über die Bekennerschreiben alle einzelnen Anschläge den angeblichen Mitgliedern angelastet werden können, ohne daß im Einzelfall der Nachweis einer Tatbeteiligung geführt werden muß.
Nach der kläglichen Beweisführung zu den einzeln vorgeworfenen Anschlägen wird die BAW nichts anderes mehr können, als mit aller Macht zu versuchen, die terroristische Vereinigung durchzudrücken. Anders wäre es auch nicht mehr möglich, den gesamten Aufwand eines solch riesigen Prozesses vor dem OLG zu rechtfertigen. Denn da der Mordvorwurf vom 129a-Konstrukt abgetrennt wurde, hätte dieser schon längst vor einem Schwurgericht verhandelt sein können.

Autonomes Prozeßbüro Ffm
JUZ Bockenheim
Vattentrappstr. 38
6000 Frankfurt/M.
Tel. 069/703337
jeden Di und Do 12 - 19 Uhr

Spendenkonto für Haftbetreuung:
Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 500 50 201
Konto-Nr. 307 028 755 Ralf Stutzke

Rechtshilfekonto:
Postgirokonto Frankfurt
Konto-Nr. 160 72 603 Volker Luley,
Bunte Hilfe Frankfurt

BI gegen die Flughafenerweiterung
c/o Helga Arnold
Wilhelm-Leuschner-Str. 50a
6082 Mörfelden

Startbahn-Prozess....

...Startbahn-Prozess

Interview mit AnwältInnen

Nachfolgendes Interview sollte eigentlich in der TAZ veröffentlicht werden, dafür wurde es von den Rechtsanwältinnen gegeben. Aber die Berliner TAZ-Redaktion hat anders entschieden, das Interview wäre nicht nachvollziehbar für die Leser etc. Anmerkung von uns: Hätte die TAZ in den vergangenen Monaten nicht so mangelhaft über den Prozeß berichtet - dann wäre jetzt alles klarer. Nach einmonatiger Sommerpause läuft am Donnerstag vor der Staatsschutzkammer am Oberlandesgericht der Startbahn-Prozeß wieder an. Von ursprünglich neun Angeklagten sind noch fünf übriggeblieben: Zum einen Andreas Eichler und Frank Hoffmann, denen die Bundesanwaltschaft neben der Rädelsführerschaft beziehungsweise der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" die tödlichen Schüsse auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn am 2.11.87 sowie zweifachen Mordversuch vorwirft. Zum anderen sind Reiner Hübner, Andreas Semisch und Ina Then ebenfalls der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" - laut Anklagekonstrukt "Gruppe Eichler" - beschuldigt. Ist eine Abtrennung der Verfahren gegen die drei möglich? Die TAZ sprach darüber mit den Rechtsanwältinnen Waltraut Verleih (Verteidigerin von Ina Then), Wolfgang Kronauer (Andreas Semisch) sowie Ursula Seifert und Thomas Scherzberg (beide Reiner Hübner).

TAZ: Ist eine Abtrennung weiterer Verfahren möglich? Macht Reiner Hübner den Auftakt? Die BAW selbst bot eine Abtrennung schon an.

Rechtsanwältin (RA) Seifert: Der 5. Strafsenat hätte das Verfahren gegen Reiner wahrscheinlich gerne abgetrennt. Die BAW hat sich jedoch quergestellt, weil sie in Beweisnot ist und deshalb als Bedingung für die Abtrennung eine Zustimmung als "Mitglied einer kriminellen Vereinigung" wollte: Mindestens zweieinhalb Jahre Haft. Für das weitere Verfahren hätte das bei den übrigen Angeklagten bedeutet: Da gab es eine "kriminelle Vereinigung" (§ 129), die ab 1987 als "terroristische Vereinigung" (129a) weiterbestand. Alleine wird Reiner jetzt nicht mehr abgetrennt. Wenn überhaupt, dann nur noch zusammen mit Andreas Semisch und Ina Then.

RA Verleih: Der Senat wird den 129a-Komplex durchverhandeln und wird diesen als Gesamtkomplex beenden - ohne Abtrennungen.

Rechtsanwalt (RA) Scherzberg: Vermutlich wird nicht mehr abgetrennt. Die Entscheidung ist mit der Anordnung der Haftfortdauer gegen Andreas Semisch grundsätzlich gefallen.

RA Kronauer: Die bisherigen Abtrennungen der vier mittlerweile verurteilten Startbahngegnerinnen erfolgte nur aus prozeßtaktischen Gründen: Das Mammutverfahren mit neun Angeklagten und 18 Rechtsanwältinnen war nicht mehr handhabbar. Der Senat hat so zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen sind die Personen raus aus dem Verfahren, die offensichtlich nicht in die sogenannte Vereinigung paßten. Zum anderen war eine Verurteilung derer einfach, weil sie sich distanzierten und Tatgeständnisse lieferten. Die jetzt noch dabei sind, sollen der angeblich "harte Kern" sein - die Vereinigung, die sie konstruieren wollen. Die Anordnung der Haftfortdauer gegen Andreas Semisch zeigt, daß er auf jeden Fall in der Vereinigung gehalten werden soll. Er befindet sich nämlich in einer Sondersituation. Das Linguistische Gutachten, auf das die Anklage gegen Semisch gestützt wurde, hielt im Prozeß nicht stand. Bei dem gegen ihn erfolgten Beschluß ging es um alles oder nichts: Einstellung oder 129a.

TAZ: Andreas Semisch wird als 3. Mann für die 129a-Konstruktion in Haft gehalten?

RA Scherzberg: Will der Senat denn die 129a-Verurteilung? Das ist sicher nicht einheitlich bei den Richtern. Die Handlungsweise bei den vier Abgetrennten und die 129a-Einstellung im Rosbach-Prozeß (gegen Ali J., Michael D. und Bernhard R. war vor dem gleichen Senat anhängig) bei gleichzeitigem hohen Strafmaß zeigt, daß der Senat nicht ständig nach 129a verurteilen will.

RA Kronauer: Selbst wenn sie den 129a fallen lassen, werden sie ein hohes Strafmaß verhängen. Gerade bei Andreas Semisch wegen seiner angeblichen rechtsfeindlichen Gesinnung - schließlich befinden wir uns im Gesinnungsstrafrecht.

RA Seifert: Bei Semisch befürchte ich auch eine hohe Strafe: Sie werden aus ihm als angeblichem Bekennerschreiben-Verfasser einen führenden Kopf der angeblichen Gruppe machen. Bei unserem Mandanten fällt ihnen der Nachweis für eine rechtsfeindliche Gesinnung schwerer.

RA Kronauer: Aber auf die legen sie wert. Bei den Abgetrennten haben sie die rechtsstaatliche Gesinnung im Urteil gewürdigt.

RA Verleih: Es ist doch gerade die Frage, warum Reiner und Ina noch auf der Anklagebank sitzen, obwohl die ihnen vorgeworfenen Sachverhalte und Anschläge längst in der Beweisaufnahme behandelt wurden. Je länger sie im Verfahren gehalten werden, umso höher wird, fürchten wir, die Strafe. Mit einer vereinfachten Beweisaufnahme wird in aller Stille und ohne Dramatik eine Vereinigung konstruiert. Die Hauptverhandlung, wie sie zur Zeit durchgeführt wird, nimmt auch nach außen die Bedrohlichkeit des 129a weg.

RA Scherzberg: Das heißt aber, daß jetzt der Teil beginnt, der auch die Strukturen der Startbahn-Bewegung betrifft. Für die Szene der entscheidende Teil.

RA Verleih: Der Teil der Beweisaufnahme mit Sachverhalten, die keinen objektiven Kriterien mehr unterliegen.

TAZ: Wie könnt Ihr den 129a angehen?

RA Scherzberg: Es kommt sicher das Dilemma auf uns zu, daß eine 129a-Entkräftung teils nur über Aussagen laufen könnte.

RA Kronauer: Die BAW würde sich freuen...

RA Verleih: Konstruktionen wie die Anklage nach 129a StGB sind für die Verteidigung immer ein Problem. Mangels konkreter Fakten, sind die Konstrukte ihrer Natur nach schwer anzugreifen. Nur: Die BAW ist dieses Jahr sowohl im Verfahren gegen Uli W. vor dem OLG Stuttgart, gegen die RA Ute Brandt vor dem Hanseatischen OLG und im Rosbach-Verfahren vor dem gleichen 5. Senat, der auch das Startbahnverfahren verhandelt - mit ihren 129a-Konstruktionen gescheitert. Trotz der Bedeutung des Verfahrens für die Region und dem immensen Interesse der BAW zur Feststellung und Verurteilung einer sogenannten "terroristischen Vereinigung" zu kommen, hoffe ich auf eine anderweitige Entscheidung des Senats - auch wenn der Haftfortdauerbeschluß gegen Semisch nichts gutes verheißt. Aber: Über die Haftfortdauer entscheidet der Senat in der Besetzung Schieferstein, Kern und Klein, während über das Urteil alle fünf Richter des Senats entscheiden. Möglicherweise haben einige der Senatsmitglieder doch Bedenken in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht, dem Begehren des verfolgungswütigen Generalbundesanwalts zu folgen.

Michael Blum

...Startbahn-Prozess

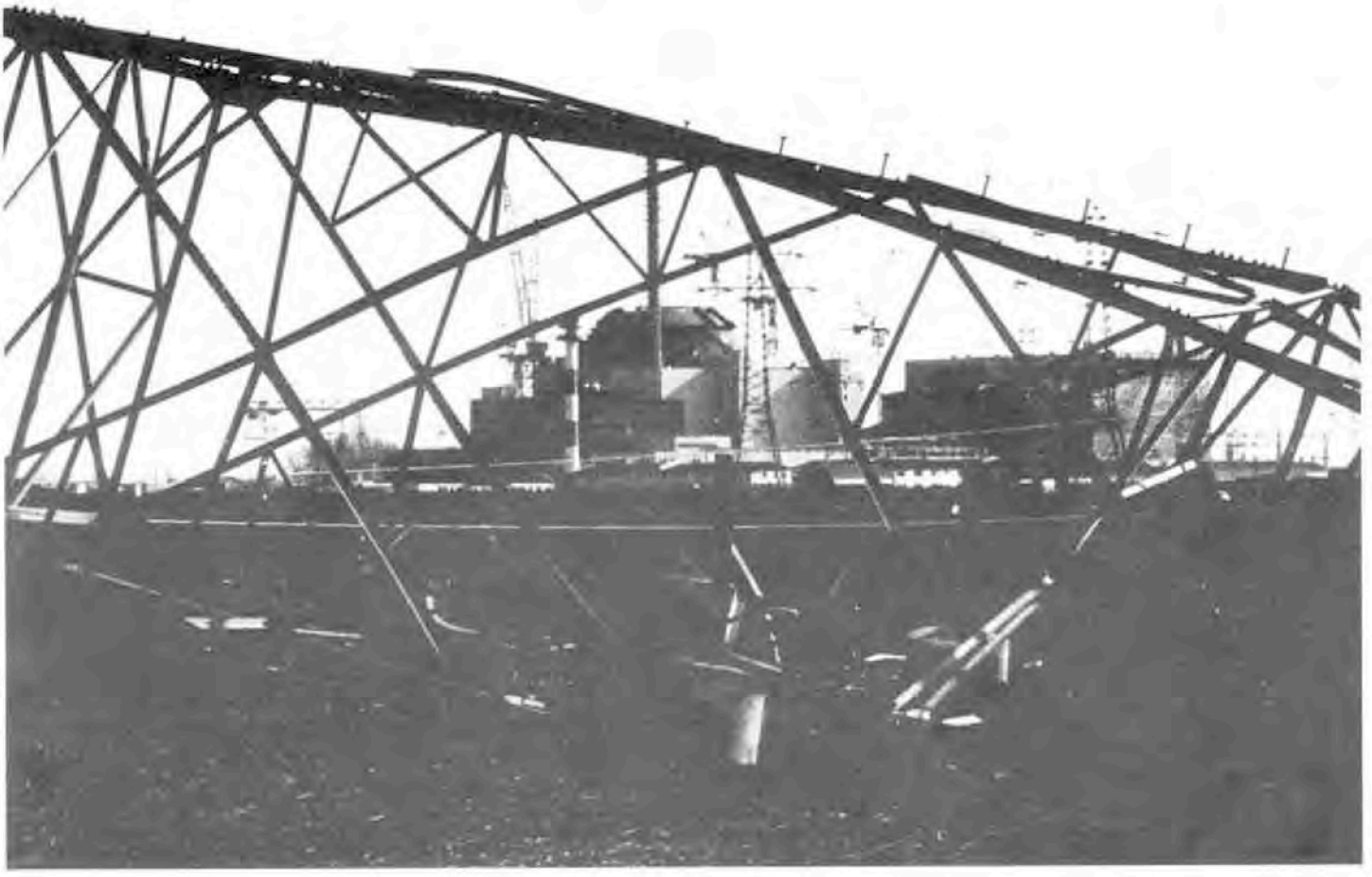
Neuer Haftbefehl gegen Fritz Storim

Im Juli erließ das Amtsgericht Itzehoe auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl gegen Fritz Storim. Dieser Haftbefehl wurde ihm am 10. August im Untersuchungsgefängnis Hamburg zugestellt, in dem Fritz nach einem 129a-Verfahren seit Ende Mai in Isolationshaft "sitzt". Mit dem neuen Haftbefehl wird Fritz der "Mittäterschaft" an der Herbeiführung eines Sprengstoffvergehens nach § 311 StGB bezichtigt. Konkret soll er am 28.4.84 mit anderen (Unbekannten) einen Sprengstoffanschlag begangen haben, indem an drei Pfeilern eines Strommastes in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf eine Sprengladung angebracht wurde und der Mast mit Hilfe dieser umgelegt wurde.
Der Vorwurf stützt sich auf eine obskure Indizienkonstruktion: Als Zündzeitverzögerer soll ein bestimmter Schaltplan verwendet worden sein, der nahezu identisch sei mit einer im "Handbuch zur Selbsthilfe, Ergänzung 1. Oktober 86" abgebildeten Schaltung. Handbuch und Ergänzung waren im Sommer 87 bei einer Hausdurchsuchung in Fritz' Wohnung beschlagnahmt worden, bei einer weiteren Durchsuchung im Dezember 87 war ein Carbonschreibmaschinenband mitgenommen worden. Und die Auswertung dieses Bandes soll ergeben haben, daß die Ergänzung auf einer Schreibmaschine in Fritz' Wohnung getippt worden sei.
Um dieses Konstrukt "glaubwürdiger" erscheinen zu lassen, wird Fritz in dem Haftbefehl weiter vorgeworfen, über beträchtliches Fachwissen zu verfügen, da er ja Doktor der Physik sei und durch seine Lehrtätigkeit praktische Erfahrungen hätte. Besonderes Gewicht wird auf die Tatsache gelegt, daß Fritz bekanntermaßen ein entschiedener AKW-Gegner sei.

Im Juli erließ das Amtsgericht Itzehoe auf Antrag der dortigen Staatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl gegen Fritz Storim. Dieser Haftbefehl wurde ihm am 10. August im Untersuchungsgefängnis Hamburg zugestellt, in dem Fritz nach einem 129a-Verfahren seit Ende Mai in Isolationshaft "sitzt". Mit dem neuen Haftbefehl wird Fritz der "Mittäterschaft" an der Herbeiführung eines Sprengstoffvergehens nach § 311 StGB bezichtigt. Konkret soll er am 28.4.84 mit anderen (Unbekannten) einen Sprengstoffanschlag begangen haben, indem an drei Pfeilern eines Strommastes in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf eine Sprengladung angebracht wurde und der Mast mit Hilfe dieser umgelegt wurde.
Der Vorwurf stützt sich auf eine obskure Indizienkonstruktion: Als Zündzeitverzögerer soll ein bestimmter Schaltplan verwendet worden sein, der nahezu identisch sei mit einer im "Handbuch zur Selbsthilfe, Ergänzung 1. Oktober 86" abgebildeten Schaltung. Handbuch und Ergänzung waren im Sommer 87 bei einer Hausdurchsuchung in Fritz' Wohnung beschlagnahmt worden, bei einer weiteren Durchsuchung im Dezember 87 war ein Carbonschreibmaschinenband mitgenommen worden. Und die Auswertung dieses Bandes soll ergeben haben, daß die Ergänzung auf einer Schreibmaschine in Fritz' Wohnung getippt worden sei.
Um dieses Konstrukt "glaubwürdiger" erscheinen zu lassen, wird Fritz in dem Haftbefehl weiter vorgeworfen, über beträchtliches Fachwissen zu verfügen, da er ja Doktor der Physik sei und durch seine Lehrtätigkeit praktische Erfahrungen hätte. Besonderes Gewicht wird auf die Tatsache gelegt, daß Fritz bekanntermaßen ein entschiedener AKW-Gegner sei.

Zur Situation von Fritz

Nach einem zweieinhalbmonatigen 129a-Prozeß vor dem Oberlandesgericht Hamburg war Fritz am 17. Januar 89 zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Vorwurf: Er sei für die Dokumentation zweier Beiträge zur "Zusammenlegung der politischen Gefangenen" in der Hamburger Info-Sammlung Sabot mitveranwortlich und habe damit die terroristische Vereinigung RAF unterstützt. Gegen diesen Gesinnungsprozeß entwickelte sich breite Mobilisierung von den Autonomen bis hin zu Journalistinnen und sozialdemokratischen Juristinnen. Polizeiketten vor dem Gerichtsgebäude, Aussperrung der Öffentlichkeit, Räumungen des Gerichtssaals, Knüppeleinsatz und zahlreiche Festnahmen gaben den polizeistaatlichen Rahmen. "Noch nie seit Bestehen der BRD", lamentierte der Vorsitzende Richter Bürrig, "ist in Hamburg ein Gericht so unter Druck gesetzt worden." Dennoch gelang es nicht, die Verurteilung zu verhindern. Fritz trat die Haftstrafe nicht an, wurde am 31. Mai in einer Blitzaktion von sieben Zivilfahndern in Hamburg-St. Pauli festgenommen.
Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Entscheidung über die Zulassung der Revision steht in Kürze an. Fritz befindet sich seitdem in Einzelhaft unter Isolationshaftbedingungen. Seine Haftbedingungen schildert er folgendermaßen:
23 Stunden allein in der Zelle. Jeder Versuch, Kontakt zu anderen Gefangenen aufzunehmen - z.B. durch Rufen auf den Innenhof - wird sofort unterbunden. Zweimal in der Woche Zellenrazzia, wo immer wieder willkürlich persönliche Dinge weggenommen werden, obwohl sie den Kontrollrichter bereits passiert hatten. Alle Post, auch die der Verteidigerinnen wird kontrolliert. Dabei gab es etliche Anhaltebeschlüsse sowohl für Post als auch Literatur und Flugblätter. So wurde u.a. auch ein Buch mit Arbeiterliedern nicht durchgelassen ebenso aktuelle Broschüren und sogar Luftballons, da sie die "Sicherheit der Anstalt gefährden".
Nach wie vor "sitzt" Fritz in einer Zelle ohne Stromanschluß. Zweimal im Monat, jeweils eine halbe Stunde, hat Fritz Privatbesuche unter Aufsicht eines LKA- und Polizeibeamten. Willkürlich wird dabei von der Anstaltsleitung festgelegt, ob sie mit oder ohne Trennscheibe stattfinden. Alle Anwaltsbesuche sind ebenfalls mit Trennscheibe. Nicht nur Fritz wird nach jedem Besuch völlig durchsucht, auch die Anwältinnen werden beim Betreten der Haftanstalt nach WAffen und anderen gefährlichen Gegen-



ständen elektronisch durchleuchtet, um "Aktionen zu seiner Befreiung oder der Störung des Anstaltsablaufs" zu verhindern.
Am 23. September, nach 114 Tagen Isohaft, erhielt Fritz einige Hafterleichterungen. Er darf jetzt an den für die Abteilung üblichen Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen. Nur sind diese in seiner Abteilung sehr begrenzt. Fritz wird neuerdings "gestattet" am Hofgang mit anderen Gefangenen teilzunehmen, am Gemeinschaftsduschen und am Einkauf. Im Gegenzug dazu hat es eine Verschärfung bei den Privatbesuchen gegeben. Neuerdings finden alle Besuche mit Trennscheibe statt.
Dieses Ping-Pong-Spiel von "Zuckerbrot und Peitsche" findet nicht nur bei Fritz statt. Es ist verbreitetes Kalkül und soll die Gefangenen immer wieder mit neuen Situationen konfrontieren, wobei erkämpfte Zugeständnisse jederzeit wieder genommen werden können. Obwohl es sich nur um minimale Hafterleichterungen handelt, bedeuten sie für Fritz nach der langen Isohaft, doch einen großen Fortschritt. Er sagt selber, daß sie ihm helfen, die 23 Stunden im Loch besser zu ertragen.

Politischer Angriff auf den Widerstand

Nach dem gleichen Muster wie z.B. in der Anklage gegen Ulla Penselin und in dem Prozeß gegen Ingrid Strobl basteln sie auch mit dem neuen Haftbefehl gegen Fritz ein Täterbild aus Gesinnung, politischen Zielen und vermeintlicher logischer Indizienkette zusammen. Wie schon bei dem 129a-Verfahren gegen ihn wird auch hier aus Fachwissen, Bildungsstand, Berufspraxis und System-Gegnerschaft eine "Täterpersönlichkeit" von Fritz gezeichnet, die eine Verurteilung schon im Vorwege öffentlich rechtfertigen soll.
Sie wollen Fritz zerstören, wie sie alles zerstören wollen, was sich ihrer Herrschaft und ihrer menschenverachtenden Politik entgegenstellt. Mit dem Versuch, Fritz zu treffen, soll der gesamte radikale Widerstand getroffen werden. Sie wollen einschüchtern, abschrecken, spalten, isolieren.

Wir fordern:

Aufhebung des Haftbefehls und sofortige Freilassung von Fritz

Zusammenlegung aller politischen Gefangenen, die dies wollen

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen

Stillegung der herrschenden Klasse

Adresse:
Fritz Storim, c/o 3. Strafsenat am OLG
AZ: 2 - OJS 7/87; Az 20
Postfach 30 01 21, 2000 Hamburg

Kontaktadresse:
Solidaritätsgruppe Fritz, c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 36

Für die Fortsetzung der Unterstützungsarbeit wird dringend Geld benötigt.
Spendenkonto: Anderkonto "Fritz",
RA Andreas Beuth, Kto-Nr.: 1250/120 084
Haspa (BLZ 200 505 50)

Geldspenden an Fritz nur per Postanweisung an seine Knast"Adresse".

Fritz Storim in der Anti-AKW-Bewegung

Fritz gehört zu einem Kreis von Hamburger PhysikerInnen, die in den frühen 70er Jahren den beginnenden Protest gegen das geplante AKW Brokdorf wissenschaftlich unterstützten. Dabei fand ich an dem Kreis, und besonders an Fritz persönlich, besonders positiv, daß sie bewußt die Rolle von "Gegenexpertinnen" vermieden, wie sie in den späteren Jahren manche Fachleute spielten. (Da schlugen sich oben auf dem Podium die pro- und contra-WissenschaftlerInnen die Millirem um die Ohren, und die Laien hörten staunend zu und dachten, irgendwie wird sich schon die Wahrheit durchsetzen.) Es kam ihnen vielmehr darauf an, die Ideologie von der objektiven, unbezweifelbaren Wissenschaft überhaupt zu zerstören, den Leuten also den Respekt vor den Autoritäten zu nehmen. Ergebnis war, daß die Bauern die Rechnungen der Experten über radioaktive Belastungen mit ihren eigenen von Bewässerung, Futter und Vieh konfrontierten und widerlegten.

Zugleich bauten Fritz und seine FreundInnen in Hamburg zur Unterstützung der AKW-GegnerInnen der Wilster Marsch die Anfänge einer Anti-AKW-Bewegung auf.

Dies war die Voraussetzung für die sprunghaft wachsenden Demonstrationen auf dem Bauplatz und am Bauzaun in Brokdorf am 30. Oktober, 13. November 1986 und 19. Februar 1987, sowie in Grohnde am 19. März 1987. Die seit 1952 bis dahin unbekannte Brutalität, mit der der Staatsapparat die DemonstrantInnen niederknüppelte, führte über die demokratische Empörung vieler Menschen zur Bildung von Bürgerinitiativen in jedem Ort in Norddeutschland.

Die ebenso plötzlich entstandene Massenbewegung hatte als Schwerpunkt Kalkar, aus welchem Anlaß die ersten bundesweiten Bürgerkriegsmanöver durchgeführt wurden, dann jahrelang Gorleben, und 1981 wieder Brokdorf. Die Bewegung war, nachdem sie zunächst die Herrschenden "kalt erwischt" hatte, immer wieder von Spaltung und Umarmungstaktiken bedroht. In all den Jahren gehörte Fritz zu denen, die den Gedanken hochhielten: "Wir lassen uns nicht spalten an der Frage der Widerstandsformen, und wir lassen uns die nicht von der Gegenseite vorschreiben".

Er galt als einer der Rädelsführer der Bewegung, wobei sich wieder zeigte, daß die Gegenseite ihre Strukturen von Führern und Geführten in die Bewegung hineinprojizierten - es ging in diese Juristen- und Polizistenhirne nicht hinein, daß jede und jeder von uns unabhängig und eigenverantwortlich den gemeinsamen Kampf führt.

Auf der anderen Seite ist klar, daß Fritz' Gedanken in der Anti-AKW-Bewegung stets vielbeachtet wurden, häufig im einzelnen umstritten, aber doch von großer Bedeutung. Besonderes Gewicht legte Fritz stets auf die Organisierung der Solidarität mit den Verfolgten der Bewegung, vor allem nach den Demos von Grohnde und Brokdorf.

In den späteren Jahren wandte er sich - mit denselben Prinzipien - anderen politischen Schwerpunkten zu, in denen er den Herrschenden ebenso verhaßt wurde.

Nach dem durchgeführten Bau des AKW Brokdorf, der für zahllose Menschen Anlaß für Resignation und Entmutigung war, haben sich viele von ihnen heimlich oder offen über den gesprengten Mast gefreut, der jetzt Fritz angelastet werden soll. Die angebliche Beteiligung von Fritz daran wird ganz offensichtlich konstruiert, um ihn endlich fertig zu machen und zugleich in einem gewandelten Anti-AKW-Klima den unabhängigen und selbständigen Widerstand zu diffamieren.

Die gebotene vielfältige Solidarität mit Fritz sollte daher als ein Element die Wiederaufnahme bzw. Verstärkung des Kampfes für die Stillegung des AKW Brokdorf enthalten.

Jens Scheer

Brokdorf - Symbol für den AKW-Widerstand

Wir dokumentieren die Erklärung zum Anschlag auf den Strommast von Brokdorf, weil sie die Stimmung und Bestimmung des militanten Widerstandes zum damaligen Zeitpunkt wiedergibt und genau diese Bestimmung auch heute noch gilt: die Legitimität selbstbestimmten Widerstandes gegen menschenverachtende Projekte und die Politik dieses Staates. Daß Widerstand gegen die Atomenergie und den Staat, der sie ermöglicht und den Rahmen schafft, berechtigt und notwendig ist, zeigt, daß sich sämtliche Argumente der Anti-AKW-Bewegung gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen geschichtlich bewahrheitet haben:

- Es gibt keinen "Normalbetrieb" (dauernde Störfälle und größere Unfälle in allen AKWs).

- Es gibt genügend Alternativen zur Energieproduktion.

- Atomstrom ist der teuerste, selbst wenn die "sozialen Folgekosten" (Krebstote etc.) noch gar nicht eingehen.

- Die sichere Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufes und der verantwortungsbewußte Umgang damit ist durch den Hanau-Krimi (Nukem/Alkem, Transporte) widerlegt.

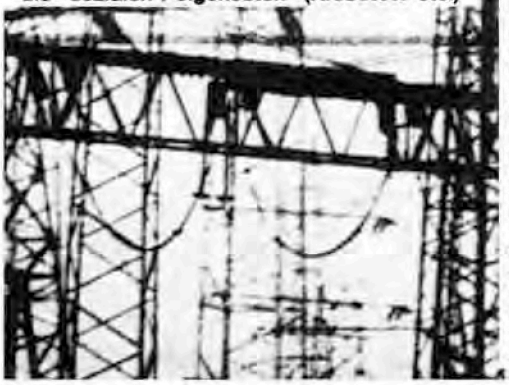
- Die Wiederaufbereitung ist großtechnisch nicht machbar, dennoch wird aufbereitet in La Hague und Sellafield - unter einem immens hohen Preis von Menschenleben und Verseuchung der Region und der Weltmeere.

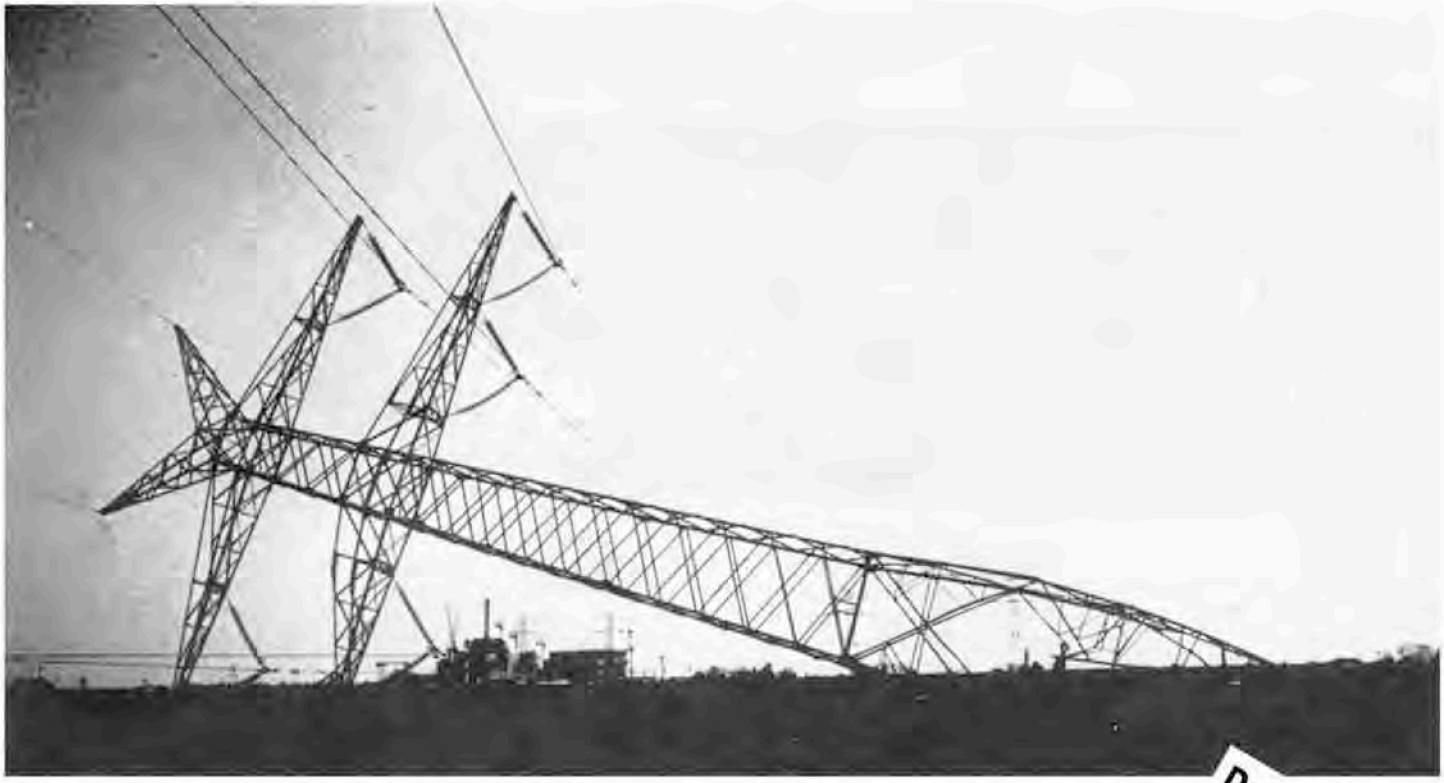
- Die Endlagerung hoch radioaktiven Mülls (Brennstäbe usw.) ist nicht möglich.

- Die angeblich unwahrscheinlichen katastrophalen Unfälle sind leider eingetreten: Harrisburg - teilweise Kernschmelze, Tschernobyl. Das ganze Ausmaß an ökologischen Folgen und Krebstoten wird sich erst nach Jahren abzeichnen (Hiroshima, Nagasaki).

- Ihre Annahme vom "größten anzunehmenden Unfall" (GAU) ist eine Lüge. Denn GAU geht davon aus, daß es nicht zur Kernschmelze kommt.

Es zeigte sich, daß die Ausrichtung des Widerstandes auf Klagen, Massenproteste, Großdemos und Bauplatzbesetzungen allein nicht ausreichen würde, den Druck zu schaffen, AKWs zu verhindern. Dem standen der Durchsetzungswille von Staat und Kapital sowie ihre Repressionsmaschine entgegen. Zunehmend wurden politische Einschätzungen diskutiert und akzeptiert, die den Widerstand gegen AKWs als einen Bestandteil des Kampfes gegen das System als Ganzes und Sabotage als legitim und notwendig begriffen. So heißt es in dem von einem breiten Bündnis getragenen Aufruf zur Brokdorf-Demo im Juni 1986: "Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird, sind alle Formen des Widerstandes gegen Einrichtungen des Atomstaates und der Atomindustrie legitim und notwendig. Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstands."





Dokumentation

Einen unserer Träume haben wir erfüllt:

In der Nacht vom Freitag, den 27.4., zum Sonnabend, den 28.4.84 haben wir einen Strommast in unmittelbarer Nähe des AKW Brokdorf gesprengt. Dieser Mast gehört zur Trasse, die das AKW an das Überlandnetz anschließt.

Der über 10jährige Kampf gegen das AKW-Brokdorf war für viele ein Symbol des Widerstands und der Hoffnung, unsere Vorstellungen gegen die menschenvernichtende Politik dieses Staates – zumindest an dieser Stelle selbst zu bestimmen.
Aber während Polizeiarmeen, Kriminalisierung, Verfolgung und Tonne um Tonne Beton und Stahl bei einem Großteil der Bewegung Hoffnung in Resignation umwandelte, heißt Weiterbau und vielleicht sogar die Inbetriebnahme für uns nicht die Beendigung unseres Widerstandes, sondern eine neue Phase unseres Kampfes.
Diese Zuversicht haben wir, weil wir wissen, daß wir unseren Kampf nicht ausschließlich über einzelne Projekte wie AKWs oder die Startbahn-West bestimmen können, sondern wir die Ursachen dafür, nämlich den Staat bekämpfen müssen. Dies wird ein sehr langfristiger Kampf sein, der Siege und Niederlagen mit einbeziehen muß. Aber unserem Ziel, einem selbstbestimmten Leben ohne Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung näher zu kommen, heißt, nicht nur gegen die äußeren Erscheinungsformen dieses Staates wie Umweltzerstörung, Kriegsvorbereitung, Überwachung, Kontrolle und funktionale Ausrichtung des Menschen, Vereinzelung und soziale Verelendung zu kämpfen, sondern gleichzeitig mit unserem Kampf auch da anzusetzen, wo die Ideologie, Moral und scheinbare Allmacht des Staates unsere Herzen und Köpfe bestimmt. Wir meinen damit auch unsere Formen der Auseinandersetzung, unsere Vorstellung von Recht, Unrecht und Legitimität, von Gewalt und Widerstand.

So geht es uns mit dieser Aktion nicht um den Sachschaden, den wir unserem Gegner zufügen, sondern auch darum, Möglichkeiten und die Kraft zu eigenständig bestimmtem Widerstand zu finden, und sie ist natürlich auch Ausdruck unserer Lebensfreude.
Wir wissen, daß viele Leute klammheimliche Freude empfinden werden, wenn sie von dieser Aktion erfahren. Genauso, wie wir uns gefreut haben, als wir von dem Anschlag auf das MAN-Computerzentrum oder den zahlreichen Aktionen gegen die Einrichtung eines Atommüllagers und einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und Dragahn sowie gegen Bau und Inbetriebnahme der Startbahn-West erfahren haben.
Diese Freude wird auch wichtig dafür sein, daß immer mehr Menschen selbstbestimmte Widerstandsaktionen durchführen, und es wird wichtig sein, sich auch öffentlich zu äußern, damit wir gegenseitig merken, daß wir nicht alleine sind.
Ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme werden wir mit allen Folgen des AKW Brokdorf konfrontiert sein. Das bedeutet – und das trifft natürlich nicht nur für das AKW Brokdorf zu –, daß wir uns verstärkt damit auseinandersetzen müssen, unseren Kampf nicht nur gegen die technischen Einrichtungen, sondern auch gegen die Verantwortlichen zu richten.
Schade, daß der Knall nicht bis in die Knäste zu hören war, aber wir grüßen damit besonders auch unsere Gefangenen Genossinnen und Genossen.
Schafft viele autonome revolutionäre Zusammenhänge!

Autonome Revolutionäre Aktion

Fritz, der Mast und die Solidarität

Mehr als fünf Jahre nach dem Fall des Brokdorfer Mastes, über den sich so viele Menschen gefreut haben, greifen die Häscher jetzt zu. Nach 5 Jahren ergebnislosen Ermittelns nehmen sie jetzt ein Schreibmaschinenband und 2 Bücher zum Aufhänger, um doch noch einmal ihren ganzen Frust zu rächen.

Nach 5 Jahren, in denen sich die politische Landschaft, auch die der Widerstandsbewegungen, total verändert haben, wo sich heute kaum noch jemand der damaligen Situation erinnert, wo sich die Aktion längst als politisch legitim erwiesen hat, da greifen sie jetzt mit erbarmungsloser Härte Fritz heraus, den sie schon immer gehaßt haben.

Dieser Mast war nicht irgendein Mast, nicht irgendeiner der über hundert Masten, die nach Tschernobyl umgefallen wurden. Diese Mastaktion ist damals zu einem Symbol und zu einer neuen Hoffnung für viele Menschen geworden. Diese Aktion fand nicht zu irgendeinem Zeitpunkt statt, sondern hatte eine gewisse Avantgardefunktion.

Nach der für viele Menschen deprimierenden Großdemo von 1981, nach dem Brokdorfprozeß mit den hohen Urteilen gegen Markus und Michael und nach der enttäuschenden Zurückschlagung der letzten Klage gegen das AKW Brokdorf im November 1983, schien dieses Symbol für eine ganze Widerstandsgeneration durchgesetzt und der Widerstand zertreten.

Ein anderes Symbol radikalen außerparlamentarischen Widerstands, die Startbahn-West, war ebenfalls gegen alle möglichen Formen des Wioderstands durchgesetzt und am 13.4.1984 in Betrieb genommen worden.

1983 war die Friedensbewegung endgültig gespalten und geschlagen und die Raketen stationiert. Die autonome-antiimperialistische Bewegung hatte ihr Waterloo in Krefeld erlebt und schlug sich mit niederschmetternden Prozessen rum.

Ein weiteres Symbol des radikalen außerparlamentarischen Widerstands, die Zeitung "radikal" war mit den hohen Urteilen im Frühjahr 1984 vermeintlich zerschlagen.

Insgesamt sah sich die radikale Linke all ihrer Symbole beraubt, an den sie in den letzten 5-10 Jahren entstanden und gewachsen war. Das heißt nicht, daß die Bewegung insgesamt tot war, aber sie sah sich all ihrer Perspektiven beraubt.

In diese Situation fiel die Brokdorfer Mastaktion.

Und diese Mastaktion war nicht nur an die AKW-Betreiber oder die Anti-AKW-Bewegung gerichtet, sondern an diesen Staat insgesamt und an die radikalen Bewegungen insgesamt. Diese Aktion bestimmte den Mast als Symbol für das Ganze, und so wurde sie auch aufgenommen.

Viele Menschen haben damals (und heute noch) die Einschätzung, daß der Widerstand gegen AKWs ein Bestandteil des Kampfes gegen das System als Ganzes und Sabotage legitim und notwendig im Gesamtzusammenhang des Widerstands ist, diskutiert, akzeptiert und auch offensiv und offen auf Treffen (oder wir in der Zeitung) vertreten. Fritz ist und war einer dieser Menschen.

Der Weg von Fritz hat sich in den letzten Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt (von daher werden ihn viele auch gar nicht mehr kennen). Sein politisches Betätigungsfeld und sein Lebensraum ist Hamburg, die Hamburger Linke, die Auseinandersetzungen um die Hafenstraße und gegen die Umstrukturierungen in den Stadtvierteln geworden. Auch diese Zusammenhänge begreifen das Herausgreifen von Fritz als einen Angriff auf ihre Politik.

Fritz steht mit seinem ganzen Denken, Handeln und mit seiner persönlichen Geschichte in den letzten 20 Jahren für die ganze Vielfalt linksradikaler außerparlamentarischer Kämpfe. Er war und ist Teil dieser Kämpfe und hat in ihnen mit bestimmten klar definierten Positionen die eingegriffen. Von daher ist Fritz auch nicht "unschuldig" (im Sinn der herrschenden Justiz). Wie viele andere von uns auch, hat er die Theorien und die Praxis des Widerstands offensiv mitentwickelt und vorangetrieben.

Solidarität

Dieses neuerliche Verfahren ist natürlich in erster Linie ein ganz harter Angriff auf Fritz persönlich. Ihm wird mit mehreren Jahren Knast gedroht, und das in einer Situation, in der er sowieso schon im Knast sitzt und sich nicht mit anderen Menschen darüberauseinandersetzen kann.

Die ersten Ansätze von Solidarität sind schon getan. Es hat erste Treffen gegeben. Dabei bestand Einigkeit darüber, daß eine Solidaritätsarbeit von uns keinen direkten Einfluß auf ein mögliches Urteil haben wird. Das neue Verfahren gegen Fritz ist ein An-

griff auf die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, ihre heute noch existierenden Reste, auf die Geschichte der bundesdeutschen Autonomen und ihre Strukturen, ein Angriff auf die Hamburger Linke und auf die Hafenstraße, ein Angriff auf die Kampagne zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen, ein Angriff auf alle persönlichen Freunde und politischen Genossinnen von Fritz.

All diese Gruppen sollten versuchen im Rahmen ihrer eigenen politischen Geschichte und Identität auf diesen Angriff zu antworten.

Vielleicht gelingt es, diese verschiedenen politischen Linien in einem Solidaritätsbündnis zu sammeln, ohne dabei zu versuchen, eine politische Einheit herzustellen, die nicht existiert.

Die verschiedenen politischen Linien sollten dabei über die Propagierung ihres eigenen Selbstverständnisses und Betroffenheit einen Rahmen schaffen, in dem sich Fritz juristisch, politisch und vor allem in seiner persönlichen Identität als Mensch verteidigen und verhalten kann, so wie er es für richtig hält.

So wie es im Moment aussieht, scheinen unsere Mittel zur Zeit begrenzt zu sein, um direkt in den Prozeß eingreifen zu können. Aber wir sollten versuchen, den Preis, den die Herrschenden politisch dafür zahlen müssen, kräftig in die Höhe zu treiben.

Ein Beispiel hierfür ist die Verabschiedung einer Resolution zu Fritz während des Gedelitz-Treffens beim Aktionswochenende im Wendland. Dabei verabschiedeten 100 Teilnehmerinnen von Anti-AKW-Inis aus dem norddeutschen Raum einmütig eine Resolution zu Fritz (im Wortlaut im Wendland-Teil dokumentiert).

No atom im Knast

HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

2 OJs 7/87 — 3. Strafsenat

B e s c h l u ß

In der Strafsache

gegen

Dr. Fritz S t o r i m
geboren am 1. Februar 1939
in Karkeln/Ostpreußen

Verteidiger:
1. RAin. Ute Brandt
Louise-Schröder-Str. 31, 2000 Hamburg 50

2. RA. Peter Paul Tode
Birkenallee 11, 2381 Wohlde

hat das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg, 3. Strafsenat, durch

den Richter
am Oberlandesgericht von Heppe

am 18. September 1989 beschlossen:

2 Exemplare des Druckwerkes "Atom" Nr.27 vom September/Oktober 1989 (Absender: Die Werkstatt, Lotzestr.24a, 3400 Göttingen und Buchhandlung Ostertor, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1) werden von der Beförderung ausgeschlossen und sind zur Habe des Angeklagten zu nehmen, weil sie sich in mehreren Artikeln in einer Weise gegen die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik auslassen, die geeignet ist, zur Auflehnung gegen das Anstaltspersonal zu verleiten.

v.Heppe

Ausgefertigt

Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

So

AVR 51

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

No atom im Knast

HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

2 OJs 7/87 — 3. Strafsenat

B e s c h l u ß

In der Strafsache

gegen

Dr. Fritz S t o r i m
geboren am 1. Februar 1939
in Karkeln/Ostpreußen

Verteidiger:
1. RAin. Ute Brandt
Louise-Schröder-Str. 31, 2000 Hamburg 50

2. RA. Peter Paul Tode
Birkenallee 11, 2381 Wohlde

hat das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg, 3. Strafsenat, durch

den Richter
am Oberlandesgericht von Heppe

am 6. Oktober 1989 beschlossen:

Zwei Druckwerke "Atom" Nummern 25 und 27 werden von der Beförderung ausgeschlossen und sind zur Habe des Angeklagten zu nehmen, weil sie sich in mehreren Artikeln in einer Weise gegen die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik auslassen, die geeignet ist, zur Auflehnung gegen das Anstaltspersonal zu verleiten.

v.Heppe

Ausgefertigt

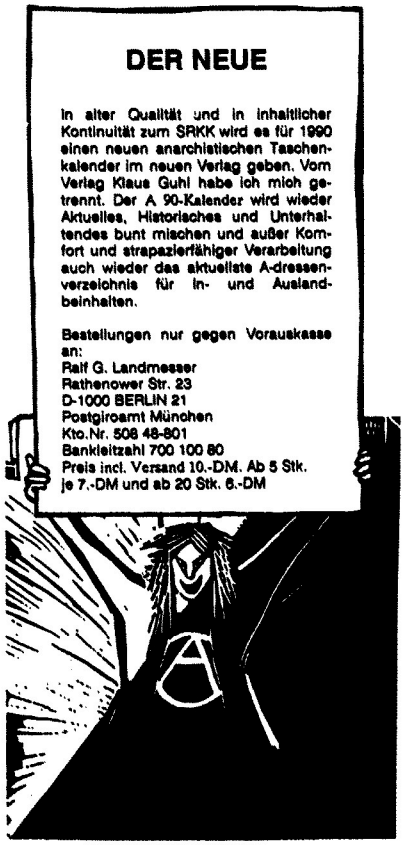
Justizobersekretärin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Se

AVR 51

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Schwarzes Brett



Der erste CASTOR in Richtung Gorlebener Zwischenlager läßt auf sich warten. Seit einem Jahr bereits richtet sich die BI auf einen heißen Empfang ein. »**Warten auf den Castor**« heißt deshalb auch ein Leseheft von Harry Bösecke vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Es enthält u.a. ein langes Interview zur Situation im Landkreis im 13. Jahr des Widerstands und literarische Notizen vom Besuch des Atommüllzentrums Gorleben. Das Heft hat 47 Seiten und kostet 3 DM, Wiederverkäufer erhalten kräftig Rabatt. Bestellungen an Verlag Neue Welt, Kirchhofstr. 7a, 1000 Berlin 44.

★★★

Wackersdorf ist „out", ist Gorleben wieder „in"? Oder ist es La Hague, Ahaus, Salzgitter? Wer es wissen will, liest den **WENDLAND RÜCKSPIEGEL**, die Presseschau, die nach dem Ende der entsprechenden Wackersdorf Rückblenden ihresgleichen sucht. Mit Artikeln aus allen relevanten überregionalen Organen und natürlich der Elbe-Jeetzel-Zeitung. Inclusive Pressekorrespondenz aus Salzgitter und Ahaus. Inclusive alphabetisches Register. Jeden Monat neu zum Preis von 15 DM. Bestellungen an Gisela Crémer, 3139 Laase Nr. 16.

★★★

Die Planungen für das Atommüllendlager Schacht Konrad sind am weitesten fortgeschritten, auch im Vergleich zur Situation in anderen westeuropäischen Staaten. Möglicherweise soll dort im Rahmen einer europäischen Kooperation auch französischen Atommüll eingelagert werden. Anfang 1990 sollen die Planungsunterlagen ausliegen. Rechtzeitig zu diesem Termin ist die 2. Auflage eines Buches zum Schacht Konrad erschienen, im SP-Verlag, mit Beiträgen u.a. von Jens Scheer und dem Braunschweiger Oberbürgermeister Glogowski. Das Buch kann für 19,80 DM bezogen werden über die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Blekenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter 1.

★★★

NICARAGUA

FARBE BEKENNEN!
DEN WAHLKAMPF DER SANDINISTEN IN NICARAGUA UNTERSTÜTZEN

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus Washington, Miami und Bonn erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

F A R B E
B E K E N N E N

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Sonderkonto
FSLN 962 001
Stadtsparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00
(Spendenquittung nicht möglich)

S P E N D E T
F Ü R D I E
F S L N

Nr. 4/August 1989 BMFT-*Journal*

HEISSER TIP FÜR COOLE GEIGER

Cembalo aus bestrahltem Holz besitzt eine hervorragende Klangqualität

Keine Radioaktivität durch zweijährige Gamma-Bestrahlung

Eine Ladung Holz wurde vor zwei Jahren im Brennelement-Lagerbecken des Forschungsreaktors DIDO der Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KFA) einer Gamma-Bestrahlung ausgesetzt. Aus diesen Hölzern sollte ein Cembalo hergestellt werden. Das Ergebnis war auf der Sonderschau „EXEMPLA '89" im Rahmen der Münchener Handwerksmesse zu sehen: ein Instrument, das wegen seiner hervorragenden Klangqualität gelobt wurde. Musikfachleute wissen schon lange, daß alte Holzinstrumente besser klingen als neue. Auch die künstliche Alterung von Holz durch Gammabestrahlung ist keine ganz neue Methode. Neu hingegen ist die Anwendung beim Instrumentenbau.

Auftraggeber und Erbauer des Cembalo war ein Unternehmen aus Remchingen bei Karlsruhe. Es versprach sich von der Bestrahlung eine Verbesserung der Klangqualität. In der Technikumshalle des DIDO wurde das Holz in Spezialbehälter verpackt und in das Brennelement-Lagerbecken eingetaucht. Dort wurde es der Gammastrahlung ausgesetzt. Gegen diese Methode gibt es keinerlei Bedenken: Holz wird durch Bestrahlung nicht radioaktiv. Im Institut für Angewandte Physik an der Universität Karlsruhe wurden die Hölzer anschließend gründlich untersucht. Ergebnis: Die Bestrahlung bewirkt eine Vergrößerung des Elastizitätsmoduls des Holzes. Das Verfahren, das inzwischen zum Patent angemeldet wurde, dürfte auch für Geigen- und Klavierbauer interessant sein.

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren konnen, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstutzung einer Parteizeitung ein wichtiges Stuck Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grunen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kundigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift:_____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Ausgabe 6

Utopieverlust der Linken ?

Unzeitgemäße Betrachtungen über die 'Krise des Marxismus' - Regressiver Feminismus: Das Konzept des affidamento - Perestroika und die westliche Linke - Der Utopieverlust des Marximus - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Detlef Albers, Urte Sperling, Michael Löwy, Christina Ujma, Frank Rentschler u.a.

Umfang ca. 72 Seiten 6,- DM

Noch erhältlich:

Sonderheft 1: Antonio Gramsci - die zweite Auflage ist da! 68 S./6,-

Nr. 3, Juni 1988: 'Realer Sozialismus'. 68 S./5,-

Nr. 4, November 1988: 'Feminismus-Marxismus' und 'Marxismus in Peru: Mariátegui'. 84 S./5,-

Sonderdruck 1: 'Zwei Jahre PERSPEKTIVEN' mit unserem Selbstverständnis, Zuschriften, Pressestimmen. 24 S./2,-

In Vorbereitung:

Sonderheft 2: Marxistische Kulturtheorie - Walter Benjamin zum 50. Todestag. Vorauss. Dez. 1989 Ca. 80 S./6,-

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6,- DM, im Abo 4,- DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, 3550 Marburg.

O Hiermit bestelle ich die PERSPEKTIVEN -Heft/e _____.

O Ich abonniere die PERSPEKTIVEN ab Heft _____ fortlaufend zum Preis von DM 12,- im Jahr (drei Hefte). Das Abo verlängert sich, wenn ich es nicht schriftlich einen Monat vor Ablauf gekündigt habe.

O Sendet mir ein Probeheft (Sonderdruck 1, Mängel- oder älteres Exemplar); dafür sind der Bestellung DM 2,- in Briefmarken beigefügt:

Name, Anschrift, Datum, Unterschrift:

_____

_____

_____

Beim Abo: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb eines Monats schriftlich widerrufen kann. Zweite Unterschrift:_____.

Forum **Recht**

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14,50 Mark

Heft 4/89

Schwerpunkt: Umweltrecht

● **Zweischneidiges Schwert.** Kein Umweltschutz durch Umweltstrafrecht

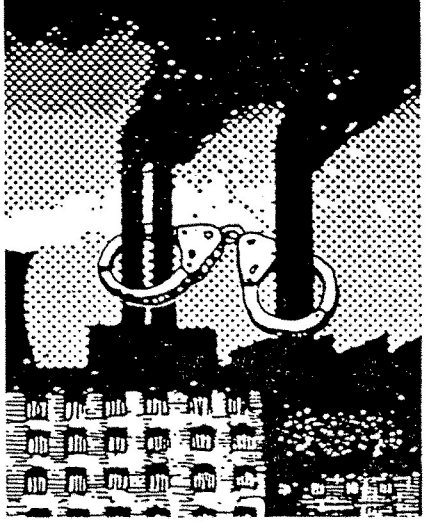
● **Betroffen, aber klaglos.** Zum Rechtsschutzdefizit im Umweltrecht

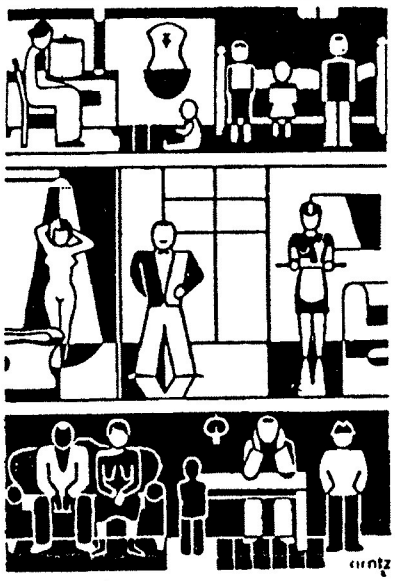
● **Entsorgung durch Recht?** Juristische Probleme der Atommüllbeseitigung

● **Gentechnik.** Biol. Risiken als Neuland für den Gesetzgeber

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696





Endlich ist sie da:
die neue **direkte aktion**
ab Nr. 76 - Juli/August '89
im Zeitungsformat, mit eigenem Plakat
und zum Superpreis von nur DM 1,50

Unser Schwerpunktthema:
Ge"wohnte" Geschäfte - die Wohnungsnot.

Außerdem bieten wir:
Neues aus dem Bauch der Bestie: Szenario 1992, Artikel zum Pflegenotstand im Gesundheitswesen, einen Beitrag zur Situation bei VDO-Frankfurt, die Rückkehr der PLAKAT-Gruppe in die heiligen Schoß der IGM, Berichte zur COB in Brasilien, die Riots in Argentinien und Landbesetzungen in Bolivien.
Berichte zum Streik der britischen Docker sowie ein Interview mit der polnischen Anarchistischen Föderation MA runden diese Ausgabe ab.

Bestellungen für Probehefte an:
DA, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion
Basisorientierte syndikalistische Zeitung

Auftaktveranstaltung zur Europäischen Projektemesse

Eine immer größer werdende Zahl von AufruferInnen aus den verschiedensten Projekten, Betrieben und Initiativen der Selbstverwaltungsszene unterstützt inzwischen die Idee einer europäischen Projektemesse unter dem Titel „Ende der Eiszeit", die im Mai 1991 in Berlin stattfinden soll. Nach der vorläufigen Sondierung des Interesses innerhalb der Szene und einer punktweisen Kontaktaufnahme im europäischen Ausland ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, das Wann - Wie - Wo - Warum der Messe entscheidungsreif zu machen. Hierzu findet am 14.10. in der Krebsmühle in Oberursel ein Treffen statt, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Diskutiert werden sollen sowohl die Themen- und Fragestellungen des „Endes der Eiszeit",zentrale Aspekte eines Europas „von unten", als auch die Möglichkeiten der Realisierung des Vorhabens Messe, die Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen für die regionalen Szenen und ein zu berufender internationaler Beirat. Ziel der Messe ist die Darstellung eines anderen Europas über die Grenzen des EG-Binnenmarktes hinaus, eine Standortbestimmung der Alternativen, SelbstverwalterInnen usw. in Ost- und Westeuropa. Deshalb soll schon in die Vorbereitung eine möglichst breite Basis einbezogen werden, damit alternative Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsformen in ihrer ganzen Vielfalt und den unterschiedlichen Ansätzen in allen europäischen Ländern berücksichtigt werden. Das Gelingen der Messe hängt von einer guten Vorbereitung ab, neue Ideen sind selbstverständlich willkommen.

Anmeldung und Information über:
CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg
Tel. (06221)1 34 02

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.32

China: Gesellschaft contra Staat von V.C.P. Garnier

Urteil gegen Ingrid Strobl von Jutta Hackland

Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb

Autonomes Zentrum Wuppertal - Kämpfe und Perspektiven

1.Mai in Berlin von Geronimo

Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen

Repression gegen Roma und Sinti von Frank Sparing und Karola Fings

Interviews, Teil 2: CNT-AIT und CNT (F) von Hans Müller-Sewing

Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi

Außerdem: Beiträge über Carl Meffert, Walter Serner, Senna Hoy, April Carters Anarchismusverständnis, über Schulverweigerung heutes; dazu neue Bücher, Kurznachrichten, und internationale A-Adressen, sowie LeserInnenbriefe etc.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

★

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

anti atom aktuell

Juni 89 4

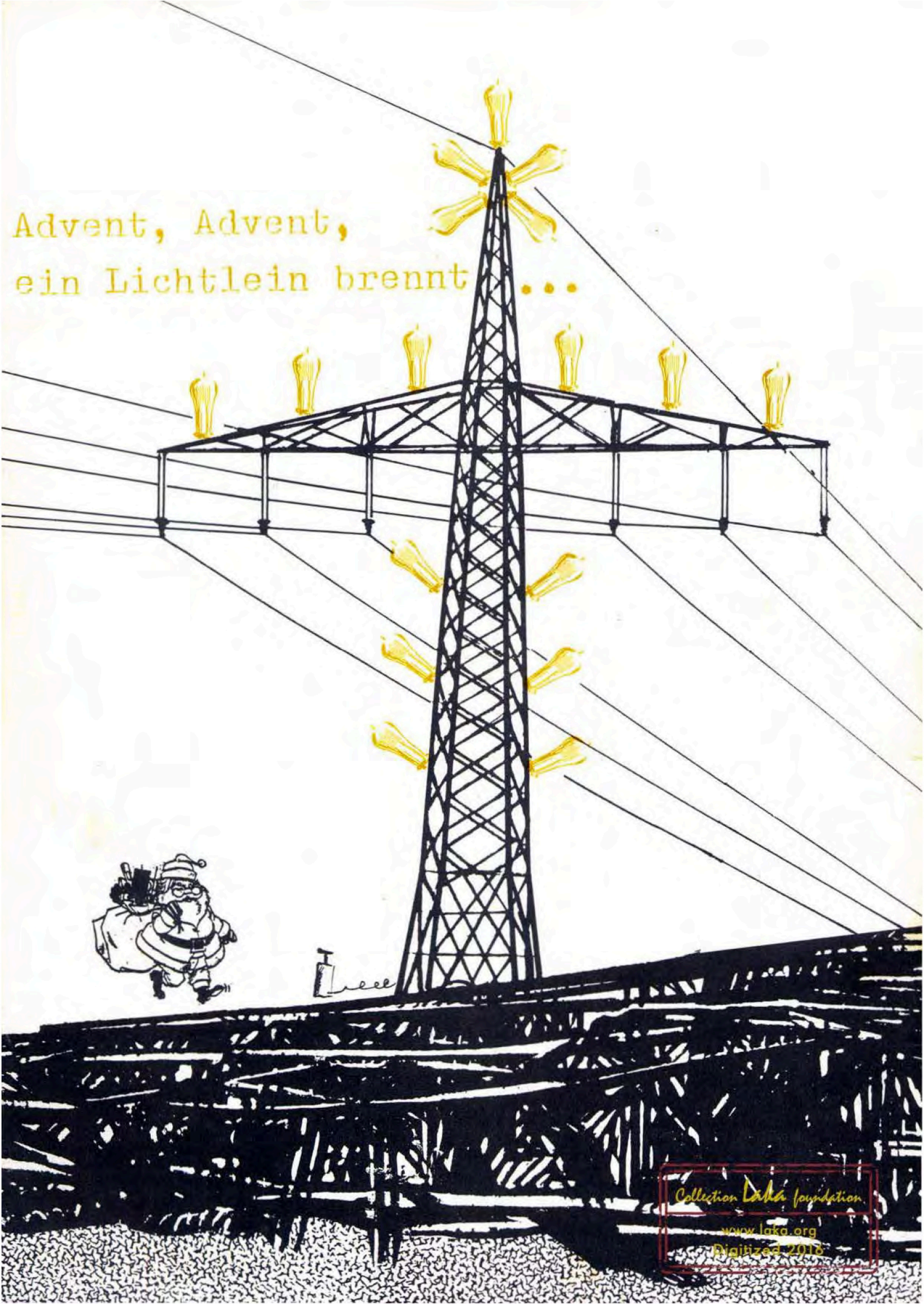
anti atom aktuell ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen nach Tschernobyl und der Atommüllkonferenz. Anti atom aktuell erscheint monatlich. Hin und wieder gibts auch Sondernummern oder Extra Infos.
Anti atom aktuell kostet 5,- DM/Monat oder 60,-DM/Jahr. Ab 5 Stück kostet aaa 20,-/Monat; 240,-/Jahr. Andere Zahlungsweisen sind auch möglich.

Hier noch das Konto:
A. Eberhard
- Sonderkonto -
Postgiro Dortmund
BLZ 440 100 46
Kto.: 2975 45-465

Ach ja, vergeßt nicht, auf Euren Überweisungszetteln muß unbedingt Euer Name mit Absender draufgeschrieben sein!

Unsere Adresse:

anti atom aktuell
c/o Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57
4400 Münster
0251/521112
Do. 13 -18.30



Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016